2,50 €

Nr. 14 Nov '04

incipito

Das Heft mit Beschimpfungen aus der Szene für die Szene



TUN DIE WAS?

Inhalt

Inhalt

#14

DINGE

ZEUGS

REZEPTION

DISSE

DOKUMENTE

Impressum

V.i.S.d.P.: H. Lauterbusch
ABO: incipito-abonnement@left-action.de
DRUCK: Eigendruck
Auflage: 3,000.000.000.000.000 Stk.
e-Mail: incipito-kontakt@left-action.de
Post: Bornaische Str. 3d 04277 Leipzig

Editorial

„Wir sind viele, wir sind krass. Antifa, da geht noch was.", tönte voller Ernst eine einzelne Stimme am 11.09.04 aus einer 50-köpfigen Demonstrationsgruppe von einer Autobahnbrücke am Ortsausgangsschild von Cottbus. Der selbe Spruch schien das sehr viel angebrachtere, inoffizielle Motto der Antifa-Szene am 03.10. in Leipzig gewesen. Doch während die Stadt Leipzig sich noch darum stritt, ob die Gerichte Schuld sind an den brennenden Mülltonnen, weil die es zulassen, dass Nazis demonstrieren dürfen und vorrechnete, was das alles kosten würde, drehte sich das Szenekarussell bereits weiter. „Antifa Rock City LE" wurde auf Indymedia „nach dem Sieg" (in Leipzig kursierender Flyer) gefeiert. Endlich - so die wahrnehmbaren Meinungen – geht wieder mal was. Und in den nächsten Tagen überboten sich die NutzerInnen Indymedias darin, Termine für Anti-Nazi-Aktivitäten zu posten, um den antifaschistischen Kampf in die ganze Republik zu tragen. Doch, was geht jetzt eigentlich mit der Antifa? Sollen die Wochenenden wieder damit gefüllt werden, Naziaufmärsche in den verschiedensten Städten und Gemeinden zu verhindern? Heißt Antifa immer noch, das Ausschlafen dem Demohopping vorzuziehen? Ist Antifa was ganz militantes oder eher der Besuch eines kritischen Lesekreises? Und was ist eigentlich mit der Kritik der Antifa? Fagen über Fragen. Der Versuch einer Antwort findet sich ab Seite 10.

Bei Opel haben derweil die ArbeiterInnen ihre Arbeit wieder aufgenommen. Dem Vorrausgegangen war ein „Wilder Streik" der offiziell als „Informationsveranstaltung" firmierte, um das deutsche Streik-Recht zu unterlaufen. Auch wenn die Maschinen inzwischen wieder laufen, wurde sich 7 Tage lang gegen die Zumutungen, die General Motors im Gepäck hatte, gewehrt. Was sich gezeigt hat, ist dass es auch für die Belegschaft einzelner Abteilungen eines Global Players wie GM möglich ist, mit einem lokalen Streik die Produktion europaweit aufzuhalten. Mit der Verlagerung der Produktion auf verschiedene Länder und der wechselseitigen Abhängigkeit dieser voneinander, kann ein Produktionsausfall in einem Betrieb die Produktion in anderen Stätten blockieren. Die Gewerkschaften sind dabei nicht länger ein Bezugspunkt für die Streikenden gewesen. Während sie zur Beendigung des Streiks aufriefen und Verhandlungen mit GM einforderten, entschieden sich die Opel-ArbeiterInnen den Streik fortzusetzen. Eine konsequente Handlung, erübrigte sich doch jede Verhandlungsbasis bei der Drohung von GM, 8 000 Arbeitsplätze abzubauen. Es wäre aber kein deutscher Streik gewesen, wenn sich die Streikenden nicht mit den Almosen von GM schlussendlich doch zufrieden gegeben hätten. Wir warten gespannt, was die Globalisierung für uns noch bereit hält.

Für das Wohl des Standorts ist auch unsere Redaktion immer zu haben. Wir schaffen acht Arbeitsplätze, arbeiten in einer Schicht pro Woche und scheuen keine Wochenendarbeit. Unsere Arbeitszeit ist flexibel bei keinem Lohn inklusive keiner Zuschläge und keinem Weihnachtsgeld. Wir haben laufende Ausgaben und machen kaum Umsatz. Unser weniger Umsatz trägt jedoch dazu bei, dass sich eine Druckerei mit ein paar Billiglohnjobs – 1-Euro-Jobs wären zuviel der Ehre – gerade so über Wasser halten kann. Dafür tragen wir zum Wohl der Gemeinschaft bei, indem wir es einigen Läden erlauben, ihrem Image durch den Verkauf unseres Heftes einen linken Anstrich zu geben. Außerdem ist unser Heft auf Tropenholzpapier gedruckt, weswegen der Preis eines Heftes auf 8 Euro erhöht werden muss. Wenn Du möchtest, kannst Du an unserer prekären New-Economy-Klitsche teilnehmen. Schick einfach eine Bewerbung an unsere Postadresse und lege 10 Euro bei. Vorraussetzung für eine eventuelle Anstellung ist ein polizeiliches Führungszeugnis mit mindestens drei Einträgen.

Was machen Linke im Sommerloch? Im besten Fall machen sie Urlaub. Ist kein Geld für den Urlaub da, gründen sie Parteien. So geschehen, bei der längst überfälligen linken Antwort auf die FDP: Die neue Spaßpartei heißt „Die Partei" und wurde vom Titanic-Magazin als Speerspitze der Politikverdrossenheit gegründet. Programmatisch will man eine Mauer bauen und eine SBZ (SonderBewirtschaftungsZone) gründen, um dem Osten wieder seinen Selbststolz zurückzugeben. Um solche hehren Ziele zu erreichen, muss selbstverständlich ein „schmieriger und populistischer" Wahlkampf her. So weit, so amüsant. Die neu gegründete Leipziger Ortsgruppe meint die Sache mit dem Spaß hingegen ernst. Man trifft sich wöchentlich, diskutiert über das Programm und die Kandidaten für die nächste Wahl und meldet Demos an. Im Grunde macht man das, was Linke am besten können: Plenum machen. Wann die Pointe diskutiert wird, bleibt abzuwarten. Andere sind hingegen schneller. In Berlin ist ein Teil der Mauer – formerly known as antifaschistischer Schutzwall aufgebaut worden. Wir finden, dass so etwas eine ganz tolle Idee ist, nur leider an der falschen Stelle: Stattdessen würden wir vorschlagen, kurz vor Dresden mittels einer Mauer die Elbe aufzustauen, so dass aus dem Naturschutzgebiet Sächsische Schweiz gleich noch ein Paradies für WassersportlerInnen und WasserkraftfreundInnen wird.

do.di, laatsch & Martin



Heikle Fragen mal ganz offen diskutiert I

„Ist eine gute Nachbarschaft mit Ausländern möglich? Diese durchaus heikle Frage wurde auf dem 4. Mieterstammtisch in Hennigsdorf-Nord diskutiert. Weil das Thema immer unterschwellig angeklungen war, setzte es Wohnungsverwalterin Angela Schlegel von der Hennigsdorfer Wohnungsbaugesellschaft (HWB) nun ganz offen auf die Tagesordnung. (...) „Ich habe immer das Gefühl, hier leben 80 Prozent Russen. Ich höre nur russisch und das so laut", klagte eine Mieterin und fügte hinzu: „Die sollen deutsch lernen, damit sie einbezogen werden können." Ihre Nachbarin meinte: „Die wollen doch gar nicht einbezogen werden." (...) Nach hitzigen Wortgefechten gab es den Vorschlag, Deutsche und Ausländer mal zu einem gemütlichen Kaffeenachmittag einzuladen. Vielleicht könne man mehr voneinander erfahren und sich gegenseitig helfen. „Ein guter Vorschlag", sagte ein älterer deutscher Mieter, der zuvor erzählt hatte, dass er 1939 aus Lettland nach Deutschland geflohen war." (Märkische Allgemeine Zeitung, 15.9.04)

Heikle Fragen praktisch angegangen I

„Die Gewalt von Rechtsextremisten im Osten Deutschlands reißt nicht ab. Die Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt beklagen eine anhaltend hohe Zahl einschlägiger Delikte. „Insbesondere Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg gehören zu den Hochburgen rechtsextremer Gewalttäter", heißt es in ihrer aktuellen Bilanz. Zu den Opfern zählten vor allem Flüchtlinge, Migranten und Aussiedler, die aus rassistischen Motiven angegriffen würden, und Jugendliche aus dem alternativen Milieu. Im ersten Halbjahr 2004 erfuhren die Beratungsstellen von 251 rechtsextrem motivierten Gewalttaten in den ostdeutschen Ländern einschließlich Berlins. Für das gesamte Jahr 2003 waren es 551 Delikte gewesen. Anfang dieses Jahres hatten die Beratungsstellen bereits Alarm geschlagen, weil sich die Brandangriffe auf Imbiss-Buden von Asiaten und Türken im Osten Deutschlands gehäuft hatten. Die Brandenburger Justiz nahm wegen dieser Taten Ermittlungen gegen Mitglieder einer Wehrsportgruppe auf. Der Verdacht: Bildung einer terroristischen Vereinigung." (Frankfurter Rundschau, 22.9.04)

Heikle Fragen praktisch angegangen II

„Er erweckt den Eindruck, als könnte er immer noch nicht fassen, was ihm passiert ist. Marcel L. steht am Spielplatz hinter der Hochhausscheibe an der Stadtpromenade. Mit einem Arm zeigt er ins Gebüsch. «Hier ist es geschehen.» Die Vorgeschichte: Bereits am Dienstag traf er an diesem Platz einen der späteren Täter und sagte zu ihm: «Verpiss dich.» Der junge Mann gehöre nämlich zur rechtsradikalen Cottbuser Szene, und mit Rechten, sagt Marcel L., wolle er nichts zu tun haben. Dieses «Verpiss dich» brachte sein Gegenüber offenbar in Rage. Am Sonnabendnachmittag saß Marcel L. mit zehn weiteren Jugendlichen auf dem Spielplatz, als der andere wieder aufkreuzte - dieses Mal mit zwei Begleitern. «Sie sagten zu mir, ich solle mitkommen.» Der 16-Jährige erklärt, vier Meter von der Bank am Spielplatz entfernt habe ihm einer der Männer ins Gesicht geschlagen. Sie hätten ihm die Jacke ausgezogen, ihn gegen einen Baum gestoßen und gerufen: «Knie nieder.» Einer der Täter habe ihn daraufhin mit seinen Stiefeln zu Boden gedrückt und auf ihn eingetreten, ein zweiter habe seine Hose geöffnet und auf den am Boden Liegenden uriniert. «Als ich wieder aufstehen sollte, rannte ich einfach davon, nach Hause» , sagt Marcel L. Als er am gleichen Abend ins Krankenhaus kam, stellten die Ärzte bei ihm Prellungen am Schädel, am Knie und an den Unterschenkeln fest. Andere Jugendliche, die am Spielplatz saßen, bestätigen seinen Bericht. Doch niemand von ihnen half ihm, niemand holte die Polizei, niemand will seinen Namen nennen. Nur ein Mädchen kam als Zeugin mit zur Erstattung einer Anzeige." (Lausitzer Rundschau, 13.10.04)

Heikle Fragen mal ganz offen diskutiert II

„Der Mann in der schwarzen Lederjacke hat am Sonntag ein bisschen seltsam gewählt. (...) Den „Mann in der schwarzen Lederjacke" würde man auf der Anti-Hartz-IV-Demo in Oranienburg mit dieser Beschreibung schlecht finden, weil sie auf fast jeden zweiten männlichen Demo-Teilnehmer zutrifft. Die andere Hälfte wäre mit „der Mann in der Jeansjacke" treffend beschrieben. Der große bärtige Mann in der schwarzen Lederjacke sagt: „Dit is im Prinzip, sag ich ma, mehr ne Protestwahl jewesen." Deshalb hat er sich für die PDS entschieden. Und für die DVU. (...) Schön, könnte man nun sagen, im Protest scheint links und rechts ja tatsächlich zu verschwimmen. Und mit „den Ausländern" hat das alles wohl wirklich wenig zu tun. Wäre da nicht, neben dem Mann in der schwarzen Lederjacke der Mann in der Jeansjacke. Rainer Siewert hat auch DVU gewählt. Nur DVU. Aus Gründen der Vernunft. Die DVU hat beispielsweise gefordert, dass korrupte Politiker in den Knast kommen. „Korrupte Politiker gehören nun mal in den Knast", sagt Rainer Siewert mit einem beinah kindlich-trotzigen Unterton in der Stimme. Oder noch besser: „Deutsches Geld für deutsche Aufgaben." Wer würde dem denn widersprechen. „Was ist daran bitte rechts?", fragt Rainer Siewert. „Wenn wir woandas hingehen würden, uns hilft doch ooch keena", sagt er. Und meint „die Russen", die bei ihm um die Ecke im Neubaugebiet wohnen dürfen, nur weil sie irgendwann mal „einen deutschen Schäferhund hatten", in der Verwandtschaft meint er. „Denen gehts besser als jedem anderen hier." Deshalb also auch: „Deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche." Rainer Siewert tut so, als würde er Sätze sagen wie „Gras ist grün. Tomaten sind rot." Er ist Rentner, erwerbsunfähig, saß in der DDR im Knast, hasst die PDS („Partei Diktatorischer Schwachköpfe, dit hab ich mir ausjedacht."), er sagt: „Ich könnte stundenlang so reden."" (TAZ, 22.9.04)

Heikle Fragen praktisch angegangen III

„Zu zwei offensichtlich rassistischen Anschlägen auf Ladengeschäfte kam es in der Nacht vom 29ten auf den 30ten September in Königstein (Sächsische Schweiz). Noch unbekannte Täter warfen mit Gegenständen die Schaufensterscheiben eines Geschenke/Blumenladens und eines Gemischtwarenladens ein. Motiviert wurden die Täter offensichtlich von den Aussagen und Beschimpfungen während des Besuches von Franz Müntefering in Pirna im August 2004. Dort schimpften stadtbekannte NPD-Mitglieder/Anhänger darüber, dass es in der Sächsischen Schweiz keine „deutschen Gemüseläden mehr gäbe" und darum gezwungen sei, „beim Fidschi einzukaufen". Ein Ziel haben die Täter mittlerweile erreicht. Mindestens ein Händler möchte Königstein so schnell wie möglich verlassen, um dem rechten Terror zu entgehen. Dies wäre nach den mehr als 14 Überfällen auf den „Antalya-Grill", durch die die Betreiber aus Pirna rausgemobbt wurden, der zweite uns bekannte Erfolg für die Nazis in der Sächsischen Schweiz." (de.indymedia.org)

Heikle Fragen praktisch angegangenIV

„Fünf Jahre nach einem Überfall auf deutsche und polnische Punks müssen sich neun Neonazis vor dem Amtsgericht Parchim in Mecklenburg-Vorpommern verantworten. Ihnen werden schwerer Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. (...) Alle Beteiligten gehörten damals einer Kameradschaft an, die sich inzwischen aufgelöst hat. Zeugen sind neben den Opfern zwei Polizisten einer brandenburgischen Sondereinheit, die die Neonazi-Gruppe beschattete. Nach eigenen Angaben griffen sie wegen der großen Zahl der Angreifer nicht ein, sondern forderten Verstärkung an. In den vorangegangenen drei Prozessen in Berlin, Luckenwalde und Neubrandenburg sagten die Polizisten aus, die Neonazis seien in zwei Kleinbussen auf dem Rückweg von einer NPD-Kundgebung in Hamburg gegen die Wehrmachtsausstellung gewesen. Die acht späteren Opfer hätten auf der Raststätte „ganz friedlich" vor ihrem Kleinbus Fußball gespielt. Plötzlich seien die Neonazis vermummt aus den Bussen gestürmt und hätten die anderen mit Steinen und Flaschen beworfen; eine Flasche habe einen Jugendlichen direkt unter dem Auge getroffen. Einer der Neonazis habe mit einer Eisenstange zugeschlagen. Nachdem sich die Opfer in ihren Bus geflüchtet hätten, schlugen die Rechtsextremisten dessen Scheiben ein. Ein Polizist sagte, alles sei blitzschnell gegangen; die Opfer hätten sich nicht wehren können. Die Gerichte urteilten in dem Fall bislang milde: 1500 Euro oder 60 Stunden Arbeit; Freiheitsstrafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Ein einschlägig vorbestrafter Angeklagter bekam eine Haftstrafe von 26 Monaten." (Frankfurter Rundschau, 05.10.04)

Kameradschaftsalltag

„Zu tun gab es immer etwas bei der „Kameradschaft Süd": montags, mittwochs und donnerstags verschiedene Stammtische für die Kader, den Nachwuchs und die Frauen. Sonntags Wehrsportübungen im Wald bei München. Zwischendurch Schulungen, Demos, Aktionen, Kundgebungen oder mal ein Ausflug zum Rudolf-Heß-Gedenkmarsch nach Wunsiedel. So schildert die 22-jährige Auszubildende Jessica Fasel den Alltag im Führungszirkel jener Neonazi-Gruppe, die im vergangenen Herbst aufflog, nachdem Waffen und 1,7 Kilo TNT bei Mitgliedern gefunden wurden. Die Neonazis wollten offenbar einen Anschlag auf das geplante neue jüdische Gemeindezentrum in Münchens Innenstadt verüben. Gestern früh begann vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht der Prozess gegen Fasel und vier weitere Angehörige der „Kameradschaft Süd", denen die Generalbundesanwaltschaft die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorwirft." (taz, 07.10.04)

Heikle Fragen praktisch angegangen V

„Mit „Sieg Heil"-Rufen und zum so genannten Hitler-Gruß ausgestreckten Armen haben am Wochenende Neonazis einen Jugendclub im sächsischen Etzdorf gestürmt. Wie die Polizei mitteilte, wurden bei einer anschließenden Schlägerei zwei 17-Jährige leicht verletzt. Die Polizei habe die Auseinandersetzungen beendet." (taz, 12.10.04)

Heikle Fragen praktisch angegangen VI

„Ein 20-jähriger Mann aus Kamerun ist am Freitagabend vor dem Busbahnhof niedergeschlagen worden. Drei etwa gleichaltrige Jugendliche hatten ihn gegen 18 Uhr angesprochen. Es kam zu verbalen Auseinandersetzungen. Einer der drei schlug den Kameruner nieder und trat mit Füßen nach ihm. Die zwei anderen Jugendlichen hielten zwei Zeugen, die helfen wollten, zurück." (Lausitzer Rundschau, 27.09.04)

Heikle Fragen praktisch angegangen VII

„Ein Mädchen aus dem Muldentalkreis ist Opfer von rechtsextremer Gewalt durch Mitschülerinnen geworden. Nach Polizeiangaben verprügelten zwei ältere Schülerinnen das Mädchen und schmierten ihr SS-Runen und die Worte „Bin eine Verräterin" ins Gesicht. Der Vorfall ereignete sich bereits Anfang September. Um welche Schule es sich handelt, gab die Polizei aus Gründen des Opferschutzes nicht bekannt. Der Fall sei der traurige Höhepunkt einer ganzen Reihe von gewalttätigen Übergriffen auf das Mädchen. Die beiden Schülerinnen (14 und 15 Jahre), die sich offen zu ihrer rechtextremistischen Einstellung bekennen, hatten das Mädchen immer wieder geschlagen und gedemütigt. Der Schule gelang es nach eigenen Angaben nicht, die Gewalttäterinnen zu stoppen." (www.mdr.de)



Wahlanalyse I

„Erbarmen, die Nazis sind da!, rufen die guten Deutschen und reiben sich die Äuglein. Aus ihrem habituellen Realitätsverlust aufgeschreckt, fuchteln sie wild um sich und geraten in Streit darüber, was man denn jetzt mit denen machen soll, mit diesen Nazis, von denen man vorher noch nie gehört hatte. So kuschelig war es gewesen, sich als deutsches Opfer alliierter Bomber zu fühlen und sich in Bernd Eichingers Führer-Soße zu wälzen - und jetzt das! Richtige Nazis, also Leute, die richtige Menschen richtig totschlagen! Im Parlament! Bei uns! Das kann doch nicht wahr sein! Die sollen wieder weggehen! Huch! Was die Deutschen so besonders unerträglich macht, ist ihre mangelnde Souveränität. Immerzu haben sie die Hosen voll, deshalb müssen sie auch immer lügen. Wenn Nazis Jagd auf Ausländer und auf Linke machen, wird das sauber wegignoriert - ins Parlament aber dürfen sie nicht hinein, denn das Parlament ist ja schön. (...) Wolfgang Pohrt, der schon immer klüger war als der Rest der Landsleute zusammen, schrieb 1984: „Wenn mit steigenden Arbeitslosenziffern der Rechtsradikalismus gefährlich wird, dann liegt das nicht an den Rechtsradikalen, an den unbelehrbaren Nazis - die hat es immer gegeben. Es liegt daran, daß es substantiell, inhaltlich eigentlich keinen Widerstand gegen die Forderung der Rechtsradikalen mehr gibt. ‚Ausländerstop' war eine Wahlkampfparole der NPD - nun fordern das hinter kaum mehr vorgehaltener Hand die Linken." Im Juli 1997 krakeelte Gerhard Schröder in Bild am Sonntag: „Kriminelle Ausländer müssen raus, und zwar schnell." 2004 plakatiert die DVU in Brandenburg: „Kriminelle Ausländer sofort raus!" Wer diesen Schulterschluss nicht sieht, der will ihn nicht sehen. „Nicht wegen des Wahlerfolgs", schreibt Wolfgang Pohrt, „sondern nach einer empirischen Studie über das politische Bewußtsein von Gewerkschaftern, von sozialdemokratisch und liberal orientierten deutschen Bürgern haben Horkheimer und Adorno 1932 ihre Koffer gepackt. Wenn man sich über die Chancen des Rechtsradikalismus klarwerden will, muß man nicht die Rechtsradikalen, sondern die Liberalen und die Linken fragen."" (Wiglaf Droste, 22.09.04, taz)

Wahlanalyse II

„Es waren vor allem junge Leute, junge Männer, die die NPD in Sachsen nicht nur über die Fünf-Prozent-Hürde, sondern zahlenmäßig auf Höhe der SPD hievten. Laut infratest dimap votierte jeder vierte Wähler unter 24 Jahren für die Rechtsextremen. Bei Frauen dieser Altersklasse waren es immerhin noch 15 Prozent. Die hohe Zustimmung bei jungen Leuten rückt die Jugendarbeit wieder in den Fokus des Interesses, wie zuletzt in den 90er Jahren, als Schlägertrupps Ausländer und Linke durch die Straßen Wurzens hetzten. Doch genau hier liegt das Problem: Im Bereich der Jugendarbeit läuft vieles über Projekte, die an allen Fronten kämpfen: gegen Rechts, gegen die Finanznot, gegen die Ignoranz vieler Bürger vor allem aber gegen die der Landespolitik. (...) Während die NPD seit der Wende um Jugendliche wirbt, besteht die Mehrzahl der sächsischen Initiativen gegen Rechts erst seit drei, vier Jahren. Ein ungleicher Kampf, aus dem sich das Land Sachsen fast vollständig heraushält. Tatsächlich gibt es kein einziges Förderprogramm seitens der Landesregierung, das sich explizit mit Rechtsradikalismus beschäftigt. Trotz dieser jahrelangen Verharmlosung und Ignoranz haben sich zahlreiche Vereine gebildet, die versuchen, dem wohl organisierten rechten Klüngel etwas entgegen zu setzen." (www.mdr.de)

Wahlanalyse III

„Die Lesart der anderen Parteien zum Umgang mit der NPD steht weitgehend fest. Ob CDU, SPD oder PDS, ob Grüne oder Liberale - alle halten wenig von bloßem Ausgrenzen der braunen Abgeordneten. Offensive Auseinandersetzung lautet die Devise, Kontra geben statt ignorieren. So baut etwa CDU-Fraktionschef Fritz Hähle auf einen „Konsens der Demokraten". Zwar wolle die Union die NPD-Vertreter im Landtag nicht aufwerten, aber von Fall zu Fall müsse man „kräftig widersprechen". Ähnlich sieht es der Koalitionspartner SPD. Um der inhaltlichen Leere bei NPD-Reden zu entgehen, könne man ja ein gutes Buch lesen, meinte Fraktionssprecher Andreas Beese. (...) Ob die NPD auch in die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) kommt, die den Verfassungsschutz kontrolliert, ist vorerst fraglich. Grund: Die PDS beansprucht beide Oppositionssitze im Fünfergremium für sich - für die NPD wäre kein Platz. Das Ganze hat nur einen Haken: Die NPD könnte dagegen klagen, und offen ist, ob sie dann nicht Recht bekommt. Ohnehin genießen gewählte NPD-Funktionäre künftig Immunität, die nur der Landtagspräsident aufheben kann - und deren Fraktion erhält nicht wenig Geld. Rund 118.500 Euro fließen jeden Monat in die NPD-Fraktionskasse, für Verwaltungsaufwand und Mitarbeitergehälter. Hinzu kommen die Abgeordneten-Diäten sowie 27.000 Euro für die Wahlkreisarbeit." (LVZ, 05.10.04)

Kleiderfragen

„Erstmals hat ein Gericht das Tragen von Kleidung der Modemarke „Thor Steinar" unter Strafe gestellt. Eine zur Tatzeit 23-Jährige aus der Nähe von Prenzlau (Uckermark) muss 30 Tagessätze zu je zehn Euro zahlen, weil sie einen „Thor Steinar"-Pullover in der Öffentlichkeit trug. Die Kleidung ist bei rechtsextremen Jugendlichen sehr beliebt. Im Logo der Marke, deren Firmenzentrale in Zeesen (Dahme-Spreewald) sitzt, sind zwei nordische Runen miteinander verbunden. Die so genannte Tyr-Rune war in der NS-Zeit Abzeichen der SA-Reichsführerschulen, die Wolfsangel Symbol von SS-Einheiten. (...) Das Amtsgericht Prenzlau sah es als erwiesen an, dass das Logo der Marke „Zeichen nationalsozialistischer Organisationen zum Verwechseln ähnlich sieht" und dies auch „für Unbeteiligte wahrnehmbar ist". Ein Verfahren gegen eine weitere junge Frau aus Prenzlau soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden." (Märkische Allgemeine Zeitung, 09.10.04)

Wahlfolgen I

„Die rechtsextremistischen Parteien NPD und DVU bereiten eine gemeinsame Liste zur nächsten Bundestagswahl vor. NPD-Chef Udo Voigt sagte in Interviews am Wochenende, darüber habe er mit dem DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey Einvernehmen erzielt. In der kommenden Woche wollten NPD und DVU sich über die Kandidatenliste einigen, auf der beide Parteien gleichberechtigt vertreten sein sollten. Im Gespräch sei der Namenszusatz NPD/DVU, sagte der NPD-Vorsitzende dem Spiegel. Die NPD-Parteispitze unterstützt nach Voigts Worten ausdrücklich die Kandidatur der Neonazis Thomas Wulff, Thorsten Heise und voraussichtlich Ralph Tegethoff am 30. Oktober für den Bundesvorstand der NPD. „Mindestens einer wird in den Bundesvorstand gewählt", hofft Voigt. Die NPD werde vielfach als Neonazi-Partei dargestellt, und dann beobachte man aufmerksam, „dass jetzt Neonazis in die NPD kommen", zeigte sich Voigt im Gespräch mit der Leipziger Volkszeitung verwundert. Er gab zu, dass er große Hoffnungen auf die militanten Neonazis und ehemaligen „Kameradschaftsführer" Wulff und Heise setzt, die erst vor wenigen Tagen in die NPD eingetreten sind. Es gebe in Deutschland eine nationale Jugendszene, und wenn deren Köpfe im Bundesvorstand der NPD mitarbeiteten, „ist das natürlich auch ein Signal für viele junge Menschen, nicht nur ihr Spaßerlebnis auf der Straße zu suchen, sondern künftig sich konstruktiv in politische Arbeit einzubringen". Darauf baue er bei „den Kameraden Heise und Wulff", sagte Voigt." (Frankfurter Rundschau, 11.10.04)

Wulff, der seinen Namen um den des SS-Generals Steiner ergänzt hat, gilt als Führungsfigur der militanten Rechtsextremisten-Szene in Hamburg und Schleswig-Holstein, Heise ist in Thüringen und Niedersachsen aktiv, wo er die „Kameradschaft Northeim" anführt, gegen die umfangreiche Ermittlungen der Staatsanwaltschaft laufen. Tegethoff schließlich wird der Neonazi-Kameradschaft „Rhein-Sieg" zugerechnet. Im NPD-Bundesvorstand wolle Wulff, Heise und Tegethoff ihren Worten nach „Sprachrohr und Ansprechpartner" aller parteiunabhängigen Neonazis sein. Mit dem Eintritt der drei Neonazi-Führer ist nach Einschätzung des sächsischen Verfassungsschutzes der erste Schritt gelungen, um die Spaltung des rechtsextremistischen Lagers zu überwinden." (Berliner Zeitung, 05.10.04)

Jugendkultur

„"Wir sind wir" singt eine getragene Stimme, Trümmerfrauen bauen das zerstörte Berlin auf, ein einbeiniger Wehrmachtssoldat humpelt eine Straße entlang. Das Musikvideo von Techno-DJ Paul van Dyk und Wolfsheim-Sänger Peter Heppner lässt weniger an MTV und Viva als an eine Dokumentationssendung denken. Und doch läuft es regelmäßig auf beiden Kanälen. Das Lied hält sich seit Wochen in den Single-Charts. Sein Thema: Deutschland und die Deutschen nach 1945. „Ich frag mich, wer wir sind", singt Heppner. „Wir sind wir. Aufgeteilt, besiegt und doch, schließlich leben wir ja noch." Die Deutschen als Opfer: Das Land aufgeteilt von den Alliierten und die Menschen besiegt - nicht befreit. Kein Wort über den Holocaust, stattdessen wird die deutsche Erfolgsgeschichte präsentiert: Der Wiederaufbau, das Wunder von Bern, die Wiedervereinigung. Das Video ist nur der neueste Ausdruck eines Trends, der Musikszene und Feuilletons seit Monaten beschäftigt: Immer mehr Bands propagieren einen „unverkrampften" Nationalstolz. Den Anfang machte die Formation Mia mit einem Liebeslied an Deutschland und seine Nationalfarben. In „Was es ist" singt Frontfrau Mieze: „Ein Schluck vom schwarzen Kaffe macht mich wach, dein roter Mund berührt mich sacht, in diesem Augenblick es klickt, geht die gelbe Sonne auf." (...) „Es ist was es ist: Saudämlich" urteilte die „taz" über den Text. Ähnlich äußert sich die Band Blumfeld. Auf ihrer Webseite veröffentlichte sie eine Stellungnahme zum Thema „Deutschland. Nation. Heimat und Popmusik." Dort geht sie mit den Kollegen hart ins Gericht. Wer sich etwas davon verspreche, einer „deutschtümelnden Öffentlichkeit den kleinen Finger oder mehr zu reichen" dürfe mit Blumfelds Zustimmung nicht rechnen. „Wir haben es stets abgelehnt, uns in die heimatsduselige Front all derer einzureihen, die es für angebracht halten, sich in ihrem Denken, Fühlen, Singen und Handeln positiv auf Deutschland zu beziehen." (...) Die Rechten finden das toll: Sie nehmen genau wahr, dass Nationalstolz plötzlich etwas normales wird. (...) So freute sich beispielsweise das NPD-Organ „Nationale Stimme", dass sich Mia für „ein entspannteres Verhältnis zur eigenen Nation" stark mache. Die Vorherrschaft der Linken in der Jugendkultur sei damit „spürbar angekratzt", schrieb das Blatt. (...) Auch die Mia-Bandmitglieder betonen stets, dass sie mit Rechten nichts am Hut haben - und dass sie nur eine Diskussion in Gang bringen wollten. Doch seine Fans kann man sich nicht aussuchen. Bei einem Mia-Konzert in Bielefeld hätten drei Rechtsradikale eine dunkelhäutige Schülerin angegriffen, berichtete die örtliche Presse. Die Organisatoren eines später stattfindenden Festivals, auf dem Mia spielen sollte, baten das Management daraufhin schriftlich um eine Stellungnahme. Eine Antwort erhielten sie nicht." (www.tagesschau.de)

Wahlfolgen II

„Rechtsextremisten verschrecken Investoren Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt schrecken Investoren und Fachkräfte ab. Das geht aus einer repräsentativen Studie der Universität Halle hervor. Demnach hält eine große Mehrheit deutscher Unternehmer die Fremdenfeindlichkeit und das Aufkommen rechter Gewalt für einen negativen Faktor bei der Standortentscheidung. Im Osten sehen gar 43 Prozent der befragten Unternehmen ihren Standort schon heute beschädigt (West: 18 Prozent). Zudem geben elf Prozent der Ost-Firmen an, dass Fremdenfeindlichkeit ihre Entscheidungen beeinfluss habe (West: 5 Prozent), 28 Prozent befürchten das auch für die Zukunft." (www.mdr.de)

Leipzig XIII

„Die nächste Demonstration in Leipzig (Leipzig XIII) findet statt am 1. Mai 2005. Beginn ist 12.oo Uhr am Hauptbahnhof (Ostseite). Die von mir vorgesehene Streckenführung geht nach Connewitz über die Karl-Liebknecht-Straße, die am 3. Oktober für uns dicht war. Sie wird nicht immer dicht bleiben. Es gibt für Deutsche in Deutschland keine „no-go-areas"! Dies ist UNSER Land, und wir lassen uns das Grundrecht auf Freizügigkeit (Art. 11 Grundgesetz) nicht von einer Handvoll Steinewerfer oder Barrikadenbauer nehmen!" (Christian Worch, Kämpfer für Freizügigkeit via Internet)



Kreatives Reisen

„Die Spieler der Handball-Nationalmannschaft aus Sri Lanka haben ein Trainingslager im schwäbischen Wittislingen offenbar genutzt, um sich abzusetzen. Von den 23 Männern fehlt seit dem Morgen jede Spur. Nach Angaben der Polizei hinterließen sie im Wittislinger Musikheim, wo sie untergebracht waren, neben ihrem gesamten Gepäck auch einen in Englisch verfassten Brief, in dem sie dem deutschen Verein für die Gastfreundschaft danken und andeuten, dass sie in Richtung Frankreich unterwegs sind."
(www.tagesschau.de)
„Das Sportministerium in Sri Lanka erklärte auf Anfrage, das Land habe gar keinen Handballverband. Der Sprecher betonte, die Sportler seien keine Nationalmannschaft des Landes." (www.spiegel.de)

Protestempirie

„Der typische Demonstrant gegen die Hartz-IV-Reformen ist einer Umfrage zufolge männlich und zwischen 50 und 55 Jahre alt. Er kommt aus dem Osten und steht politisch links. Dies ergab eine Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Die Mehrheit der Befragten ist entweder selber arbeitslos oder hat Bekannte oder Verwandte ohne Job. Drei Viertel der ostdeutschen Hartz-IV-Demonstranten finden den Sozialismus eine „gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde". Die Zustimmung zur Demokratie fällt unter den Montagsdemonstranten im Osten gering aus. Nur 58 Prozent sind der Meinung, dass die Demokratie die „beste Staatsform" ist. Unter den westdeutschen Demonstranten sind zehn Prozent mehr dieser Ansicht."
(www.n-tv.de)

Nur Gewinner

„Die Bewerbung Leipzigs um die Olympischen Spiele 2012 ist endgültig Geschichte. Auf ihrer letzten Sitzung beschlossen Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung im Berliner Innenministerium die Liquidation der Gesellschaft Leipzig 2012 GmbH zum 30. September. (...) „Kein guter Tag für mich und meine Mitstreiter", sagte Geschäftsführer Mike de Vries. „Das IOC hat eine riesige Chance verpasst, weil es Leipzig mit seinem innovativen Konzept keine Chance gegeben hat." Bundesinnenminister Otto Schily verwies dagegen auf das Sofortprogramm von 308 Millionen Euro, das in der Region der Bewerber-Städte Leipzig und Rostock wie geplant umgesetzt wird. „Die Städte haben von der Olympiabewerbung langfristig enorm profitiert", sagte Schily." (LVZ, 24.09.04)

Marktforschung

„Mit Hilfe einer Spionagesoftware will die Musikbranche den illegalen Tauschbörsen endgültig ein Ende bereiten. Die Software soll den kompletten Tauschvorgang entschlüsseln - mitsamt den Nutzerdaten. Neueste Ermittlungen der Musikindustrie hatten ergeben, dass die illegalen Tauschbörsen trotz des Anstiegs von Bezahldiensten weiterhin boomen. Die Software soll die über Tauschbörsen kursierenden Dateien, deren Nutzung und auch deren Nutzer komplett identifizieren - und zwar noch während des Tauschvorgangs. Damit könne man erstmals messen, was wirklich dort geschieht, hieß es. Das Programm entwickelte das Baden-Badener Marktforschungsinstitut Media Control zusammen mit der Fachhochschule Heidelberg." (www.n-tv.de)

Udo bleibt bunt

„Udo Lindenberg trat dem auf einer Pressekonferenz in Berlin entgegen. „Wir müssen trotz Globalisierung dazu beitragen, dass die Welt bunt bleibt", sagte er im Namen der 500 Künstler umfassenden Initiative „Musiker in eigener Sache". Nur wenn Musik aus Deutschland ein fester Anteil am Programm garantiert werde, hätten Nachwuchskünstler eine Chance. Die deutschen Radiomacher seien „Sklaven, die die Peitsche der Werbung im Nacken haben", so der Alt-Rocker. Die Initiative fordert eine 50:50-Quote in deutschen Radios. 50 Prozent eines Radioprogramms sollten demnach für Künstler aus Deutschland reserviert sein, und davon noch einmal die Hälfte für deutsche Newcomer."
(www.tagesschau.de)

Revolutionsethos

„In der Messestadt wächst die Gefahr, dass das neue Arbeitslosengeld II nicht pünktlich ausgezahlt werden kann. Nirgendwo in der Bundesrepublik sei der Rücklauf der Anträge so schlecht wie in Leipzig, sagte gestern Agenturchef Lothar Meyer. Mit Neueinstellungen und Überstunden will die Arbeitsagentur die bedrohliche Situation meistern. Die Kosten dafür gehen in die Millionen. Von 45 000 verschickten Anträgen seien nur 22 Prozent ausgefüllt zurückgekommen, so Meyer. Er habe zwar Verständnis, dass gegen Hartz IV protestiert werde, könne aber nicht akzeptieren, wenn sich Antragsteller selbst schaden. „Wer aus Protest verspätet abgibt, kann nicht mit einer pünktlichen Zahlung rechnen", sagte der Leipziger Agenturchef. Beunruhigt über die Situation zeigte sich auch Christian Führer, Pfarrer der Nikolaikirche. Er appellierte gestern, die Anträge schnell abzugeben. Auch die Kirche biete Ausfüllhilfen." (LVZ, 06.10.04)

Fernsehen macht schön?

„Schon seit Jahren schielen die öffentlich-rechtlichen auf Computer, die dank Internetzugang voll funktionsfähige Radios beziehungsweise Fernseher sind. Bislang gelten PCs ohne TV-Karte nicht als Empfangsgeräte und müssen somit bei der GEZ nicht angemeldet werden. Wer über den PC Video- oder Audiostreams anschaut oder hört und kein Radio besitzt, konnte so bisher die 16 Euro Gebühr pro Monat sparen. Laut bisheriger Planung sollte damit im Januar 2007 Schluss sein. Dann würde für jeden internetfähigen PC auch die GEZ-Gebühr fällig. Doch offenbar ist dies nun Makulatur. Nach einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen" sollen privat genutzte PCs bereits ab April 2005 gebührenpflichtig werden. Nur bei gewerblich genutzten Rechnern beginnt die Gebührenpflicht wie geplant 2007."
(www.spiegel.de)

Internet-Spam

„Nach UN-Schätzungen sind 75 bis 85 Prozent des E-Mail-Verkehrs inzwischen Spam. Die Internet-Unternehmen müssen ihre Netzkapazitäten immer weiter ausbauen, um die Flut der Werbe-Mails zu kanalisieren." (www.tagesschau.de)

Antisemitische Konstituierung

„Als es Anfang Januar 2001 Walter Rothschild traf, war das Entsetzen noch groß - der Fall rauschte durch den Blätterwald: Der liberale Rabbiner aus Berlin wurde am U-Bahnhof Wittenbergplatz von drei Jugendlichen attackiert. Ein Jugendlicher stellte sich Rothschild in den Weg: „Hey, sind Sie Jude?" „Ja, natürlich", antwortete der Geistliche. „Ich hasse alle Juden!", sagte der junge Mann. Als einer der Jungmänner dem Rabbiner seinen Hut entreißen wollte, gab es ein Handgemenge - schließlich schlug ihm einer der Jugendlichen ins Gesicht, ein Brillenglas zersplitterte. Später wurden die Gewalttäter gefasst. Es waren drei 15-Jährige: ein Türke, ein Iraker und ein Deutscher libanesischer Herkunft. Was sie verband war ihr Hass auf Juden - und ihr islamischer Glaube. (...) Ende Juni vergangenen Jahres wurde ein 14-jährige Schülerin in einem Bus der Linie 148 in Schöneberg von jungen Frauen vermutlich türkischer Herkunft attackiert, weil die Schülerin einen Davidstern trug. Die Täterinnen schlugen und traten auf sie ein. Ähnlich war es bei einem Touristen Anfang Juni dieses Jahres in Neukölln. Er wurde von zwei Unbekannten angegriffen. Einer von ihnen, ein Palästinenser, fragte den Israeli, ob er Jude sei. Daraufhin riss man dem Touristen die Kippa vom Kopf und schlug ihm ins Gesicht. Die Meldung darüber ging fast unter. Dass nicht wenige der etwa 220.000 Muslime in Berlin und etwa 3,2 Millionen bundesweit judenfeindlich eingestellt sind, wurde lange in der Öffentlichkeit nicht registriert. Und selbst die Wissenschaft nahm dies viel zu spät wahr. Der Islamwissenschaftler Bassam Tibi empörte sich Anfang 2003: „Warum reden deutsche Islam-Experten, die unablässig Verständnis für die islamische Kultur predigen, nicht auch von den Gefahren des Judenhasses, der nicht zuletzt in der deutschen Islam-Diaspora allgegenwärtig ist?" Uralte antisemitische Klischees, Stereotype und Vorurteile, identisch mit denen aus der Nazizeit, werden durch die Medien und in Predigten, unter anderem über Satellit und über das Internet, in die ganze Welt verbreitet - auch nach Berlin. Verschwörungstheorien von angeblich Blut trinkenden, Kinder mordenden, die Medien und die USA kontrollierenden Juden werden genauso gestreut wie Verschwörungstheorien über den 11. September, den Irak oder den Tod Möllemanns. Juden werden mit Nazis verglichen, ja völlig entmenschlicht, als Würmer, Spinnen, Kraken, Raben und Wölfe dargestellt. (...) Sicherlich: Geht man nach den Straftaten insgesamt, so sind antisemitische Vergehen, vor allem Friedhofsschmierereien oder Hetzpropaganda immer noch zum großen Teil Taten nichtmuslimischer Täter, so der Berliner Islamismus-Experte Eberhard Seidel, Bundesgeschäftsführer des Vereins „Schule ohne Rassismus". Die direkte Gewalt gegen Juden aber sei in letzter Zeit mehrheitlich von Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund ausgeübt worden. Viele der bundesweit 35 Attacken auf Juden 2003 ereigneten sich in Berlin. Etwa die Hälfte dieser Gewalttaten, so eine der wenigen verlässlichen Angaben zu den Tätern, verübten Muslime." (taz, 06.10.04)

Nation Europa

„Ungeachtet der scharfen Kritik im Inland ist Bundesinnenminister Otto Schily mit seiner Idee zur Bildung von Auffangzentren für Flüchtlinge in Nordafrika bei den EU-Partnern auf Zustimmung gestoßen. Wie beim Treffen der EU-Justiz- und Innenminister am Freitag in Scheveningen verlautete, einigten sich die Ressortchefs im Grundsatz darauf, fünf Pilotprojekte vorzubereiten. Als Partnerländer seien dafür Libyen, Tunesien, Algerien, Marokko und Mauretanien vorgesehen. (...) Am zweiten Tag ihres Treffens berieten die Minister über weitere Schritte zur Schaffung eines einheitlichen EU-Raumes für Recht, Freiheit und Sicherheit. Dazu gehört auch die gemeinsame Asylpolitik. Unter dem Eindruck der zunehmenden Zahl von Flüchtlingen, die über das Mittelmeer nach Italien wollen, hat Schily die Bildung von Zentren in Nordafrika vorgeschlagen. Dort soll vor Ort geprüft werden, ob ein Flüchtling in Europa Asyl beantragen kann oder nicht." (de.indymedia.org)

Straßencastoren

„Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat die Straßentransporte von Atommüll aus Rossendorf ins westfälische Zwischenlager Ahaus erlaubt. Es wies die Beschwerde der nordrhein-westfälischen Landesregierung gegen die Genehmigung des Bundesamtes für Strahlenschutz ab. Die Entscheidung der Lüneburger Richter sei unanfechtbar, teilte die
Behörde mit. Sachsens Umweltminister Flath kündigte an, noch im November den Transport der rund 1000 Brennstäbe aus dem stillgelegten DDR-Forschungszentrum in das Zwischenlager abzuwickeln. Er warte jetzt darauf, dass Nordrhein-Westfalen zu Gesprächen über den notwendigen Polizei-Begleitschutz einlädt. Sachsen will die 18 Castor-Behälter mit Atommüll in drei LKW-Fuhren aus Rossendorf wegschaffen." (www.mdr.de)

Gründungsfieber

„Der Initiator der Magdeburger Montagsdemonstrationen, Andreas Ehrholdt, hat die Gründung einer neuen Partei angekündigt. Nach einem Treffen mit Sachsen-Anhalts Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer (CDU) erklärte Ehrholdt, Satzung und Programm der gesamtdeutschen Partei mit dem Namen „Freie Bürger für soziale Gerechtigkeit" würden gegenwärtig erarbeitet. Daran seien maßgeblich Montagsdemo-Organisatoren beteiligt. Bereits Ende des Monats solle die Partei dann gegründet werden. Das Parteiprogramm werde sich an dem Forderungskatalog der Demonstrationen orientieren. Zur Begründung erklärte Ehrholdt, „nur auf die Straße zu gehen" reiche nicht aus. (...) Für den 9. November kündigte Ehrholdt aus Anlass des „Mauerfalls" vor 15 Jahren eine landesweite Veranstaltung in Magdeburg unter dem Motto „Wir sind ein Volk und lassen uns nicht spalten" an. Schwerpunktthema einer Demonstration und eines Kulturprogramms sei der Abbau von Unterschieden zwischen Ost und West sowie Arm und Reich." (www.mdr.de)

Vertriebene vertreiben

„Unbekannte haben in der Nacht zu Donnerstag in der Havelbucht 17 große Scheiben des Restaurants „Seerose" mit Pflastersteinen eingeworfen. Ein politischer Hintergrund liegt nahe. „Vertriebene vertreiben" haben die Täter mit blutroter Schrift quer über die Eingangstür geschrieben. Gestern Mittag trafen sich Landsmannschaften des Bundes der Vertrieben in der „Seerose" zum Kaffeetrinken. „Mich hat die Polizei heute Nacht um halb vier aus dem Bett geklingelt", sagt der Geschäftsführer des Restaurants, Arno Schweitzer. Nachbarn hatten das Splittern des Glases gehört und die Beamten verständigt. „Das war jetzt schon das vierte Mal, dass vor einem Vertriebentreffen hier die Scheiben zu Bruch gingen", schimpft Schweitzer. Schnell wurden die Löcher in den Scheiben provisorisch überklebt, so dass das Heimattreffen wie geplant stattfinden konnte. „Schon aus Gnatz", wie Schweitzer betont. „Wir können uns von solchen Leuten doch nicht in die Enge treiben lassen." Trotzdem hält er die Täter für gefährlich und fordert, dass rigoros gegen sie vorgegangen wird. Das sehen die Vertriebenen genauso: „Das ist eine Form von Terrorismus, dagegen muss die Öffentlichkeit mobilisiert werden", sagte der stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbandes, Fritz Phillipp, in seiner Begrüßung." (Märkische Allgemeine Zeitung, 08.10.04)



Totgesagte leben länger?

Martin (incipito)

Deutschland zeigt sich zur Zeit von seiner besten Seite. Die Flick-Ausstellung stellt Kunstwerke aus, die von ZwangsarbeiterInnen enteignet wurden und der Kanzler lässt es sich nicht nehmen, die Ausstellung höchstpersönlich zu eröffnen. Die Preußische Treuhand AG möchte das angebliche Eigentum von Vertriebenen in Polen einklagen und die Regierung macht nur deswegen nicht mit, weil sie Angst vor den berechtigten Entschädigungsansprüchen aus Polen hat. Da verwundert es nicht, dass es der NPD mit einem phänomenalen Ergebnis von 9,2% der abgegebenen Stimmen gelingt, in den sächsischen Landtag einzuziehen.

Ein „Aufstand der Anständigen", wie im Sommer 2000 geschehen, bleibt aus. Stattdessen zeigt sich, wie wenig zivil die deutsche Gesellschaft wirklich ist. Statt „Gesicht zeigen", Fahrradfahren oder Volksfeste gegen Rechts zu veranstalten, beherrscht die große Ratlosigkeit das Geschehen in den deutschen „Think-Tanks" von Frankfurter Allgemeine bis Süddeutsche Zeitung. Vom verordneten Staatsantifaschismus ist nichts mehr übrig geblieben. In den Parlamenten wird lediglich darüber debattiert, ob man den Nazis nun mit „sachlichen Argumenten" oder Ignoranz begegnen solle. Dass eine Partei, die sich ungebrochen auf den Nationalsozialismus bezieht, in einem deutschen Parlament zu finden ist, wird offenbar wieder zur Normalität in Deutschland gehören. Wenn CDU-Politiker davon sprechen, dass die „Konzepte der NPD nicht wirksam" sind, oder die Grünen davon reden, dass eine „Blockadepolitik nicht sinnvoll sei", dann zeigt das nur, wie sehr die Nazis in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Nazis werden nicht mehr wie Nazis behandelt, sondern wie eine x-beliebige Partei, von der behauptet wird, ihr Wirtschaftsprogramm sei nicht tragfähig. Um letzteres zu zeigen, lädt man sie zu Talkshows und Interviews ein und wird sie vermutlich auch bald bei „Sabine Christiansen", der verkappten Bundespressekonferenz, sehen dürfen.

Dass der NPD nun der Aufstieg in die heiligen Hallen der Demokratie gelungen ist, sollte nicht verwundern. Auch wenn sich die deutsche Bevölkerung noch im Sommer 2000 vor den Hetzjagden ihrer eigenen Söhne und Töchter auf MigrantInnen erschüttert abwendete, waren es nur die Methoden der Jugendbanden, die Sorgen bereiteten. „National befreite Zonen" trübten das Bild vom „weltoffenen" Deutschland, was vorgab aus seiner Geschichte gelernt zu haben. Die Gewalt sollte hinter den verschlossenen Toren der Abschiebeknäste bleiben und nicht auf der Straße zu sehen sein. Der Sommer der Staatsantifa wurde schließlich nicht aus inniger Liebe zu Ausländern ins Leben gerufen. Die faktische Abschaffung des Asylrechts und die Verschärfung der Abschiebepraxis, die dem Antifa-Sommer vorausgingen, sprechen da eine deutliche Sprache. Dass MigrantInnen besser in das Flugzeug der Abschiebe-Airline als nach Deutschland gehören, war ein gesellschaftlicher Konsens, der durch den „Aufstand der Anständigen" nicht berührt wurde. Vielmehr ging es darum, auf der Weltbühne den Schein des „sauberen" Deutschlands auf-

rechtzuerhalten. Das Sein in der BRD war hingegen durch ein Anschwellen von Rassismus und Antisemitismus geprägt. Dieser Tatsache zum Trotz sollte der Eindruck im Ausland entstehen, die Mehrheit der Bevölkerung dulde die Taten der Nazis nicht.
Deutschland kann es sich schließlich nicht leisten mit Horrormeldungen aus dem eigenen Land ausländische Investoren zu verschrecken. Gerade die infolge der Wiedervereinigung zusammengebrochene Ökonomie des Ostens war und ist vom ausländischen Investitionskapital abhängig. Da der Osten sich auf keinen funktionierenden Binnenmarkt stützen kann, ist er auf die Alimentierung durch staatliche Subventionen oder die Investitionen von Großkonzernen wie AMD oder Infineon angewiesen. Für Investitionen müssen aber gewisse Rahmenbedingungen geschaffen werden. Diese bestehen nicht nur aus einer guten Infrastruktur und Steuervergünstigungen, sondern auch darin, Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten. Welcher Investor würde sein Unternehmen schon in einer Region ansiedeln, in der seine ausländischen Fachkräfte von Nazis bedroht werden? So gesehen hat der durchaus dämliche Spruch „die Nazis nehmen uns die Arbeitsplätze weg" einen wahren Kern. Nazis schaden dem Standort und dem Ansehen Deutschlands in der Welt – das war die Quintessenz des „Aufstandes der Anständigen".
Da die Nazis nicht für ihren Antisemitismus und Rassismus kritisiert wurden, sondern weil sie ihn gewalttätig ausagierten und damit dem Ansehen Deutschlands schadeten, stand eine Diskussion um die Ursachen für die Verbreitung antisemitischen und rassistischen Gedankenguts nie zur Disposition. Eine solche Auseinandersetzung war aber ohnehin nicht erwünscht, hätte sie doch den Antisemitismus in Deutschland ans Licht der Weltöffentlichkeit gebracht. So musste sich der „Aufstand" beim jüngsten Wahlerfolg der NPD als zahnlos erweisen, weil die wirklichen Ursachen, weil zu tief im gesellschaftlichen Bewusstsein sitzend, ausgeblendet wurden.
Die NPD ist in den marktwirtschaftlichen Zusammenbruchsregionen Ostdeutschlands erfolgreich. Ideologien wie Antisemitismus und Rassismus haben hier einen besonderen Nährboden: Da im Zuge der Wende die gesamte Produktion der ehemaligen DDR unter den Bedingungen eines freien Marktes und einer entfesselten Konkurrenz kollabierte, finden im Osten Deutschlands antisemitisch und rassistisch aufgeladene Sündenbocktheorien besonderen Anklang. Durch die Wende wurden ganze Bevölkerungsteile, die zuvor noch in Lohn und Brot standen, arbeitslos, sozial entsichert und der Verarmung preisgegeben.
Da die abstrakte Sachzwang-Logik des Kapitals mangels emanzipatorischer Kritik undurchschaut blieb, mussten konkrete Verantwortliche für die Krise gefunden werden. Da die Westindustrie den Osten als billigen Absatzmarkt für ihre Produkte nutzte, sich jedoch im Gegenzug kaum im Osten ansiedelte, entstand schnell das Ressentiment gegen die reichen Wessis, die Ossis abzocken und das erwirtschaftete Geld wieder mit nach Hause nehmen. Der Westindustrie reichte jedoch eine Erhöhung ihrer Produktionskapazitäten aus, um der Nachfrage an Waren im Osten gerecht zu werden. Neue Produktionsstätten im Osten zu gründen, liefe schlicht und einfach der betriebswirtschaftlichen Rationalität zuwider. Das einzige Geld was man erfolgversprechend im Osten verdienen konnte, bestand in der Abschöpfung der zahlreichen Aufbau-Ost-Programme. Fälle wie der des „Baulöwen" Jürgen Schneider, der mit viel Staatskohle Immobilien sanierte, und sich nach Florida absetzte und Schulden in Höhe von 3 Milliarden Euro hinterließ, wurden bereitwillig aufgegriffen. Die vielen Florida-Jürgens, die in die Zonen-Markt-Misswirtschaft investierten und das staatlich subventionierte Kapital in den Sand setzten, wurden zu den Schuldigen für die Krise gemacht. Wo die Rede davon war, dass „Günstlingswirtschaft" und „Korruption" den Ossis die Früchte ihrer „ehrlichen Arbeit" nehmen, war das antisemitische Stereotyp des „raffenden Kapitals" nicht mehr weit.
Gesellschaftliche Randerscheinungen, die jedoch für den Osten neu waren, wie Gastarbeiter, die das Lohngefälle zwischen Deutschland und Osteuropa nutzen, fügten sich zum Bild vom „Ausländer, der den Deutschen die Arbeit wegnimmt" zusammen. Der erhöhte Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt, verbunden mit einer gewaltigen Massenarbeitslosigkeit heizte den Hass auf MigrantInnen weiter an. Obwohl der Ausländeranteil im Osten verschwindend gering ist und kein Ossi mit dem Hungerlohn eines türkischen Gastarbeiters hätte tauschen wollen, halluzinierte man sich eine „Überschwemmung" des Arbeitsmarktes mit Ausländern vor, die nichts mit der Realität zu tun hatte. Die NPD rannte mit ihrer Hetze gegen MigrantInnen offene Türen ein.
Auch das Versprechen der Kohl-Regierung auf „Blühende Landschaften" war nicht einlösbar, weil die Reste der Ostproduktion, die noch funktionier-

ten, nicht Arbeitsplätze in dem Maß geschaffen haben, dass, vermittelt über eine Kaufkraftsteigerung der Erwerbstätigen, der Binnenmarkt hätte angekurbelt werden können. Die mit staatlichen Subventionen teuer erkaufte Ansiedlung einiger Großkonzerne wie etwa Porsche und BMW in Leipzig oder VW in Dresden konnte an dieser Situation nichts ändern. Nichts lag näher, als der Politik die Schuld in die Schuhe zu schieben und die altbekannten Bilder der „fetten Politiker" zu beschwören, die ihren angeblich „zu hohen" Diäten frönen. Dass die Politik schon längst nicht mehr handelnder Akteur, sondern nur noch Sachverwalter der Krise war, musste bei der zwanghaften Suche nach konkreten Verantwortlichen für die abstrakte Kapitallogik ausgeblendet werden. Die Projektion nahm immer verrücktere Formen an, bis hin zum Hass auf „faul herumlungernde" Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose, wie die Farce um „Florida-Rolf" zeigt, die wenn überhaupt, dann nur zu einer Real-Satire etwas taugt.

Warum die einzig und allein für die Krise verantwortlich zu machende, stumme Logik des Kapitals nicht durchschaut wird, sondern negativ, antisemitische und rassistische Ideologien hervorbringt, liegt in der Widersprüchlichkeit des Kapitalismus selbst begründet. Antisemitismus und Rassismus sind Ideologien, die aus dem Fetischcharakter der kapitalistischen Verhältnisse herrühren. Um diesen Fetischcharakter zu verstehen, ist es wichtig, sich vor Augen zu führen, wie der Kapitalismus im Unterschied zu früheren Gesellschaften verfasst ist. Er beruht nicht auf direkten Abhängigkeitsverhältnissen, wie im Feudalismus. Die Tätigkeiten, die der Bauer für den Lehnsherren verrichten musste, waren noch nicht in ein abstraktes Verhältnis verkleidet, sondern gingen als konkrete Leistungen in die Gesellschaft ein. Nachdem der Bauer zuerst die Bedürfnisse seines Herren und dann die seinen befriedigt hatte, war sein Tagewerk getan. Er produzierte die Güter nicht für den Zweck, sie auf dem Markt zu verkaufen. Wenn überhaupt, dann wurde nur der Überschuss, für den keine Verwendung mehr bestand, zu Markte getragen. Der Charakter der Tätigkeiten war im Feudalismus also noch durch persönliche Verhältnisse gekennzeichnet. Im Kapitalismus hingegen nehmen die Tätigkeiten den Charakter gesellschaftlicher Verhältnisse an. Güter werden als Waren produziert, nicht um persönliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um sie auf dem Markt gegen Geld zu tauschen. Während die Produkte dem feudalen Bauern noch als seine persönlichen gegenübertreten, treten sich im Kapitalismus die Produkte auf dem Markt als gesellschaftliche, als Waren gegenüber. Sie werden nur zu dem Zweck produziert, aus Geld mehr Geld zu machen. Die Gesellschaftlichkeit des Kapitalismus besteht also darin, dass Menschen als Warenbesitzer vermittelt über den Tausch von Waren zueinander kommen. Daher besitzt eine Ware nicht nur die Eigenschaft ihres Gebrauchswertes, beispielsweise ein Tisch aus Holz zu sein. Indem sie ein Arbeitsprodukt ist, dass für den Tausch auf dem Markt produziert wird, erfährt sie ihre gesellschaftliche Bestimmung. Die Arbeit, die für die Produktion einer Ware aufgewendet wurde, wird im Tausch der Arbeit einer anderen Ware gleichgesetzt. Nur so können sie vergleichbar und damit tauschbar sein. Ob die Ware nun Produkt von Holzfäller oder Tischlerarbeit war, im Tausch muss sie auf gleiche menschliche Arbeit reduziert werden, um sich gegen andere Waren zu tauschen. Das gemeinsame Dritte der Waren, was sie zu gesellschaftlichen Dingen macht, ist also ihr Wert, den die Waren nur in der Beziehung auf andere Waren erhalten. Dieser Zusammenhang wird den Menschen aber als natürliche Eigenschaft ihrer Arbeitsprodukte zurückgespiegelt und nicht als gesellschaftliches Verhältnis. Das liegt darin begründet, dass Gesellschaft im Kapitalismus nur über den Tausch von Arbeitsprodukten hergestellt wird.

Das Geld bildet eine besondere Form. Es bildet das allgemeine Äquivalent für alle Waren. Während eine Ware sich nur zu einer anderen als ihr Gleiches verhalten kann, ist das Geld ein Gleiches für alle Waren. Alle Waren lassen sich gegen Geld tauschen. Das Geld ist damit ein besonderer Ausdruck des Werts. Die Waren können ihr Wert-Sein in einem ihnen außerhalb existierenden Körper, dem Geld, darstellen. So scheint es, dass dem Geld die „natürliche" Eigenschaft zukommt, sich gegen Waren tauschen zu lassen und ihren Wert auszudrücken. Das gesellschaftliche Verhältnis was dem zugrunde liegt, lässt sich auf der Ebene der Erscheinung nicht mehr durchschauen, weil die Beziehung von Ware und Geld den Menschen als ein „natürliches" Verhältnis von Dingen erscheinen.

Damit erscheinen Geld, Ware und Arbeit nicht als ein gemeinsames Verhältnis, sondern Geld wird zum Ausdruck des Abstrakten und Arbeit zum Ausdruck des konkreten. Dass es sich beim Verhältnis Geld - Ware - Arbeit um ein in sich geschlossenes, sich wechselseitig bedingendes System handelt, ist für den Alltagsverstand nicht mehr zu durchschauen. Da Geld auf der einen und warenproduzierende Arbeit auf der anderen Seite auf der Erscheinungsebene auseinanderfallen, wird das Kapital zum Symbol des abstrakten, undurchschaubaren, und „raffenden" während die Arbeit als „ehrliche, schaffende" halluziniert wird. Das Gesellschaftliche erscheint „natürlich" und wird biologisiert, was sich leicht an Begriffen, wie dem „Volkskörper" und den „Staatsorganen" deutlich machen lässt.

Da aber die abstrakte Seite unfassbar bleibt, wird sie zur Gefahr für die als konkret halluzinierte. Mit der Wiedervereinigung musste die Ostproduktion unter den Bedingungen eines freien Marktes wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen. Für das massive Anwachsen der Arbeitslosig-

keit mussten Schuldige gefunden werden, die sich mit antisemitischen und rassistischen Stereotypen herbei halluziniert wurden. Die Produktion, die über 40 Jahre leidlich funktionierte und eine gewisse soziale Sicherheit garantierte, brach mit einem mal zusammen und schuf eine Masse an Herausgefallenen und Überflüssigen, die auf die neuen abstrakt erscheinenden Prinzipien des Weltmarktes mit antisemitischen und rassistischen Reflexen reagierten. Dass fast 10% der Wähler in Sachsen NPD gewählt haben, ist daher kein Ausdruck von Protest, sondern der Verbreitung regressiver Krisenideologien in einer der Zusammenbruchsregionen von Ostdeutschland. Jeder, der ein Kreuz bei der NPD gemacht hat, wird wissen, dass er damit eine nationalsozialistische Partei gewählt hat. Nach der medialen Aufbereitung des „Aufstands der Anständigen" und dem NPD-Verbotsverfahren kann niemand von sich in Anspruch nehmen, nichts gewusst zu haben. Der ökonomische Zusammenbruch ging direkt mit dem Hervorbrechen von Antisemitismus und Rassismus einher.

Vor diesem Hintergrund ist es zweifelhaft, ob unter Linken die Losung weiterhin „Ausschlafen gegen rechts" heißen kann, mal abgesehen davon, dass man sich diesen Luxus auch nur in wenigen Flecken Sachsens leisten konnte. Es wird wieder notwendig werden, etwas gegen Nazis zu tun. In welchem Rahmen das stattfinden wird, muss an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Welche Aktionsformen sinnvoll sind und welche Bündnisse man eingeht, hängt von den konkreten Bedingungen vor Ort ab. Eine generelle Ab- oder Zusage an Bündnisse kann nicht erteilt werden, genauso wenig wie man pauschal sagen kann, welche Formen des Widerstands gültig und richtig sind.

Um gegen die regressiven Auswüchse der Krise vorzugehen, ist es jedoch falsch, das Konzept Antifa aus dem Papierkorb zu holen. Dort war es aus verschiedenen Gründen gut aufgehoben. Die Notwendigkeit gegen regressive Tendenzen vorzugehen, um sich die Bedingung von Kritik zu sichern, muss nicht heißen, sich wieder auf das reflexhafte Verhindern und Blockieren von Naziaufmärschen einzulassen. Nazis sind nur ein, wenn auch sehr gefährlicher, Ausdruck der Krise in Ostdeutschland. Sich Aufmärschen entgegenzustellen, kann nur ein Mittel der Gegenwehr sein, um sich Freiräume zu sichern und seine nackte Existenz zu verteidigen. Auch wenn es jederzeit zu begrüßen ist, wenn Nazis längere Besuche im Krankenhaus antreten müssen, ändert das nichts an den gesellschaftlichen Ursachen, die Antisemitismus und Rassismus hervorbringen. Antifademos, welche auf die Nazistrukturen vor Ort hinweisen, wie die Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden", bleiben in einem Horizont befangen, der sich nur mit den empirisch wahrnehmbaren Nazis auseinandersetzt, nicht aber mit der Gesellschaft, die in ihrer Krise neue, möglicherweise gefährlichere Gespenster gebiert. Der Zusammenhang zwischen einer krisenhaften Entwicklung der Gesellschaft und den aus ihr hervorgehenden regressiven Momenten legt es viel mehr nahe, diese Gesellschaft als Ganzes zu kritisieren. Dafür ist ein Konzept Antifa, wie in den 90er Jahren praktiziert, denkbar ungeeignet.



Gefangen in der Auseinandersetzung mit Nazis, war eine Kritik, die über Freie Kameradschaften und NPD hinausging kaum möglich. Vielmehr ist zu konstatieren, dass es an emanzipatorischer Kritik an den Verhältnissen fehlt, um eine Alternative zu den drohenden Barbarisierungstendenzen des Kapitalismus bilden. Es reicht nicht aus, weiter nur um die Spitze des Eisbergs herumzumanövrieren, weil das Ausmaß des Problems dabei verkannt wird. Eine Kritik, die nur darauf abzielt, sich an den regressiven Erscheinungen - seien es Nazis, Islamisten oder arbeitsgeile Ossis - abzuarbeiten, ist keine Kritik der Verhältnisse. Eine emanzipatorische Kritik muss sich dem Krisenkapitalismus und seinen Zumutungen widersetzen, will sie wirksam sein. Die Organisierung von Gegenwehr gegen Nazis kann nur die Freiräume für Kritik erhalten, sie aber nicht ersetzen. Ein Punkt, an dem eine emanzipatorische Kritik ansetzen muss, ist etwa das in weltweitem Maßstab stattfindende Überflüssigwerden von Menschen, was in Deutschland unter dem Label „Hartz IV" firmiert. Kurz, es muss eine emanzipatorische Kritik her, die sich nicht davor scheut, sich von der Gesellschaft, wie wir sie kennen, zu verabschieden!

More Nazis. More Antifa?

Nazis greifen eine Antifademo an, die NPD zieht mit zwölf Abgeordneten in den Landtag ein, in der sächsischen Schweiz finden wöchentlich Attacken auf Nicht-Rechte statt und obwohl die Nazis am 3.Oktober eine deutliche Abfuhr durch die Antifa bekamen, etablieren sich auch in Leipzig langsam festere Kameradschaftsstrukturen jenseits der NPD. Es scheint ein folgenreicher Fehler gewesen zu sein, dass erhebliche Teile der radikalen Linken nach dem sogenannten Antifasommer 2000 antifaschistische Arbeit für überflüssig erklärt haben.

Von Lucy Sandberg und Peter Conrady

Was geht ab in Sachsen? Da wird eine Demo gegen rechte Subkultur und Naziläden von 100 Nazis attackiert und die Antifas sehen sich gezwungen, sich selbst gegen die Angreifer zu verteidigen:

Zum Auftakt der sachsenweiten Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden" fand am 25. September eine Demonstration mit vierhundert TeilnehmerInnen gegen den rechtsextremen Laden „Backstreetnoise" und das ihm angegliederte Label „PC-Records" in Chemnitz statt. Obwohl der Betreiber Hendrik Lasch im Vorfeld immer wieder beteuert hatte, er habe mit der rechten Szene nichts zu tun und sogar mit einer Verleumdungsklage drohte, zeigte sich an diesem Tag, wie wissentlich er log. Er hatte im Internet mobilisiert, lud zu Bier und Bratwurst ein und bot seiner treuen Kundschaft einen Rabatttag an.

So fanden sich mit Duldung der Polizei bereits am Vormittag zweihundert Nazis im und vor dem rechtsextremen Laden ein, der mitten im Chemnitzer Plattenbauviertel „Fritz-Heckert-Gebiet" liegt. Unter ihnen verurteilte Gewalttäter der „Skinheads Sächsischen Schweiz" und der „Freien Kräfte Dresden". Auch der Chemnitzer REP-Stadtrat Martin Kohlmann wohnte den Ereignissen bei.

Als die Demonstration schließlich in unmittelbarer Nähe vorbeizog, kam es zu der voraussehbaren Konfrontation. Flogen zunächst Eier, versuchten die Nazis kurze Zeit später die Demonstration massiv anzugreifen. Die Polizei, die anfangs mit weniger als einer Hundertschaft vor Ort war, hatte in wohl völliger Verkennung der Lage zunächst die Ansammlung der Nazis zugelassen, später ein lächerliches Spalier aufgezogen und war insgesamt unfähig die Angriffe abzuwehren.

So versuchten die Nazis immer wieder die Route zu blockieren und einzelne auf die Demonstration selbst mit Waffen loszugehen. Dass diese Attacken dennoch kläglich scheiterten und für so manchen Nazi sicher in schmerzhafter Erinnerung bleiben, ist einzig dem offensiven Vorgehen der DemonstrationsteilnehmerInnen zu verdanken. Die Lage war teilweise derart unübersichtlich, dass die Polizei nichts mehr dagegen hatte, dass Antifas mit Zaunlatten bewehrt neben der Demo hergingen, um sich gegen die Nazis zu verteidigen.

Aber ganz so neu ist es dann doch nicht, was in Chemnitz passierte. Bereits im Juni in Pirna hatten die Nasen eine Sitzblockade auf der Route der Antifademo probiert und lungerten immer wieder in der Nähe der Demo herum. Und die Stimmung bei den KameradInnen ist mindestens seit den erfolgreichen Kommunalwahlen recht gehoben. Der ganze Wahlkampf der NPD für den Landtag war getragen von einem Optimismus, der auch auf die nicht der NPD nahestehenden Strukturen abfärbte. Man kann davon ausgehen, dass die „Freien Kameradschaften" den NPD-Erfolg in Dresden durchaus auch auf sich beziehen. Nicht zu vergessen ist, dass nicht wenige von ihnen tatkräftig mit angefasst hatten beim Plakateaufhängen oder -bewachen. So ist es also gewissermaßen abzusehen gewesen, dass die Einladung zu Rabatten auf Thor-Steinar-Kapuzenjacke, Freibier und Bockwurst und zur Verteidigung des eigenen Nazi-Kiezes (Heckertgebiet) nicht wenige Nazischläger anlocken würde. Trotzdem bleibt es eine neue Qualität, dass die Birnen derart unverforen und teilweise bewaffnet eine Antifademo angreifen.

Auch kann man sich in Zukunft ganz bestimmt nicht mehr darauf verlassen, dass die Polizei schon dafür sorgen wird, wofür sie normalerweise bei jedem Naziaufmarsch sorgt: Für eine weiträumige Absperrung des Demobereichs für als solche erkennbare GegnerInnen. Gerade das Vorgehen der Polizei bei etlichen Montagsdemos hat gezeigt, dass sie keineswegs immer (ganz rechtstaatlich) auf Seiten der Demo ist, sondern teilweise doch recht offensiv auf Seiten der Nazis. In Dresden, Magdeburg oder Gera wurden die Nazis sogar mit Hilfe handgreiflichen Polizeieinsatzes in die Demo gedrückt.

Das bestätigt die Nazis natürlich nur in ihrem Tun. So folgten in Chemnitz sowohl den Angriffen, als auch dem Zeigen des Hitlergrußes oder dem Skandieren von „Juden raus"-Parolen staatlicherseits keine Konsequenzen.

Ob dies Kalkül oder bloßes Unvermögen ist, soll dahingestellt bleiben.

Die Kampagne

Nichstdestotrotz hat die Kampagne mit der Demo in Chemnitz schon erste Erfolge vorzuweisen. Das Bundesvermögensamt prüft bereits, wie dem „Backstreetnoise" schnellstmöglich gekündigt werden kann. Sollte keine außerordentliche Kündigung möglich sein, werde auf jeden Fall zum Ende des nächsten Jahres gekündigt. Es ist also zwar wichtig, aber kommt nicht ausschließlich darauf an, nach den Chemnitz-Vorfällen jetzt die „Straße" zu verteidigen. Das muss ohne Frage auch Teil von Antifa sein, aber es muss auch darum gehen, die Nazis mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aus dem öffentlichen Raum und den Subkulturen zu drängen, ihre Strukturen öffentlich zu machen und zu behindern. Dazu zählt auch Kampagnenpolitik, die die Nazisubkultur von Musik bis Klamottenvertrieb angreift. Denn in dieser wird mittlerweile richtig Geld verdient, werden Strukturen aufgebaut und unterhalten und können neue Leute geworben werden.

Das ist unter anderem das Ziel der Kampagne gegen Naziläden. Das bisher weitgehend ungestörte Treiben der Naziläden soll gestört werden. Und da Nazis in letzter Zeit verstärkt in Subkulturen Fuß fassen, die bis dahin nicht rechts waren, soll dem darüber hinaus deutlicher Gegendruck entgegengesetzt werden. Eine Zusammenarbeit mit ähnlich gelagerten Kampagnen verspricht dabei gute Erfolge. So gibt es seit kurzem eine Kampagne gegen das Naziklamottenlabel „Thor Steinar". Die vom brandenburgischen Zeesen aus vertriebene Marke hat momentan ungeahnte Erfolge in der Szene. Die Klamotten sind für Naziverhältnisse erstaunlich schick, und die Runen im Firmenlogo erfreuen jeden NS-Fan. Schwieriger wird es dagegen bei Marken wie „Rizist", die zwar ebenfalls der Naziszene entstammen, aber im Gegensatz zu „Thor Steinar" nicht mehr so eindeutige Symbolik verwenden - sie sieht eher nach HipHop aus. Gemeinsam ist beiden aber die Tatsache, dass sie von Anfang an ganz gezielt für den Nazimarkt produziert wurden und auch die Betreiber zur Szene gehören. Schon länger gibt es dagegen die Kampagne „Good night white pride", die gegen die zunehmende Nazipräsenz im Hardcore vorgeht.

Allein in Sachsen gibt es in dieser Hinsicht viel zu tun. Das Land ist ein Schwerpunkt bei der Herstellung und dem Vertrieb von Nazimusik, aber auch bei der Veranstaltung von Konzerten. Dazu kommt ein dichtes Netz an Versänden - und eben Läden. Herausragende Beispiele sind das Outline in Dresden (Betreiber ist Silvio Strauch, ehemaliger Mitbetreiber des Chemnitzer Backstreetnoise) oder der „Eagle" in Pirna, der von Dirk Knote betrieben wird. In letzterem gibt es so Sachen zu kaufen wie Shirts mit dem Schriftzug „Nazi" in Form des NIKE-Logos. Beide sind Anlaß für weitere Demos im Rahmen der Kampagne. Die nächste findet am 27.November in Pirna statt. Da Pirna zur Nazigegend Sächsische Schweiz gehört, kann davon ausgegangen werden, dass die Birnen versuchen werden, irgendwie gegen die Demo vorzugehen. Bereits jetzt werden massiv linke oder einfach nur nicht-rechte Jugendliche eingeschüchtert. Nach dem doch recht deutlichen Signal des 3.Oktober in Leipzig kursieren auch schon die ersten Wortmeldungen im Internet, die betteln, es mögen möglichst viele Kameraden nach Pirna kommen. Umso wichtiger ist es, dass es eine entschlossene Antifa-Demo wird, die den Nazis zeigt, dass auch ihre „Hausmacht" durchbrochen werden kann. Wenn es auch in Leipzig gelingt, ein paar Leute mehr als zur Demo nach Chemnitz zu mobilisieren, könnte die Vermutung, der 3.Ok-



tober wäre nur spießige Kiez-Verteidigung gewesen, entkräftet werden.

Die Verbindung zur NPD

Was hat die NPD mit dem ganzen zu tun? Dazu müsste man nur auf dem Pressefest des Parteiorgans „Deutsche Stimme" gewesen sein. Mehrere Tausend Nazis hatten sich auf einem Gelände der Diskothek „Wodan" in Mücka angesammelt, um diversen Parteikadern zuzuhören, aber vor allem, um bekannte Rechtsrockbands zu sehen, zum Beispiel „Youngland" aus den USA. Und mit Jens Pühse hat der Deutsche Stimme-Versand sich auch einen kompetenten Mann für den Bereich der Musik ins Boot geholt: Vorher hatte er mit seinem Versand „Pühses Liste" bereits einschlägige Tonträger unter die Nazis gebracht. Er stellte auch die CD zusammen, die die sächsische NPD im Wahlkampf an Infoständen, auf Bahnhöfen und vor Arbeitsämtern verteilte.

Die Partei kümmert sich als schon seit einiger Zeit um das eher minderbemittelte jugendliche Nazi-fußvolk und bietet ihm gezielt Events an. Ziel ist natürlich die Stärkung rechter Strukturen und (vor allem Jugend-)Subkulturen, aber auch der Erfolg in der Konkurrenz zu den Freien Kameradschaften. Mit dem Wahlerfolg in Sachsen ist die NPD damit einen großen Schritt voran gekommen, auch wenn er in der Kameradschaftsszene als allgemeiner Erfolg für alle Nationalen gesehen wird.

Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus brachten der Partei in Sachsen 9,2 Prozent der Zweitstimmen - also reichlich 200.000 WählerInnen. Und wären die Ergebnisse in Leipzig, Dresden und -bedingt- Chemnitz nicht deutlich unter dem Landesschnitt, wäre die NPD zweistellig gewählt worden. Spitzenreiter dabei ist, wie nicht anders zu erwarten, der Wahlkreis Sächsische Schweiz 2 mit 15,1% der Stimmen, gefolgt von Annaberg mit 14,0% und Riesa-Großenhain mit 13,9%. Also jene Gebiete, die bereits zur Kommunalwahl im Juni hohe Stimmenanteile für die NPD verzeichneten. Und das war keine Protestwahl. Die Leute, die die NPD wählten, haben gewusst, was sie tun und sie haben es bewusst getan. Sie wählten die Partei, weil sie das vertritt, was sie selber denken und empfinden: eliminatorischer Hass auf alles als „fremd" und „anders" empfundene; und weil die NPD dies ohne Rücksicht auf vermeintliche Political Correctness „offen ausdrückt"; und weil die NPD für die ausgemachten gesellschaftlichen Problemlagen die angeblich Schuldigen benennt und einfache Lösungsansätze gleichermaßen bietet: „Ausländer raus".

Wenig überraschend war die Reaktion in weiten Teilen des sogenannten demokratischen Spektrums. Das Problem war primär erst einmal das Ansehen im Ausland. Angst wurde laut, Investoren könnten verschreckt werden (auch wenn das manche Industrievertreter verneinten und eher in der PDS das Problem sehen wollten). Die Nazis würden Sachsen schaden. über die Opfer der Nazis - geschweige denn die aufgrund des Erfolges erst noch zu erwartenden- wurde wie immer geschwiegen.

Eine Partei im Rausch

Das Ergebnis der Wahl war abzusehen und in den meisten Umfragen auch so vorausgesagt worden. Ausgesprochen siegesgewiss konnte die NPD in und durch den Wahlkampf ziehen. Bereits nach dem Erfolg bei den Kommunalwahlen, insbesondere der ertragreichen Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Gruppen im Nationalen Bündnis Dresden, sah man den Weg in den Landtag bald klar vor sich. Spätestens aber seit dem Abkommen mit der DVU, sich gegenseitig keine Konkurrenz zu machen, und dem Handstreich der sächsischen Landesführung der Republikaner, die einen Tag vor Schließung der Wahlliste eigenmächtig den Wahlvorschlag der REPs zurückzog, war der Einzug sicher. Dementsprechend siegesgewiss konnte sich die NPD schlussendlich auch am Wahltag selbst präsentieren. So war der Spitzenkandidat Holger Apfel schon bei seiner Stimmabgabe am Morgen des 19. September im Wahllokal der 63. Grundschule in Dresden-Strießen entsprechend fröhlich aufgelegt. Konnte er doch, zu recht, davon ausgehen, dass sich niemand der versammelten Presse für seine eigentlichen Ziele interessieren würde. In Begleitung von Frithjof Richter (Nationales Bündnis Dresen), Jens Pühse (DS-Verlag Riesa), Stefan Rochow (JN-Bundesvorstand), Manfred Börm (NPD-Ordnerdienstleiter), Sven Hagendorf (sattsam bekannter Neonazischläger), Frank Rohleder (Nationales Bündnis Dresden) und weiteren Neonazis traute er sich in die Vorstadtidylle, als hätte er nicht alleine kommen können. In die Kamera grinste er den anvisierten Einzug in den Landtag am Abend.

Im Landtag selbst waren schon am frühen Abend die ersten Nazis zugegen. Wiederum Pühse und Rochow, ergänzt um den Parteipressesprecher Klaus Beier. Irritiert und aufgeregt liefen sie mal da- und mal dorthin, stellten sich mal hier und mal dort für die 18 Uhr-Prognose in Pose und fanden endlich ihren Platz vor der Wahlpräsentationsleinwand. Um 18 Uhr lagen sich die drei in den Armen und kündigten das Kommen von Holger Apfel und Udo Voigt an. Selbst über ihre Ziele befragt, konnten sie keine Auskunft geben, sondern verwiesen immer nur auf die Parteiführung. Beier wiederholte gebetsmühlenartig seine zwei Sätze: „Vor 60 Jahren wurde diese Stadt Dresden von anglo-amerikanischen Bombern zerstört." und „Heute 60 Jahre später geht von Dresen ein Fanal für Deutschland aus."

Gegen halb Sieben trudelte dann der Nazimob ein. In zwei Limousinen fuhren Apfel, Parteichef Udo Voigt, Börm, der Landesvorsitzende Winfried Petzold, Bundesvorstandsmitglied Sascha Rossmüller, Johannes Müller, Sven Hagendorf und andere vor. Auch Apfel und Voigt waren sprachlos vor der Presse, mehr als die in den

Wahlkampfflugblättern festgehaltenen Phrasen wurde auch im Landtag nicht gedroschen.
Dennoch gelang es ihnen sich mediengerecht zu inszenieren, als Apfel einen schlecht getarnten Hitlergruß in die Kameras zeigte und Beier und Rossmüller gemeinsam mit Apfel und Voigt eine NPD-Flagge hielten, womit sie gleich das erste mal gegen die Hausordnung des Landtages verstießen. Zu gleicher Zeit bedrohte Manfred Börm Journalisten. Ein Abend, an dem sich eben Neonazis wie Neonazis verhielten. Tage später. Nachdem die JournalistInnen zunächst zu einem Parkplatz bestellt wurden, leierten Apfel und Voigt im Freitaler „Sächsischen Wolf", wo übrigens immer wieder Neonaziveranstaltungen stattfinden, einmal mehr ihre Parolen herunter. Die anwesenden neuen Landtagsabgeordneten Uwe Leichsenring und Johannes Müller durften kaum zu Wort kommen, ebenso wenig der zukünftige sächsische Fraktionsgeschäftsführer Peter Marx aus dem Saarland. Schüssler. Interessant wird auch werden, wer alles einen der begehrten Mitarbeiter-Jobs bekommt. Allein die Fraktion bekommt ab sofort 118.500 Euro pro Monat, mit denen sie u.a. MitarbeiterInnen bezahlen kann. Dazu kommen noch mal 27.000 Euro für die Arbeit in den Wahlkreisen, zum Beispiel für die Eröffnung von Abgeordnetenbüros - von denen ein erheblicher Schub für lokale Nazistrukturen ausgehen wird. Ganz zu schweigen von den Diäten der Abgeordneten selbst. Und das ist dann immer noch nicht alles, weil der NPD



Keine überraschungen, keine Besonderheiten, nur der Ort war bisher ungewöhnlich.
Als dann die entschlossene Spontandemonstration der Antifa bis vor den Landtag gelangte, flüchtete die ganze Horde durch einen Hinterausgang aus dem Landtag. Sie fuhren stattdessen zum Autohof Nossen, wo schon zwei Dutzend andere sächsische Nazikader am Feiern waren. Unter diesen waren aber auch Exponenten des NPD-freundlichen Teils der „Freien Kameradschaften", so das frischgebackene NPD-Mitglied Thomas „Steiner" Wulff oder Christian Hehl, der seit neuestem den Bodyguard für Holger Apfel mimt.
Ebenso wenig überraschend die großspurige Pressekonferenz zwei

Die Gestalten

Was für Leute ziehen jetzt für die NPD in den Landtag? 9,2 Prozent bedeuten zunächst einmal zwölf Sitze im Landtag. Gewählt wurden Holger Apfel, stellvertretender Bundesvorsitzender und Geschäftsführer des Deutsche Stimme Verlages, Jürgen Schön, ebenfalls stellvertretender Bundesvorsitzender, Alexander Delle, Jürgen W. Gansel und Uwe Leichsenring, alle drei Bundesvorstandsmitglieder. Darüber hinaus der Landesvorsitzende Winfried Petzold, sein Stellvertreter Klaus-Jürgen Menzel, die Landesvorstandsmitglieder Matthias Paul, Klaus Baier, Mirko Schmidt und Dr. Johannes Müller und als einzige Frau Gitta

aus Europa- und Landtagswahl noch Unsummen an Wahlkampfkostenentschädigung zustehen. Das wird zur Folge haben, dass in Sachsen ab sofort eine Menge Nazikader, sofern sie loyal zur NPD bleiben, sich keine Gedanken mehr um ihren Lebensunterhalt machen müssen, sondern ihre ganze Zeit in ihr politisches Unwesen stecken können. Selbst wenn man einmal davon ausgeht, dass nicht allzuviel des ganzen Geldes die NPD oder gar die privaten Konten der Abgeordneten etwa in Richtung „freier" Nazi-Strukturen verlassen wird, bedeutet das trotzdem immer noch eine enorem Stärkung der gesamten Naziszene. Zumal die finanzielle Verlockung wohl so manchen bisherigen NPD-Kritiker frühere Streits ver-

gessen lassen dürfte.
Außer den strukturellen und finanziellen Folgen bedeutet eine NPD-Fraktion im Landtag aber noch mehr. Zunächst einmal dürfen die Gewählten solange nationalsozialistische Scheiße labern, bis ihnen der Landtagspräsident die Immunität entzieht und sie damit der Staatsanwaltschaft frei gibt, die bis dahin eben nichts dagegen unternehmen darf. Außerdem besteht die Möglichkeit der Anfragen an die Landesregierung, um Infos über ihnen missliebige Personen oder Zusammenhänge zu sammeln. Auch in den Ausschüssen dürfen sie an der Gesetzgebung mitstricken. Insgesamt ist angesichts der parteiinternen Stellung der NPD-Landtagsabgeordneten kaum anzunehmen, dass sie ähnlich unprofessionell parlamentarisch versagen und sich zerfasern werden wie die DVU.

Warum Sachsen?

Für das Wahlergebnis gibt es keinen Ostbonus. Immerhin bekam die NPD bei der Landtagswahl im Nachbarland Thüringen in diesem Jahr nur 1,6% der Stimmen und auch die REPs nur 2,0. Im Saarland dagegen kam die NPD auf 4%, auch hier gab es Hochburgen mit zweistelligem Ergebnis. Die Gründe sind wohl eher in der spezifisch sächsischen Situation zu suchen, die sich vielleicht ansatzweise mit der in Bayern vergleichen lässt. In 14 Jahren CDU-Alleinregierung saßen Leute wie Volker Schimpff für diese Partei im Landtag, der Peitschenhiebe und Fußfesseln für (ausländische) Straftäter nicht so schlimm findet, hatte das Christlich-Konservative Deutschland-Forum der CDU hier sein Zentrum, wurde mit dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung einer Reihe prominenter Verfechter der Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus ein freistaatlich finanziertes Auskommen geboten, sollte in Jura-Staatsexamen ein KZ-Verbrechen explizit nicht als Kriegs- oder Menschheitsverbrechen beurteilt werden und werden im aktuellen Gedenkstättenkonzept der Nationalsozialismus und die DDR gleichgesetzt. Kurz: Die rechtskonservative Grundstimmung im ostdeutschen Boom-Freistaat schuf gute Vorraussetzungen. Diese Ausgangslage dürfte mit ausschlaggebend für die NPD gewesen sein, ihren Verlag und den Fokus ihrer Aktivitäten nach Sachsen zu verlegen. Die Deutsche Stimme zog 1999 aus Bayern nach Riesa und die Landtagswahlkämpfe waren sowohl 1999 als auch 2004 sogenannte „Schwerpunktwahlkämpfe". Am letzten nahmen sogar Freie Kameradschaftsstrukturen aus anderen Bundesländern teil. Sieht man sich den Terminteil der aktuellen „Deutschen Stimme" an, kann man nicht übersehen, welche Bedeutung Sachsen für die NPD hat. Von 30 angekündigten Veranstaltungen finden 18 in Sachsen statt. Mit den Wahlen werden sowohl NPD- als auch freie Strukturen in Sachsen gestärkt. Das ist wiederum die Basis für eine weitere Verbesserung des Klimas für Nazis. Veranstaltungen und Aufmärsche werden noch selbstverständlicher werden, als sie es jetzt schon sind. Und sie werden besser besucht sein, so mancher und manche bisher zögerlicheR MitläuferIn wird sich dann doch mal trauen, mitzugehen und mitzumachen. Antifaschistische Argumente werden es lokal schwerer haben gegen eine Partei, die zwölf Leute im Landtag sitzen hat. In den nächsten fünf Jahren wird sich in der Naziszene in Sachsen einiges tun, und das wenigste davon werden wir gut finden.

Und das wars dann?

Das ist die abzusehende Entwicklung der nächsten Jahre. Es sei denn, in der Linken wird langsam von der Haltung Abstand genommen, Antifa sei Mist und könne gelegentlich auch mal sabotiert werden. Der Antifasommer im Jahr 2000 war wichtig zur Reflexion der eigenen Position der Antifa und, um die eigene Rolle und die eigenen Konzepte zu überdenken. Aber es war die falsche Entscheidung, sich ganz aus Antifa-Arbeit zurück zu ziehen. Es war sicher die bequemere Lösung, angesichts der Lippenbekenntnisse der ProtagonistInnen des regierungsamtlichen „Aufstandes der Aufständigen" Antifa als ganzes über den Haufen zu werfen. Aber das war damals wie heute schlecht begründet und ist nicht ganz unschuldig an der heutigen Lage. Denn das heißt vergessen, was für reale Zustände in der Gesellschaft herrschen, heißt, den eigenen abgesicherten Stadtteil fürs Ganze zu nehmen, heißt die Entwicklung der Naziszene außerhalb der Großstädte zu ignorieren und auf die Probleme dortiger Linker oder anderer potentieller Naziopfer zu pfeifen. Die Wahl hat gezeigt, dass in Orten, in denen es antifaschistische Strukturen gibt, die NPD deutlich schlechtere Ergebnisse eingefahren hat. So liegt Pirna, wo solche trotz der Naziangriffe immer noch präsent sind, deutlich unter dem Ergebnis der Region.
Ebenso falsch wäre es aber auch, jetzt die ganzen alten Antifakonzepte unhinterfragt wieder hervorzukramen. So einiges daran hat seine berechtigte Kritik gefunden. Aber es muss klar sein, dass Antifa-Arbeit einfach eine Notwendigkeit ist (und niemand verlangt, sie solle der einzige Inhalt der politischen Arbeit sein). Es braucht wieder mehr antifaschistische Aktivitäten, es braucht aber auch eine Auseinandersetzung mit den Zielen und Konzepten von Antifa. Diese Auseinandersetzung muss jetzt geführt werden - und sie muss von Praxis begleitet sein. Gelegenheiten dafür gibt es viele in nächster Zeit: Die Demos der Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden" am 27.11. in Pirna und im Januar in Dresden oder der 13.Februar in Dresden. Die Zeit des Antifadissings ist vorbei.
Wie der 3.Oktober, aber auch das weit verbreitete Erschrecken nach der Attacke in Chemnitz gezeigt hat, stehen die Zeichen dafür gar nicht so schlecht. Das Interesse scheint da zu sein.

fight naziscum

Bertram

nachdem drei tage vor der landtagswahl eine art aufstand der anständigen vol.2 -die standortsicherung- initiiert wurde und dem wirtschaftlichen ruin sachsens mit heuchlerischen antifaschistischen phrasen versucht wurde, entgegen zu wirken, hat sich die aufregung wieder gelegt. der amd-chef persönlich schätzt alles nicht so schlimm ein, und natürlich wird in sachsen trotz npd im landtag weiter investiert - gottseidank.
die internationale presse hat zwar alles genau beobachtet, doch die bewertungen fallen sehr milde aus, nationale parteien haben in europa nun mal 10 %, wieso nicht auch in deutschland. das kommt udo voigt auf jeden fall entgegen, so sind es doch seine worte, dass deutschland eine nationale partei braucht.
auch bei der lokalpresse ist wieder normalität eingekehrt, zwar unterstützte sie anfänglich die „rufschädigung" der sächsischen schweiz, doch in ein paar tagen werden wir die zynischen antifaschistischen artikel wohl vergebens suchen. nur spiegel tv, panorama oder fakt finden es nach wie vor abenteuerlich gefährlich und reisen immer wieder in die region um sich das rassistische pack live anzusehen.
was gibt es da noch zu sagen, es finden sich eigentlich alle recht schnell in den alltag zurück, die kommunalwahl hat ja schon gezeigt das der umgang mit neonazis im parlament so schwer nun auch nicht ist. in meissen zum beispiel ging man dazu über, die npd zu integrieren und ihnen verantwortungsvolle aufgaben zu übertragen, da können sie mal beweisen das sie auch nur eine demokratische partei sind.
einzig der sitzstreit scheint noch die gemüter zu erhitzen. dass neonazis rassistische und antisemitische ideologien propagieren, auf der straße migrantinnen und linke zusammenschlagen, und mittlerweile in unzähligen kommunalparlamenten und zwei landtagen sitzen ist wohl nicht so schlimm, aber neben diesen leuten im landtag zu sitzen, scheint wirklich nicht tragbar. aber wir brauchen uns keine sorgen machen um die arbeitsfähigkeit des landtags, die spd meinte schon, landtag heißt nicht wandertag, nur weil die npd mal rassistische statements abgibt, werden wir nicht jedes mal anfangen, den saal zu verlassen. ende gut, alles gut - schlimmer kann's jetzt ja auch nicht mehr kommen?
was der einzug der npd in den landtag eigentlich bedeutet, darüber möchte man am liebsten nicht nachdenken. eine ohnehin schon starke neonazistruktur bekommt in jedem fall eine enorme finanzielle und logistische unterstützung. wahlkampfbüros als jugendclubs und anlaufpunkte in sämtlichen käffern sachsens. ewig viele mitarbeiterposten. 12 npd-kader mit immunität und büros im landtag. und einfachmal verdammt viel geld!
welcher neonazi sollte sich darüber nicht freuen - wie sehr sie das tun, müssen momentan vor allem linke und migrantinnen in der sächsischen schweiz spüren. in den letzten zwei wochen gab es mehrere krasse überfälle, so wurden am 2.10.04 sieben jugendliche nachts halb vier an der sb tankstelle in pirna brutal von 4 neonazis angegriffen und mussten danach zum teil ins krankenhaus, am freitag, 24.09.2004 versuchten neonazis einen nichtrechten jugendlichen auf der hauptstraße in rosenthal mit dem auto zu überfahren, er konnte sich nur durch einen sprung ins gebüsch retten, einen ähnlichen fall gab es laut amal schon im juni 2004, wo sich ein 14jähriger fahrradfahrer nur durch einen sprung zur seite knapp vor dem aufprall mit dem naziauto in sicherheit bringen konnte, in der nacht vom 29. zum 30.09.04 kam es zu rassistischen anschlägen auf vietnamesische ladengeschäfte in königstein, unbekannte täter schlugen die fenster eines gemüseladens und eines gemischtwarenladens ein, schon vor der wahl wurde mehreren alternativen jugendlichen in pirna persönlich gewalt angedroht. die neonazis meinen das ernst, mittlerweile wurde von ihnen angekündigt alle linken in pirna „zu brei zu schlagen", wenn sie sich auf der antifademo am 27.november 04 im rahmen der sachsenweiten kampagne schöner leben ohne naziläden sehen lassen. seit ende der neunziger war es nicht mehr so schlimm in der region.
dass dies nicht nur auf dem land so ist, kann man in dresden gut beobachten. im so genannten alternativen stadtteil neustadt wohnen schon länger vereinzelte neonazis und der allabendliche kneipenbesuchermob ist auch alles andere als alternativ, seit neuestem allerdings spazieren organisierte nazischläger aus dresden und der sächsischen schweiz durch den stadtteil und suchen gezielt nach antifas, um denen aufs maul zu hauen. so konnten sich vor ca. 4 wochen zwei personen beim plakate kleben nur knapp in einen dönerladen retten. die ca. 50 neonazis, welche sich am abend der landtagswahl ankündigten, trauten sich zum glück wegen dem hohen bullen-aufkommen nicht in die neustadt und bei der kneipen- und kulturnacht sammelten sich ca. 15 von den neonazischlägern an der

louisen-, ecke görlitzerstraße, um auf antifas zu warten, sie schubsten eine farbige frau und verschwanden dann aber doch recht schnell wieder. dass so ein krasses offensives verhalten der neonazis auf der straße einhergeht mit den wahlerfolgen, ist wohl nicht verwunderlich, in jedem fall ziemlich bedrohlich. das allerdings dürfte die parlamentarier oder den amd-chef wohl eher weniger interessieren.
es sollte uns zu bedenken geben, dass es so genannte freiräume außer vielleicht noch in leipzig-connewitz in sachsen kaum gibt. durch undifferenzierte subkultur und vernachlässigen antifaschistischer politik konnte sich die neonaziszene hier auf vielen ebenen etablieren. vielleicht müssen wir unsere politikansätze auch einfach etwas überdenken, um diesem nazipack etwas schlagkräftiger entgegenzutreten. der anfang ist auf jeden fall gemacht, so gehen in dresden in letzter zeit des öfteren neonaziautos in flammen auf, und die farblich künstlerischen gestaltungen der neonaziläden dürfte ihnen wohl auch nicht zusagen. dass dies nicht die einzige ebene bleiben sollte, versteht sich!

Ausschlafen gegen rechts?[1]

Als das Bündnis gegen Rechts (BGR) aus Leipzig im November 2001 das erste Mal nicht gegen einen Naziaufmarsch in der eigenen Stadt mobilisierte, sondern die Parole „Ausschlafen gegen rechts!" ausgab, war das Unverständnis groß.[1] Nach drei Jahren Schlaf[2] hat sich – trotz des NPD-Wahlerfolgs in Sachsen – beim BGR nicht viel geändert. Bis auf die Tatsache, dass zur Eigenbezeichnung nur noch die Abkürzung verwendet wird.

Mark Schneider (Mitglied im BGR)

Das Geschrei ob des Einzug der NPD in den sächsischen Landtag war schon vor dem 19. September 2004 groß. Antifa-Gruppen wittern nun Morgenluft, die Zivilgesellschaft ist entsetzt, die Wirtschaft besorgt, die Jusos bangen um die Arbeitsplätze im Osten[1], die Medien erteilen Nachhilfeunterricht in Sachen Demokratie und deutscher Geschichte und die Parteien weisen sich gegenseitig die Schuld zu[2]. Die inszenierte Empörung[3] wird allerdings so schnell wieder abebben, wie sie begonnen hat. Nur die unerschrockenen Antifas wollen am Ball bleiben. Der Leitartikel der *Antifaschistischen Nachrichten* (23.9.2004) gibt die Linie vor: „Hartz IV ... hat die armen Leute regelrecht in die Fänge der rechten Demagogie getrieben. ... Der rechte Sumpf kann aber nur trocken gelegt werden, wenn alle demokratischen Kräfte daran arbeiten. Das wollen die bürgerlichen Kräfte aber nicht, wenn sie die rechten Parteien und die PDS auf eine Stufe stellen. Darüber muss die Diskussion und Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Kräften gesucht werden. Ohne linke, sozialistische Kritik entwickelt sich keine Front gegen Rechts."
Das ist zwar als Schnellschuß etwas vulgär formuliert, doch das *Antifaschistische Infoblatt* wird dann Monate später in einem wissenschaftlicheren Duktus, aber mit der gleichen Stoßrichtung, nachlegen. An dieser Analyse ist so gut wie alles falsch. Eine Widerlegung erübrigt sich schon angesichts der logischen Inkonsistenz der Argumentation: Die Demokraten treiben die „armen Leute" in „die Fänge" der Rechten und die gleichen Demokraten werden die „armen Leute", angetrieben von den sozialistischen Volksfrontkräften, vereint mit der PDS, wieder herausholen?
Dagegen bleibt festzuhalten: Nicht der Wahlerfolg der NPD ist das Problem, sondern die rechte Gesinnung, die der gemeine PDS-Wähler mit der CDU-Sympathisantin teilt. Nicht Hartz IV treibt die armen Menschen zur NPD, sondern die fehlende Überzeugungskraft der rechten Parolen der als nicht-rechts geltenden Parteien. Und: Der rechte Sumpf lässt sich nicht trocken legen, in dem man die völkischen Kräfte auf dem morastigen Boden der FDGO gegen die bodenlosen völkischen Kräfte verteidigt.
Die Frage wäre also: Was soll eine Antifa, die ihrem Namen gerecht werden will, mit der PDS anfangen, die in Sachsen Wahlkampf betrieb mit der Losung: „Ungerecht. Jeder Zweite schläft auch werktags aus. Ungerecht!"? Wie soll ein Bündnis mit den demokratischen Kräften funktionieren, wenn selbst die Linke lieber mit den Nazis gegen Hartz IV auf die Straße geht als gegen die Nazis und die ganzen anderen

MontagsdemonstrantInnen?[4] Was soll die pathetische Aufladung des Antifaschismus mit revolutionären Hoffnungen, wenn es im Grunde genommen nur um den reibungslosen Ablauf des kapitalistischen Normalbetriebs geht, der durch ein Zuviel an „Rechtsradikalismus" gestört werden könnte?

Antifaschismus besitzt trotz all dieser Einwände eine konkrete Berechtigung – allerdings nicht in dem Sinne, wie die meisten Antifa-Gruppen ihn noch nach dem von der Bundesregierung proklamierten Staats-Antifa-Sommer praktizieren. Die Berechtigung besteht darin, sich einerseits gegen Angriffe zur Wehr zu setzen.[5] Andererseits – und dies wird meist vernachlässigt – die bürgerliche Gesellschaft (und nicht etwa den Staat oder das Kapital)[6] als den Nährboden für faschistische Ressentiments zu bekämpfen, ohne dabei beides in eins zu setzen[7] oder gar selbst in die Falle der Gegenaufklärung zu tappen[8]. Darüber hinaus hätten sich AntifaschistInnen in Deutschland mit dem Dritten Reich und den postnazistischen Kontinuitäten zu beschäftigen[9].

Dass dies in breiten Teilen der Linken nicht einmal ansatzweise geschieht, offenbaren die folgenden Sätze, die in der aktuellen Ausgabe[10] der Leipziger Anarcho-Zeitschrift *Feierabend* erschienen sind und in fast jede andere linke Zeitschrift[11] gepasst hätten: „In einigen Städten rufen eher rechte Gruppierungen zu den Demos auf ... Alles in Allem sind es einfach nur Leute, die auf die Strasse gehen. ... Die etablierten Parteien können hier aber sicherlich nicht punkten. Wenn von der Bühne gegen das Parteiensystem oder den Kapitalismus gewettert wird, ist der Applaus groß. Offensichtlich braucht mensch keine drei linken Szenezeitschriften abonniert haben, um irgendwann festzustellen, dass der Fehler im System liegt." Was die einen, nämlich die sich antipolitische gebende und antiintellektuelle Idylle mit den Nazis, als den Vorabend der Revolution ansehen, ist für alle, die die Geschichte nicht verdrängt haben, ein Symptom für die Volksgemeinschaft in nationalsozialistischer Tradition.

Es gilt also weiterhin: Manchmal[12] ausschlafen gegen Rechts und öfter wachsam sein gegenüber dem Rest der Gesellschaft! Und: Mit drei oder mehr linken Zeitschriften erkennt auch noch der letzte Antifa, dass der Fehler im linken Antifaschismusverständnis liegt – und nicht nur im System!

FUSSNOTEN:

[1] Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die ungekürzte und mit einigen Anmerkungen versehene Version eines *Disko*-Beitrags, der am 29.09.2004 in der *Jungle World* (S. 19, http://jungle-world.com/seiten/2004/40/4053.php) erschien. Der Ort des Erscheinens, die Disko-Seite, die konträre Positionen selbst da präsentieren soll, wo sie nicht auf der Hand liegen, erklärt die polemische Argumentation – und macht an dieser Stelle die Ergänzungen notwendig.

[2] Die damalige Begründung des BGR findet sich unter http://www.conne-island.de/nf/83/26.html. In dem Papier wird nicht dem Antifaschismus generell die Absage erteilt, sondern vor dem Hintergrund des staatlichen Antifa-Sommers im Jahre 2000 und der damit einher gehenden Marginalisierung der Nazis erklärt, dass man erstens nicht jedem kleinen Naziaufmarsch hinterher rennen will und zweitens sich Antifaschismus mit der Mitte der Gesellschaft und der staatlichen Politik zu beschäftigen habe. Es handelte sich damit um eine historisch bedingte Akzentverschiebung der BGR-Politik, die vor dem Hintergrund, dass das BGR schon immer den „rechten Konsens" – und nicht etwa das Treiben einzelner Nazis – in den Mittelpunkt seiner Kritik gestellt hat, gar nicht mal so bedeutend war, auch wenn sie für viel Verunsicherung in der Leipziger Szene sorgte. Allein schon die Tatsache, dass das damalige BGR-Papier als Flugblatt bei den Antifa-Gegenaktivitäten am 03.11.2004 verteilt wurde, zeigt, dass in der Praxis sich das BGR natürlich weiterhin an antifaschistischen Aktionen beteiligt hat. Eine generelle Absage an den Antifaschismus erfolgte damals von Seiten wertkritischer und antideutscher AutorInnen. Siehe dazu http://www.conne-island.de/nf/80/23.html, http://www.conne-island.de/nf/79/18.html, http://www.conne-island.de/nf/76/24.html sowie die Links am Ende dieser Texte. Die Kritik des BGR an dieser Position findet sich unter: http://www.conne-island.de/nf/78/23.html.

[3] Dass BGR hat natürlich in der Zeit nicht geschlafen. Vielmehr ist die linke Szene in Leipzig sanft entschlummert, so daß sich an den BGR-Aktionen immer weniger Menschen beteiligen. Ein Überblick über die Kampagnen der letzten Jahre findet sich unter: http://www.nadir.org/bgr

[4] Entsprechendes plakatierten die Jusos sogar schon vor der Wahl und riefen sogar zu einer Antifa-Demo auf.

[5] Vor allem CDU und PDS beschuldigen sich gegenseitig. Die Auswertung der WählerInnenwanderung ergibt eindeutig, dass die NPD die meisten Stimmen von der CDU (d.h. ehemaligen CDU-WählerInnen) und einige Stimmen von der SPD erhielt. Dahingegen hat die NPD an die PDS, FDP und die Grünen sogar Stimmen abgeben müssen (LVZ 22.09.2004, S. 5). Inwieweit alle Parteien mit ihrem nationalistischen Wahlkampf am NPD-Wahlerfolg Schuld tragen, ist natürlich eine andere Frage bzw. gar keine Frage. (Vgl. CEE IEH #114, http://www.conne-island.de/nf/114/3.html)

[6] Viele wollten sich natürlich gar nicht erst empören, sondern lieber Entwarnung geben. So hält der Bundespräsident Horst Köhler den NPD-Wahlerfolg für einen Beweis für die leistungsfähige und stabile deutsche Demokratie, vermeintliche Rechtsextremismusexperten bescheinigen der NPD keine rosige Zukunft, die JournalistInnen sprechen fast gleichlautend von einer „Protestwahl" und die in- sowie ausländische Wirtschaft versichert, trotzdem an dem hervorragenden Standort Sachsen festhalten zu wollen; der Vertreter der amerikanischen Wirtschaft gibt zusätzlich noch den guten Tipp, die ar-

beitslosen Ossis sollten nicht jammern und auf den Staat vertrauen, sondern endlich ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. (Vgl. z.B. LVZ 21.09.2004)

[7] Jede Montagsdemonstration in Leipzig war ein – selbst im klassischen Sinne – größerer Naziaufmarsch als der geplante am 03.10.2004, der tausende erboste AntifaschistInnen auf die Straße trieb. Im „klassischen Sinne" deswegen, weil ohne die zwar richtige Denunzation fast aller MontagsdemonstrantInnen als eklige Volksgemeinschaft trotzdem zu erkennen gewesen wäre, dass nicht nur die zehn bis 40 Nazis mit Glatze und Bomberjacke als solche zu bezeichnen sind, sondern auch die mehreren Hunderten BüSo-AnhängerInnen. Die BüSo nämlich wird in jedem Antifa-Nachschlagewerk als rechtsextreme Sekte erwähnt.

Am Wochenende frönt mensch also der guten Gesinnung, was nur dann funktioniert, wenn sich die Nazis auch als solche zu erkennen geben. In der Woche hingegen, vor allem am Montag, stört es weite Teile der Szene nicht, wenn der völkische Mob inklusive seiner Nazis für mehr Arbeit demonstriert; ganz zu schweigen von den Punkern, die sich mit der Parole „Deutschland geht baden" montags mit einreihten und für den Standort Deutschland demonstrierten.

[8] Insofern erklärt sich auch die Mobilisierung des BGR für den 03.10.2004. Die Nazis wollten mit ihrem Aufmarsch nach Connewitz gezielt den Boden für rechte Angriffe auf die alternativen und linken Projekte im Leipziger Süden bereiten. Nicht abgestritten werden soll, dass ganz praktische Antifa-Politik vor allem auch in weiten Teilen Sachsens unabdingbare Voraussetzung für jedwedes weitere politische Engagement ist.

[9] Das ist ein bedeutender Unterschied. Während die Parole „Antifa ist der Kampf ums Ganze" früher meist zwischen hohlen Revolutionsforderungen und der Propagierung von Angriffen auf die Deutsche Bank oder die Staatsgewalt oszillierte, d.h. bestimmte Kapitalfraktionen oder politische Akteure des Staates für die Existenz der Nazis verantwortlich machte, ist die Analyse heute nicht unbedingt viel weiter: Die Wertkritischen Kommunisten Leipzig (WKL, http://www.wertkom.org/) haben die finale Krise des Kapitalismus als wichtigste Ursache ausgemacht, die jedoch auch viel emanzipatorisches Potential in sich berge, z.B. die Montagsdemonstrationen. Für einige antideutschen Kreise sind nun genau jene nichts anderes als nationalsozialistische Aufmärsche. Während die einen also das Primat der Ökonomie verabsolutieren, gerät den anderen außer Ideologie und Diskursen nichts anderes ins Blickfeld – und dass dann auch noch unscharf, denn anders läßt sich die postulierte Gleichheit zu nationalsozialistischen Epoche nicht *erklären*.

[10] Eine typische linke Argumentationsfigur setzt Nationalsozialismus und Kapitalismus gleich. Diese diente in der BRD vor allem der Entlastung gegenüber der eigenen Geschichte. Hinzu kommt die Denkfaulheit: Warum sich intensiv mit dem Kapitalismus auseinandersetzen, wenn er mit Verweis auf den Faschismus so leicht zu denunzieren ist.

[11] Dies passiert z.B. genau dann, wenn mensch – wie die WKL – meint, ohne die Werte der Aufklärung auskommen zu können. Problematisch war auch schon immer die Personalisierung gesellschaftlicher Zusammenhänge, wenn z.B. die Antifa das Erstarken von Nazis hauptsächlich mit dem Agieren bestimmter PolitikerInnen oder der bösen Konzerne erklären wollte.

[12] Praktisch würde dies z.B. bedeuten, den Antiamerikanismus der Friedensbewegung und die nationalistischen und arbeitsfetischistischen Argumente der Montagsdemonstrationen genauer zu analysieren, die Kontiunitäten dieser Denkfiguren seit dem Dritten Reich und davor zu untersuchen sowie deren derzeitige Relevanz und Durchsetzungschancen einzuschätzen. Das bedeutet, dass weder eine Gleichheit behauptet werden kann, wie es die Antideutsche kommunistische Gruppe Leipzig (AKG, http://www.akg-leipzig.info/) lediglich mit dem Verweis auf einige Parolen dieser Bewegungen getan hat, noch dass die offensichtlichen Ähnlichkeiten pauschal geleugnet werden können, wie es große Teile der alternativen Szene taten, um sich in die Massen einreihen zu können. Dieser Analyse hat sich u.a. die Zeitschrift Phase 2 verschrieben (http://www.phase-zwei.org).

[13] Nr. 14/2004, http://www.feierabend.net.tc

[14] Die Euphorie über die Montagsdemonstrationen eint wirklich fast alle Spektren der Linken. Von den operaistischen KlassenkämpferInnen der *Wildcat* und den TraditionsmarxistInnen der diversen K-Gruppen, über die postmoderne *Arranca!* und die altautonome *Analyse & Kritik* bis hin zur linkstheoretische Zeitschrift *Das Argument* oder dem Blatt des organisierten Antiintellekts, der *Interim*.

[15] Über die momentane Relevanz klassischer Antifa-Arbeit wird gerade innerhalb des BGR diskutiert. Fakt ist, dass sich gegenüber der Situation im Jahre 2001 einiges verändert hat. Die Aufmärsche der Nazis sind mit mehreren tausend TeilnehmerInnen nicht mehr als klein zu bezeichnen, darüber sollten die 150 Nazis am 03.10.2004 in Leipzig nicht hinweg täuschen. Auch der Wahlerfolg der NPD ist als Zäsur zu bezeichnen. Die DVU und Republikaner, die in anderen Landtagsparlamenten saßen oder sitzen, gelten nicht ganz zu Unrecht als demokratische Parteien rechts von der CDU. Die NPD hingegen ist eine nationalsozialistische Partei mit einschlägigem Programm, deutlichen Parolen und engen Verknüpfungen zur rechtsmilitanten und -terroristischen Szene. Dies weiß jede/r Deutsche spätestens seit den Verbotsdiskussionen. Hinzu kommt – und das ist wohl entscheidender – die wachsende Hegemonie rechter Strukturen in vielen Regionen, die oft als Subkultur daher kommt. Diese bedrohliche Entwicklung geht einher mit dem stillen Begräbnis des staatlichen Antifaschismus in den letzten Jahren – er hat seine Schuldigkeit getan. Gerade die Montags- und Friedensdemonstrationen haben gezeigt, dass es auch wieder genügend gesellschaftliche Themen gibt, bei denen Nazis und Mob zusammenfinden und dass die Nazis eben nicht mehr – neben Kinderschändern und Kampfhundehaltern – das Feindbild Nr. 1 der Nation sind.

Eine Foto-Love-Story...







Der Staat muß seine Bürger zur Arbeit verpflichten

Über den gemeinsamen Nenner von Hartz 4 und Anti-Hartz-Protest

Frank Rentschler (Exit-Redaktion)

Vordergründig konnte man sich als radikaleR GesellschaftskritikerIn nur mit Grausen abwenden, als die Montagsdemonstrationen gegen Hartz 4 losgingen. Da glaubten doch tatsächlich gar nicht wenige Menschen, daß die Forderung an die Regierung, bestimmte Maßnahmen zu unterlassen, diese beeindruckt, wenn sich immer mehr Menschen dazu bekennen und im Namen des Volkes deren Erfüllung einklagen. Sowohl die inhaltliche Bezugnahme auf das Volk einerseits, wie der demokratische Glaube, daß Politiker auf die Interessen des Volkes Rücksicht nehmen müssen andererseits, konnte nur verwundern. Nun ist die Kritik sowohl an der Konstruktion des Kollektivs wie an der demokratischen Illusion zweifellos richtig; um überzeugen zu können, muß sie allerdings nicht nur aus oberflächlichen Gemeinplätzen bestehen, sondern sie muß auch im Detail treffen. Daher ist näher hinzuschauen. Fangen wir mit der Bezugnahme auf das Volk an.

Eine Volksbewegung mit emanzipatorischem Potential?

Gerade in Deutschland läuten bei der Bezugnahme auf das Volk natürlich alle Alarmglocken. Dies geschieht selbstverständlich zu Recht. Denn zu befürchten ist, daß hier mit Volk die Menschen mit der richtigen Herkunft, Hautfarbe oder gar sexuellen Orientierung gemeint sind. Insbesondere bei verschärfter Konkurrenz, zunehmender Verarmung und offen werdender staatlicher Repression kann die Bezugnahme auf das Volk bedeuten, daß die wahren Volksmitglieder vor Fremdkörpern geschützt, der Staat seine Repression daher auf diese beschränken soll. Falls er dies nicht tut, wird das Volk seine Interessen selber in die Hand nehmen. Zu sehr ist Bezugnahme auf das Volk in der jüngeren Vergangenheit mit Hoyerswerda und Mölln verknüpft, als daß einer Volksbewegung gegenüber nicht allergrößtes Mißtrauen angebracht wäre. Allerdings wurde bei der Diskussion der Montagsdemos darauf verwiesen, daß die Bezugnahme auf das Volk auch auf andere Weise möglich sei. Aus dem Tatbestand, daß Nazis bei den Demos zwar auftauchten, in den meisten Fällen jedoch nicht geduldet wurden, zeige sich, daß die Zurechnung zum Volk sich an anderen Kriterien orientiere. Der Rekurs auf das Volk wurde als noch unpräzise Form von Klassenbewußtsein gedeutet. Zum Volk gehören diejenigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, dabei die Bedingungen sich nicht vom Käufer diktieren lassen wollen und den Staat auffordern, ihre Rechte zu schützen. Diese unterstellte inhaltliche Bezugnahme auf das Volk kann unterschiedlich diskutiert werden. Die einen sehen darin die Möglichkeit einer von ihnen positiv gedeuteten Entwicklung, die sie in einem expliziteren Klassenbezug verorten, der mit einem Anwachsen über das Wissen der Interessen der herrschenden Klasse einhergehen müsse, und die auch mit einem Anwachsen des Bewußtseins über die Verknüpfung dieser Interessen mit den derzeitigen Vorhaben der Regierung des Staates verbunden sein könnte.[1]

Eine scheinbare Gegenposition hat Ernst Lohoff vertreten. Er meint, daß der aus rudimentärem Klassenbewußtsein resultierende Bezug auf das Volk es zwar erlaube, Nazis auszugrenzen. Durch seine Fixierung auf die Arbeit bietet er aber trotzdem keine Perspektive. Denn, daß die andere Klasse immer weniger Arbeitskraft nachfrage, und wenn sie dies trotzdem tue, sich dabei die Konditionen für die Arbeitskräfte zunehmend verschlechtern, resultiere nicht aus dem bösen Willen des Klassensubjekts. Es liegt an objektiven Verwertungsschwierigkeiten der Arbeitskraft. Mit dieser Verwertungslogik müsse gebrochen werden, was aber nur durch Aufhebung der warenförmigen Beziehungen zu bewerkstelligen sei und damit den Bruch mit der arbeitsförmigen Reproduktion impliziere. In diese Richtung müsse sich die Bewegung entwickeln.[2]

Die Bewegung für den aktivierenden Staat

Nun ist gegen die von Lohoff angestrebte Entwicklungsrichtung nichts einzuwenden. Die Frage ist nur, ob in der Bewegung ein nennenswertes Potential enthalten ist, das sich in diese Richtung entwickeln könnte. Denkbar ist nämlich auch das Gegenteil: daß die Bewegung dieses Potential nicht nur nicht enthält, sondern die Bedingungen zu seiner Herausbildung sogar erschwert oder gar unmöglich macht. Die Bewegung gegen Hartz wäre damit ein mindestens genau so großes Problem, wie das, wogegen sie opponiert. Daß dies so sein könnte, schließt Lohoff bereits mit der Überschrift seines Artikels aus. Im Text findet sich jedoch keine Begründung dafür. Offensichtlich ist für

[1] Einen Überblick über diese Diskussion gibt Andrej Hunko: Kein Volk, kein Hartz, kein Führer. Zum Doppelcharakter des Volksbegriffs auf den Montagsdemos. In: Junge Welt, 27.09.04

[2] Ernst Lohoff: Negative Sozialromantik: Manchen Linken ist die Kritik an der Bewegung wichtiger als die Kritik an Hąrtz IV. In: Jungle World 40 (2004)

ihn sozialer Protest als solcher schon gut, selbst wenn er noch unausgegoren ist. Was da gärt, erscheint demgegenüber nicht so wichtig, daß man genauer hinschauen muß.

Die Art der positiven Bezugnahme auf die Arbeit, die in der Bewegung vorherrscht, grenzt jedoch massiv das Potential aus, aus dem sich eine emanzipatorische Aufhebungsbewegung entwickeln könnte. Sie kann daher auch nicht durch Arbeitskritik angereichert werden, da es für diese gar keine Anknüpfungspunkte gibt. Arbeitsunfähige und Arbeitsunwillige haben in ihr keinen Platz. Bezüglich der Arbeitsunfähigen ist die Bewegung durchaus offen für Positionen der Nazis. Zwar stellt man sich noch gegen deren bevorzugte Ausgrenzungslinien. Aber daß Alte, Kranke und Behinderte marginalisiert werden und bei der Artikulation des Protestes so gut wie keine Rolle spielen, ist schon zu beobachten. Auch Arbeitsunwillige gehören nicht so richtig dazu und sind eher unerwünscht. Damit erweist sich die Bewegung nicht nur nicht wirklich resistent gegen Nazivereinnahmung, sie ist auch ausgesprochen kompatibel mit dem, wogegen sie vorgeblich opponiert. Wer die Sinnhaftigkeit seines Tuns nicht davon abhängig machen will, ob er dafür jemanden findet, der ihn bezahlt; wer trotz dieses Eigensinns ein seinen Bedürfnissen entsprechendes Leben führen will und glaubt, daß er darauf einen Anspruch hat, ist in der Logik der Hartz-Gesetze ein illegaler Volksschädling, der bekämpft werden muß.

»Die Art der positiven Bezugnahme auf die Arbeit, die in der Bewegung vorherrscht, grenzt jedoch massiv das Potential aus, aus dem sich eine emanzipatorische Aufhebungsbewegung entwickeln könnte.«

Dies gilt zumindest, wenn er sich eine solche Haltung nicht leisten kann, weil er kein Vermögen hat, das es ihm erlaubt, ohne staatliche Transferleistungen zu existieren.

Das Reformwerk zielt darauf ab, denjenigen, die sich nicht marktkonform verhalten, sämtliche Existenzgrundlagen zu entziehen und sie zusätzlich zu pathologisieren. Der Grundsatz, nach dem dies passiert, nennt sich „Fordern und Fördern". Gefordert wird die bedingungslose Unterwürfigkeit gegenüber dem Markt (bzw. Kunden), gefördert werden sollen die Einrichtungen, die es erlauben, diese unter Beweis zu stellen.[3] Dieser Grundsatz wird nun aber von der Bewegung gar nicht attackiert. Es wird nur verlangt, daß er besser umgesetzt wird. Insofern hat man auch nichts dagegen, daß Arbeitsunwillige aufgespürt werden und ihnen klar gemacht wird, daß ihr Verhalten nicht hinnehmbar sei. Damit ihnen die Existenzgrundlagen nicht ganz entzogen werden, müssen sie zeigen, daß sie sich bessern wollen, was nur geht, wenn sie gerechte Strafen akzeptieren. Diese reichen von Leistungskürzungen bis hin zu Lebensmittelmarken, wobei die Existenzgrundlage nur dann nicht vollständig entzogen wird, wenn sie sich arbeitstherapeutischen Maßnahmen unterziehen und anschließend den Lernerfolg dadurch unter Beweis stellen, daß sie sich in einem vom Staat angeordneten Zwangsdienst in Form von Ein-Euro-Jobs bereit erklären. Gegen dieses Vorgehen wird nun nicht grundsätzlich etwas eingewandt. Es wird nur kritisiert, daß es die falschen Leute treffen kann. Das, was in der orwellschen Neusprache der Philosophie der neuen Mitte unter dem Titel „Hilfe zur Arbeit" firmiert, sei nicht „paßgenau" genug. Es sei nicht

[3] Siehe ausführlicher dazu: Frank Rentschler: Der Zwang zur Selbstunterwerfung. Fordern und Fördern im aktivierenden Staat. In EXIT! 1 (2004)



hinreichend sicher gestellt, daß nicht auch Leute getroffen werden, die eine solche Behandlung gar nicht verdienen. Für das, was hinreichend ist, gibt es im Gesetz tatsächlich so gut wie keine Kriterien mehr, da so gut wie alle Beschränkungen für die Zumutbarkeit einer Maßnahme oder einer Arbeit gestrichen wurden. Was zumutbar ist, liegt allein im Ermessen des Fallmanagers. Das macht es möglich, daß Leute, die sich ständig weiterqualifiziert haben, die ihre Existenz abwechselnd durch untertarifliche Arbeit, Formen der Selbständigkeit und teilweises Aufbrauchen des ersparten Vermögens gesichert haben, nun genau so behandelt werden können wie Leute, die dies nicht getan haben. Dagegen richtet sich nun aber vorwiegend der Protest. Das Prinzip der Eigenverantwortung, womit gemeint ist, daß die vereinzelten Einzelnen im Konkurrenzkampf mit anderen ihre Arbeitskraft verwerten, in dem sie um potentielle Kunden buhlen, werde durch das Gesetz eher untergraben als gefördert. Damit dies nicht geschehe, müßten größere Differenzierungen innerhalb der Not und des Elends vorgenommen werden. Sonst werde der Konkurrenzkampf eher nicht aufgenommen, da die Aussichtslosigkeit, die eigene Position gegenüber denen zu verbessern, die sich nicht bemühen, zu Passivität führe. Deshalb müsse man beim Zwang zur Arbeitsaufnahme stärker unterscheiden zwischen den Leuten, wo der Wille schon sichtbar sei und denen, bei denen er erst geweckt werden müsse. Sonst erschöpfe sich das Fordern und Fördern auf reine Verfolgungsbetreuung und bloßen Ausschluß aus dem Leistungsbezug. Angestrebt ist statt dessen eine repressive Inklusion in den Arbeitsmarkt. Diese Position ist z. B. von Fretschner /Hilbert /Stobe-Blossey formuliert worden und dürfte von einem Großteil der derzeitigen Bewegungsaktivisten geteilt werden: „Auf der individuellen Ebene der sozialen Arbeit steht die Verknüpfung von Fordern und Fördern im Mittelpunkt. Dies kann – etwa bei sozial- und arbeitsmarktpolitischen Programmen – gegebenenfalls auch bedeuten, dass die Ablehnung von staatlichen Förderangeboten mit Sanktionen belegt wird – allerdings nur, wenn geeignete, individuell passgenaue Förderangebote überhaupt gemacht werden. Diese Verknüpfung von Fordern und Fördern wird in der öffentlichen Diskussion gerne übersehen: Teilweise werden unter Berufung auf das Leitbild des aktivierenden Staates beispielsweise pauschal Leistungskürzungen für arbeitsunwillige Arbeitslose gefordert, ohne zu hinterfragen, ob geeignete Angebote überhaupt existieren (...) Die Verknüpfung von Fordern und Fördern bedeutet zunächst eine steigende Anforderung an Sozialpolitik und soziale Arbeit, verstärkt geeignete Angebote für sehr unterschiedliche Zielgruppen zu entwickeln. Dies heißt eben auch, dass bei bestimmten Gruppen zunächst das Wollen Können unterstützt werden muss. Die Androhung von negativen Sanktionen im Falle der Ablehnung kann in der Tat nicht für sich genommen eine Verhaltensänderung in eine bestimmte Richtung bewirken, sie kann jedoch verknüpft mit geeigneten Angeboten eine unterstützende Funktion einnehmen – nicht mehr aber auch nicht weniger."[4]

Mit zu dieser Position gehört auch die

> »Das Reformwerk zielt darauf ab, denjenigen, die sich nicht marktkonform verhalten, sämtliche Existenzgrundlagen zu entziehen und sie zusätzlich zu pathologisieren.«

[4] Fretschner, Rainer/Hilbert, Josef/Stobe-Blossey, Sybille: Der aktivierende Staat und seine Implikationen für die soziale Arbeit; in: Dahme, Heinz-Jürgen/ Otto, Hans-Uwe/ Trube, Achim/ Wohlfahrt, Norbert (Hg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat; Opladen 2003.S. 48

Was tun gegen den Ruin? Einige Tipps zum Arbeitslosengeld II

Frank Jäger von der Bundesarbeitsgermeinschaft der Sozialhilfeinitiativen erklärt: „Nicht existenzsichernde Beschäftigung, unzureichende Gesundheitsversorgung, drohende Wohnungslosigkeit sowie soziale Entwurzelung schaffen prekäre Lebensverhältnisse für mehr als 5 Millionen Menschen." Hartz IV verpflichte zu Arbeitsdiensten und verstoße gegen den verfassungsrechtlich garantierten Schutz der Menschenwürde. (http://www.bag-shi.de/sozialpolitik/arbeitslosengeld2/) Der Arbeitskreis Erwerbslose im DGB fordert dazu auf, die Fragebögen und den Antrag zum Arbeitslosengeld II vorerst nicht auszufüllen, weil er gegen geltendes Recht zu Datenschutz, gegen Rechtsvorschriften aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch verstößt, irreführend und nach Auskunft führender Verfassungsrechtler mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Die Hartz-IV-Reform ist wesentlicher Teil der Abkehr vom Rechtsanspruch auf Sozialleistungen. Das ALGII ist eine Leistung, die nur auf Gegenleistung erfolgt. Es bricht mit den Standards der Sozialhilfe (Prinzipien des Bedarfs, der Individualität, der Gegenwärtigkeit, der Faktizität). Im Folgenden dokumentieren wir ein Flugblatt der Berliner Kampagne gegen Hartz IV.

Peinlich genau und ziemlich kleinlich prüfen die Bundesagentur für Arbeit und die Sozialämter ab dem 19. Juli die Lebensverhältnisse der Langzeitarbeitslosen, um zu entscheiden, ob sie denn auch bedürftig genug sind, das Arbeitslosengeld II zu erhalten!

Wer mit einem durchschnittlich verdienenden Partner verheiratet ist oder zusammenlebt, oder wer Unterhaltszahlungen beanspruchen kann, der wird leer ausgehen und hat auch keine Möglichkeit mehr, im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen (ABM etc.) Beschäftigung zu finden! Wer mehr als 400 Euro Vermögen pro Lebensjahr hat (davon) müssen 200 Euro/Lebenjahr für die Altersvorsorge festgelegt sein), wer Eigentümer einer zu großen Wohnung ist oder wer noch ein paar Antiquitäten verhökern kann, muss zunächst von seinem Vermögen leben!

Viele der bisherigen Arbeitslosenhilfebezieher werden sich eine kleiner und billigere Wohnung suchen müssen oder einen Untermieter! Nach Angaben des Tagesspiegel wird ca. ein Viertel der gegenwärtigen Arbeitslosenhilfeempfänger keine Leistungen mehr erhalten. Die Zeitung kommt zu dem Schluss: „Verzichten muss, wer ohnehin schon wenig hat"! (Tagesspiegel, 4.7.04, S.22)

Forderung nach einer aktiven Beschäftigungspolitik. Damit der Beweis der Arbeitsbereitschaft nicht nur durch Verrichtung staatlicher Zwangsarbeit unter Beweis gestellt werden könne, müsse der Staat einen Niedriglohnsektor so subventionieren, daß er ein Einkommen über dem Sozialhilfesatz ermöglicht und denjenigen, die sich bemühen, eine Chance bietet, den Sektor der staatlichen Zwangsarbeit zu verlassen. Dies ist z. B. der Vorschlag von Oskar Lafontaine, einer in der Bewegung beliebten Figur, mit der wir uns nachher noch ausführlicher beschäftigen werden. Sein Haupteinwand gegen die derzeitige Politik ist, daß der Staat zur Umsetzung dieses Konzepts mehr Geld brauche, das er sich nicht nur von denen holen könne, die eh kaum was besitzen. Daß zur Finanzierung der Staatsaufgaben Besserverdienende und Vermögensbesitzer stärker belastet werden müssen, sei ein Gebot der Solidarität. Ein genauerer Blick auf diese Solidaritätsvorstellung zeigt, daß sie nur vordergründig an der anknüpft, die für den alten Wohlfahrtsstaat kennzeichnend war. Mit Solidarität ist weder die Einschränkung der Konkurrenz gemeint, noch, daß es einen öffentlichen Versorgungssektor geben muß, der allen den Zugang zu Bildung, kultureller Betätigung und Gesundheit ermöglicht. Erst recht ist damit nicht gemeint, Leuten mit geringeren Einkommen durch Umverteilung eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Es geht nicht um bedürfnisorientierte Teilhabe an sozialen Prozessen, sondern nur noch um Teilnahme am Arbeitsmarkt. Die Grundsätze der Philosophie der Neuen Mitte, daß sozial nur ist was Arbeit schafft, daß jede Arbeit besser als keine sei und der Staat niemanden, der von ihm Leistungen bezieht, erlauben könne nicht zu arbeiten, werden von Lafontaine geteilt. Sein Solidaritätsbegiff ist derselbe wie der von Wolfgang Streeck, einem Cheftheoretiker der Neuen Mitte. Für ihn gehört es zu den „Solidaritätspflichten der Gemeinschaft, ihre Mitglieder nicht vor Marktzwängen zu schützen"[5].

Streeck geht nun davon aus, daß diesen Marktzwang nur ein starker Staat durchsetzen kann, der auch entsprechend finanziert werden muß. Schließlich müssen die Repressionskosten abgedeckt werden. Daß diese erheblich ausfallen können, hat ein anderer Workfaretheoretiker offen ausgesprochen.. Er geht davon aus, daß von der öffentlichen Hand finanzierte personenbezogene Dienste (z. B in der Altenpflege) soweit wie möglich durch Ein-Euro-Jobs zu erledigen seien, sie aber nur von Leuten mit einer hinreichenden inneren Motivation gemacht werden können, und es innerhalb der Ein-Euro-Jobs daher einen Wahlbereich geben müsse. Dieser werde aber nur hinreichend attraktiv, wenn der Pflichtbereich besonders unattraktiv ausgestaltet wird, und das kostet Geld: „Zweifellos ergäben sich für die erforderlichen zusätzlichen Gelegenheiten zu gemeinnütziger Arbeit im „Zuweisungsbereich" auch zusätzliche Regiekosten bei den dazu prädestinierten kommunalen Trägern, für die Bereitstellung von Arbeitsmitteln und insbesondere für die Anleitung und Beaufsichtigung bei der Arbeit. Weil gerade im Zuweisungsbereich vielfach mit Widerwillen von Dienstverpflichteten und deshalb mit disziplinarischen Schwierigkeiten sowie eventuell auch mit häufigen ärztlich attestierten Krankmeldungen zu rechnen wäre, könnte eine konsequente Durchsetzung der Arbeitspflicht teilweise sehr schwierig und aufwendig sein. Der Aufwand für die „Personalführung" könnte dabei in manchen Fällen den unmittelbaren Wert der Arbeitsleistung weit übersteigen"[6].

Diese Repressionskosten können

[5] Streeck, Wolfgang/Heinze, Rolf G: Runderneuerung des deutschen Modells. Aufbruch für mehr Jobs; in: Nehls/Arlt (Hg): Bündnis für Arbeit. Konstruktion, Kritik, Karriere; Wiesbaden 1999, S. 160

[6] Scherl, Hermann: Workfare statt Zivildienst: Eine beschäftigungspolitische Chance. Manuskript, www.sozialpolitik.wiso.uni-erlangen.de/down/workfare.pdf, S. 10

Was tun gegen Arbeit und Ruin? Kleiner ALG-II-Ratgeber

In dem von der Bundesregierung vorgegebenen knappen Zeitraum von weniger als einem halben Jahr sollen dazu allein in Berlin bei mehr als 377. 000 Arbeitslosen auf 14 Seiten Daten erhoben und bearbeitet werden. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, dass der Haushaltsvorstand jeweils auch die erforderlichen Angaben für die im Haushalt lebenden Personen macht. Bestehen diese auf ihrem Recht, einen eigenen Antrag auszufüllen, würde sich die zu bearbeitende Papiermenge noch erheblich erhöhen. Einige Verwaltungsexperten zweifeln, dass diese Mammutaufgabe innerhalb dieses Zeitraums zu lösen ist, Datenschützer monieren rechtliche Probleme.

Und die Fragen, die zu beantworten sind, haben es in sich: da ist der Fachjargon, der von vielen Bürgern nicht verstanden wird (was ist z.B. eine „Bedarfsgemeinschaft"?), da sind Begriffe, die auch unter Fachleuten Kopfschütteln auslösen: was ein „Beleihungszinssatz" bei einem Sparbrief ist, das weiß man auch bei der „Berliner Sparkasse" nicht, wie die „Berliner Zeitung" kürzlich feststellte (2.7.04, S.17). Andere Fragen wiederum erfordern erheblichen Aufwand, will man sie korrekt beantworten (wie ermitteln wir z.B. den Wert unserer Antiquitäten?).

Und wir müssen sie auch korrekt beantworten, ein Hinweisblatt warnt uns vor „unvollständigen bzw. falschen Angaben" und droht uns strafrechtliche Konsequenzen an!

Derart eingeschüchtert sollten wir uns natürlich beim Beantworten der Fragen um peinlichste Genauigkeit und größte Gewissenhaftigkeit bemühen!

Unvollständige und falsche Angaben könnten uns sehr leicht bei den in unserem Haushalt befindlichen Antiquitäten und Gemälden (s. Zusatzblatt 3, S.4) unterlaufen. Durchforsten wir also Wohnung, Keller und Dachboden: haben wir Omas Sammeltassen nicht vergessen, unseren Teddy aus Kindertagen (antiquarisches Spielzeug!), das Ölgemälde mit dem röhrenden Hirsch, unsere Schnäppchen vom Flohmarkt? Alles wertloses Zeug!? Wissen wir's denn wirklich? Die kapitalistische Marktlogik ist auch hier unergründlich: so mancher Krempel, der vor 20 Jahren auf dem Sperrmüll gelandet war, ist inzwischen zu wertvollen Sammlerstücken avanciert. Also, gehen wir hier kein Risiko ein und geben alles an! Wie aber schätzen wir den Geldwert?



(insbesondere wenn die Schikanemaßnahmen ausdifferenzierter und damit auch wirkungsvoller gestaltet werden sollen) aber nur durch Umschichtung der Mittel weg vom Individualanspruch des ALGII-Beziehers hin zur Finanzierung seiner Kontrolleure wohl nicht aufgebracht werden. Zwar gab es schon Versuche, Stützebezieher die ihnen aufgedrängten Angebote auch noch mitfinanzieren zu lassen. Aber solche Versuche werden bisher von den Gerichten noch unterbunden, und allzuviel dürfte dabei auch nicht zu holen sein. Streeck plädiert deswegen dafür, diejenigen, die noch relativ gute Jobs haben, an der Finanzierung der Arbeitsförderung zu beteiligen. Sie bekommen ja auch was dafür, nämlich ein Heer von flinken und flexiblen Servicekräften, die ziemlich billig und trotzdem hinreichend motiviert seien. Die brauchen sie aber auch, da bessere Jobs nur noch in international tätigen Unternehmen in der HighTech-Branche zu haben sind (sogenannte Arbeitsverhältnisse de luxe), die ihre Besitzer nur halten können, wenn sie dem erheblichen Konkurrenzdruck gewachsen sind. Dafür müssen sie ziemlich viel Geld und Zeit in die Sicherung ihrer Qualifikationen stecken. Das geht nur, wenn sie durch die Servicekräfte entlastet werden, die ihnen die Wohnung putzen, für sie Essen kochen oder für ihre Entspannung in Wellnescentern sorgen. Dafür, daß ihnen der Staat in Personalseviceagenturen diese Kräfte zuführe, müßten sie ihn auch finanzieren. Streeck geht davon aus, daß nur diejenigen, die noch zu besteuernde Arbeitseinkommen erwirtschaften, den Staat finanzieren, da sonst Vermögensbesitzer als potentielle Investoren abwandern oder ihr Geld an anderen Orten investieren. In diesem Punkt widerspricht ihm Lafontaine. Er spricht sich gegen internationales Steuerdumping aus und fordert, daß diejenigen, die von der Attraktivität des Standorts profitieren, auch zu seiner Finanzierung beitragen, da der Standort sonst nicht gesichert werden könne. Die Attraktivität des Standorts hänge nicht nur von den Steuern ab. Er setzt darauf, daß einsichtige Unternehmer dies auch so sehen, will dieser Einsicht durch internationale Absprachen aber Nachdruck verleihen. Doch wichtiger als diese Unterschiede in den Finanzierungsmodalitäten und politischen Regulierungsvorstellungen ist, daß beide nichts gegen das autoritäre Workfareregime des aktivierenden Staates einzuwenden haben. Sie kritisieren nur die neoliberalen Verunreinigungen bei seiner Umsetzung, die dafür sorgen, daß der Staat zu schlank ausfällt, um wirklich wirkungsvoll fordern und fördern zu können, weswegen die angestrebte kundenfreundliche Gesellschaft nicht entstehen werde. Der Standort werde nicht so attraktiv, wie es nötig sei, um bestehen zu können. Gegen diese Gefährdung der Standortgemeinschaft erhebt nun die Bewegung Einspruch und fordert Abbitte im Namen des Volkes.

Oskar Lafontaine und die Dienstbotengesellschaft

Die Hartz-Reformen zielen vor allem auf sogenannte Langzeitarbeitslose. Diese hat auch Oskar Lafontaine im Visier und will sie besonders fordern und fördern. Dies ist freilich nur zu ihrem Besten. „Gerade für diese Menschen ist die Erwerbsarbeit oft die einzige Möglichkeit, in die Gesellschaft einbezogen zu werden und soziale Anerkennung zu gewinnen. Für sie hat ein Arbeitsplatz oft weit größere Bedeutung als für jemand mit guter Bildung und Ausbildung, dessen Selbstbewußtsein nicht nur von Erwerbstätigkeit getragen wird und der mit seiner Freizeit genug anzufangen weiß."[7]

[7] Oskar Lafontaine/Christa Müller: Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle. Bonn 1998, S 333

Was tun gegen Arbeit und Ruin? Kleiner ALG-II-Ratgeber

Wie den Geldwert schätzen?

Hier gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Wir können unsere potentiellen Wertstücke in Kartons oder Waschkörbe verfrachten und den Sachbearbeitern im Arbeits- bzw. Sozialamt zur Begutachtung auf den Schreibtisch stellen. Mag dies auch eher unüblich sein, so können wir uns damit auf jeden Fall gegen den Vorwurf der betrügerischen Erschleichung von Sozialleistungen absichern. Ein praktischer Tipp: organisatorisch lässt sich der Transport besser bewerkstelligen, wenn man sich hierzu zu mehreren zusammentut!

2. Wir können stattdessen aber auch ein Sachverständigengutachten in Auftrag geben! Doch Vorsicht! Das wird vermutlich so teuer werden, dass wir uns das als Arbeitslose nicht so ohne weiteres leisten können. Also stellen wir zuvor schriftlich einen „Antrag auf Kostenübernahme für ein Sachverständigengutachten". Dieser Antrag darf von der Behörde nicht ignoriert werden, sondern muss beschieden werden, ob positiv oder negativ. Im Falle einer Ablehnung können wir innerhalb von 30 Tagen Widerspruch einlegen. Sollte dies alles nichts nützen, dann tragen wir an entsprechender Stelle im Fragebogen ein: „Wert in Euro kann von mir nicht beurteilt werden" und verweisen auf unsere Bemühungen, ein Gutachten bezahlt zu bekommen.

Um einen Kostenübernahmeantrag für ein Sachverständigengutachten kommen wir auch bei der Einschätzung des Wertes unseres Kraftfahrzeugs, unserer Eigentumswohnung oder eines Haus- und Grundstücksvermögens nicht herum. Den Kaufpreis können wir hier nicht angeben, denn der aktuelle Wert wird meistens stark nach oben oder unten davon abweichen, auf eigene Schätzungen lassen wir uns nicht ein, denn wir wollen nicht des Betrugsversuchs beschuldigt werden. Ein Gutachten des „Gutachterausschusses für Grundstückwerte" kostet nach Angaben der „Berliner Zeitung" (2.7.04, S.17) die Kleinigkeit von 1000 Euro. Im Falle einer Ablehnung des Kostenübernahmeantrags gehen wir natürlich auch hier genauso vor wie oben.

Zum gewissenhaften Ausfüllen des Antrags gehört auch, dass wir ausführlich nachfragen, wenn uns ein Begriff nicht klar ist: was ist ein „allgemeiner Arbeitsmarkt", „eine Bedarfsgemeinschaft", „ein Unterhaltstitel"? Heißt „gegenseitiges Einstehen in Notfällen" dass wir etwa den Notarzt rufen würden? Dies seien nur einige Beispiele aus der Liste der Unklarheiten und möglichen Missverständnisse für den Laien.

Andere Dinge mögen wiederum in ihrer Anwendung auf unsere Lebenswirklichkeit unklar sein. Hier begnügen wir uns nicht mit allgemeinen Auskünften (etwa in öffentlichen Info-Veranstaltungen der Bundesagentur) sondern vereinbaren einen individuellen Beratungstermin (Schutz der Privatsphäre!)

Außerdem sollten wir im Fragebogen nichts behaupten, dessen wir uns nicht zweifelsfrei sicher sind. Das gilt auch für die zentrale Frage: „Können Sie - Ihrer Einschätzung nach - mindestens drei Stunden täglich einer Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nachgehen?" Woher sollen wir das wissen, wenn wir

04

Abgesehen davon, daß es gar nicht stimmt, daß alle Langzeitarbeitslosen keine gute Bildung und Ausbildung haben: wieso soll das Selbstbewußtsein gestärkt werden, wenn Menschen ohne Rücksicht auf ihre Bedürfnisse zu Arbeit verpflichtet werden und anderen den Dreck wegräumen müssen? Denn angestrebt ist vor allem, diese in Privathaushalten zu beschäftigen.. Hier hat auch Streeck schon riesige Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere für Frauen gesehen, wenn sich dies durch Subventionierung eines Niedriglohnsektors mehr Haushalte leisten können. Von feministischer Seite, die freilich in den derzeitigen Protesten keine nennenswerte Rolle spielt, sind solche Vorstellungen schon frühzeitig kritisiert worden. Abgesehen davon, daß es eine bornierte Sicht des männlichen Subjekts ist, daß soziale Anerkennung und Integration nur über Erwerbsarbeit erfolgen kann, ist für die Arbeit, in die (vorwiegend) Frauen gedrängt werden sollen, das glatte Gegenteil der Fall. Mit Stärkung des Selbstbewußtseins hat dies überhaupt nichts zu tun. Christina Klenner und Brigitte Stolz-Willig schreiben dazu: „Die Arbeit im Haushalt ist natürlich sehr differenziert zu bewerten, je nachdem um welche Tätigkeit es sich handelt. In bestimmten Tätigkeiten liegen durchaus Potentiale, sie angenehmer zu gestalten und Kreativität zu entwickeln, was z. B. beim Kochen bereits weit entwickelt ist. Doch delegiert an Haushaltshilfen werden gerade zumeist jene Tätigkeiten, die als besonders belastend empfunden werden, wie z. B. Reinigungsarbeiten. Es werden in der Regel nicht komplexe Aufgabenzuschnitte – wie die Gesamtverantwortung für einen Haushalt – an die im Haushalt Beschäftigten abgegeben, sondern es werden genau die Tätigkeiten abgetrennt, die unangenehm und mit zahlreichen Belastungsfaktoren verbunden sind und zudem sehr gering bezahlt werden. Zu den Beanspruchungen gehören verschiedene körperliche Belastungen (z. B. beim Schrubben, Heben und Tragen schwerer Arbeitsmittel, z. B. volle Wassereimer, Verschieben von Möbelstücken, Überkopfarbeiten, Arbeit in Knien, in gebeugter Körperhaltung sowie Zwangshaltungen) und zum anderen psychische Belastungen (z. B. Monotonie, Verrichtung ekelerregender Arbeiten). Für Haushaltshilfen kommt hinzu, daß es eben nicht ihre Angelegenheiten sind, sondern sie haben in der Intimsphäre anderer Menschen zu arbeiten und sind dabei auch gleichzeitig bei der Arbeit isoliert und von beruflichen sozialen Kontakten zu KollegInnen weitgehend abgeschnitten." [8]

All das stört Oskar Lafontaine nicht. Entweder die Betroffenen nehmen einen Job in dem subventionierten Niedriglohnsektor an, oder es droht staatlicher Zwangsdienst: „Übernimmt der Staat die Verantwortung dafür, daß jeder Bürger sein Recht auf Arbeit einlösen kann, indem er für Vollbeschäftigung sorgt, muß dem Staat zugestanden werden, diejenigen Bürger zur Arbeit zu verpflichten, die zwar von der Gesellschaft leben, ihr aber ihre Leistung verweigern wollen."[9]

Eine Bewegung, in der eine solche Person beklatscht wird, hat nun wirklich überhaupt kein emanzipatorisches Potential.

Der Autor ist Mitglied der Redaktion EXIT!

[8] Christina Klenner, Brigitte Stolz-Willig: Arbeitsplatz Privathaushalt – Rückkehr zur Dienstbotengesellschaft oder Emanzipationschance?. In: Ute Behning (Hg.): Das Private ist ökonomisch. Widersprüche der Ökonomisierung privater Familien und Haushaltsdienstleistungen. Berlin 1997, S. 158f.

[9] Lafontaine/Müller a. a. O, S. 321

Hartz IV – das ist Armut per Gesetz

Auswirkungen für Menschen anderer Lebensweisen

Mit Beginn kommenden Jahres kommen auf Erwerbslose die neuen Regelungen des Hartz IV Gesetzes zur Anwendung. Im Folgendem sollen die Bestimmungen und die Auswirkungen auf Menschen verqueerer Lebensweisen untersucht werden.

Heinz-Jürgen Voß

Hartz IV regelt die Zusammenführung von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu Arbeitslosengeld I und II. Das Arbeitslosengeld I ersetzt das derzeitige Arbeitslosengeld. Wer die Kriterien des Arbeitslosengeldes I nicht erfüllt, fällt sofort auf Arbeitslosengeld II zurück, das sich in etwa auf dem Niveau der derzeitigen Sozialhilfe bewegt; bei mehreren Personen im Haushalt verringert sich das Arbeitslosengeld II unter Sozialhilfeniveau. Der Regelsatz für eine alleinstehende ALG-II-Berechtigte beträgt 345 € (West, einschl. Berlin) und 331 € (Ost). Haben zwei Regelleistungsempfänger das 18. Lebensjahr vollendet (bspw. Ehe, Eingetragene Lebenspartnerschaft, Lebensgemeinschaft), erhalten beide je 90 Prozent der Regelleistung (West: 311 €). Für jedes Kind unter 14 Jahren gibt es 60 Prozent des Regelsatzes (West: 207 €), Kinder ab dem 14. Lebensjahr erhalten 80 Prozent (West: 276 €).

Arbeitslosengeld I und II werden direkt von der Bundesagentur für Arbeit verwaltet. Weitere Regelungen von Hartz IV betreffen vor allem die Arbeitsvermittlung und die Zumutbarkeitsbedingungen, die im Rahmen von Hartz I bis III bereits zu Ungunsten der Betroffenen verändert wurden: >>> Mit Hartz IV ist die Verpflichtung verknüpft, sich ständig um Arbeit zu bemühen. Jeder Job, der nicht illegal oder sittenwidrig ist, muss angenommen werden; das auch bis zu 30 % unterhalb des ortsüblichen Lohns. Weiterhin sind Beschäftigungsverhältnisse auf dem zweiten Arbeitsmarkt zu 1 € Stundenlohn in Planung. Wird ein Job abgelehnt, wird für drei Monate das Arbeitslosengeld II um 100 Euro gekürzt, für Menschen unter 25 Jahre eventuell ganz gestrichen. >>> Hartz IV verspricht eine bessere Arbeitsvermittlung durch eine Zentralisierung auf die Bundesagentur für Arbeit. Der Erfolg ist fraglich, da regionale Infrastrukturen, Kontakte zu Unternehmen und lokale Maßnahmen der Beschäftigungsförderung durch eine bundesweite Agentur nur schwer beherrschbar sind. Es drohen hier viele Vermittlungen in Jobs, die vom Wohnort weit entfernt sind. Immerhin dürfen 69 Kommunen die Betreuung und Vermittlung der EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II selbst übernehmen und sollen Menschen, die jünger als 25 sind, sofort in ein Praktikum, eine Ausbildung oder eine Qualifizierungsmaßnahme vermittelt werden.

Insgesamt fällt es schwer, bei Hartz IV Punkte zu finden, die einzelne Menschen wegen ihrer Sexualität oder Lebensweise besonders betreffen oder diskriminieren. Grundsätzliche Benachteiligungen erfahren all die Menschen, die nicht über ausreichende finanzielle Ressourcen verfügen. Durch die benachteiligte Stellung der Frau in der bundesdeutschen Gesellschaft werden diese Nachteile weiter verstärkt und Abhängigkeiten durch die Kürzung der Bezüge bei zusammenlebenden Betroffenen („Bedarfsschaften zusammenleben. Arbeitsplätze müssen von ihnen überall angenommen werden; auf ein soziales Umfeld neben (Homo)EhepartnerInnen, eigenen Kindern und zu Pflegenden wird keine Rücksicht genommen. Gerade für von der Mehrheit der Gesellschaft diskriminierte Menschen sind solche sozialen Zusammenhänge, Beratungsnetzwerke und „Szeneangebote“ aber oft ein wichtiger, teilweise sogar lebensnotwendiger, Bestandteil ihres Lebens.

Besonders benachteiligt werden Kinder und deren Familien, da ihnen nicht einmal der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II zugestanden wird. Nach den Vorgängergesetzen Hartz I bis III bewirkt eine weitere Verschärfung der Zumutbarkeitsbedingungen zur Aufnahme von Erwerbsarbeit, neben der Auswirkung zu Dumpinglöhnen jede Arbeit annehmen zu müssen, eine Verschärfung der Lebenssituation von Menschen, die in nichtehelichen und nichthomoehelichen Lebensgemeingemeinschaft“) weiter gefördert. Hier ist besonders darauf hinzuweisen, dass ein Arbeitslosenhilfeanspruch bisher individuell erworben wurde und demzufolge keine Anrechnung des Einkommens des Partners oder der Partnerin erfolgte. Das ändert sich jetzt, weswegen etwa 1/4 bis 1/3 der bisherigen Leistungsbezieher/innen überhaupt keine Leistungen mehr erhalten. Das verstärkt wiederum finanzielle Abhängigkeiten in ehelichen, lebenspartnerschaftlichen und überhauptnichteingetragenen Lebensgemeinschaften.

Warnung! Hartz IV sofort beenden! Bitte starten sie das System neu!

3 ½ Tage London

zwischen Hilda Guevara und Abdullah Öcalan

Vom 14. bis 17. Oktober fand in London das europäische Sozialforum statt. Wir haben unseren Redakteur ares auf Kosten der Redaktions-Kaffee-Kasse über den Kanal jetten lassen. Mit dem Auftrag, an jedem Tag an mindestens drei Veranstaltungen in vier verschiedenen Londoner Stadtteilen teilzuhaben. Ob ihm das gelang? Hier sein Bericht:

ares (Incipito)

Die Veranstaltung des „Europäischen Sozialforums" ruft bei verschiedenen Personen stark unterschiedlichen Reaktionen hervor. Preisen die einen den Konstruktivitätsgrad der gemäßigteren Teile der sogenannten Antiglobalisierungsbewegung, sehen andere in ihr einen Meilenstein innerhalb einer den Kapitalismus überwindenden Bewegung, so sehen dritte in ihr gar eine durch und durch antizionistische, völkische und antiemanzipatorische Sammlungsbewegung, an der es nichts, aber auch gar nichts zu retten gibt. Geprägt durch die inhaltlichen Auseinandersetzung mit der europäischen Linken (u.a. der Artikel in Incipito, Teilnahme an Camp von Utopia Socialiste in Italien etc.), durch Artikel und Texte über die Sozialforen und ebenso Erklärungen von Veranstaltern des ESF, machte ich mich auf nach London – weniger, um meine Vorurteile bestätigt sehen zu wollen, sondern vielmehr, um mir selbst eine Bild – ohne die (anti-)deutsche Brille, durch die viele Texte zu den Sozialforen in bestimmten Teilen der radikalen Linken gehen – davon zu machen.

Die Europäischen Sozialforen verstehen sich selbst als Teil des aus den gemäßigten Kräften der Antiglobalisierungsbewegung hervorgegangenen weltweiten Prozesses der Sozialforen. Jene sind als eine Art Gegenveranstaltung zu den WTO- und G8-Gipfeln entstanden. Im Zentrum steht die Kritik an Neoliberalismus und Globalisierung. Als Ziele werden verstanden: Alternativen zum Modell des Neoliberalismus aufzuzeigen und auszuarbeiten, Symbolpolitik: eine andere Globalisierung jenseits von WTO und G8 ist möglich, die Vernetzung sozial engagierter Personen und Organisationen und v.a. Koordination und Erfahrungsaustausch. In der „Charta der Prinzipien" (Porto Allegre, 2002) ist das Selbstverständnis der Weltsozialforen formuliert. Darin heißt es: *„Das Weltsozialforum ist ein offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, für die demokratische Debatte*

Was tun gegen Arbeit und Ruin? Kleiner ALG-II-Ratgeber

wenn wir schon länger arbeitslos sind? Wir halten uns an die harten Fakten und geben einfach an, was wir sicher wissen können, nämlich: wann wir zuletzt in welchem zeitlichen Umfang welche Tätigkeit ausgeübt haben! Ob wir auch heute noch im gleichen Umfang diese oder sogar eine andere Tätigkeit ausüben können, müssen wir dahingestellt lassen. Alles andere wäre Spekulation und dies sollten wir in einer rechtsverbindlichen Erklärung unterlassen!

Bei aller freundlichen Kooperationsbereitschaft werden wir uns trotzdem um unsere Datenschutzbelange kümmern. Ganz besonders sollten wir vor Abgabe des Antrags schriftlich Auskunft darüber verlangen, welche Daten bereits über uns gesammelt worden sind und wer Zugriff auf unsere Daten erhalten wird. Dies muss uns jede Behörde mitteilen, das Datenschutzgesetz verpflichtet sie dazu! Zum Schutze unserer persönlichen Daten gehört auch, daß wir, auch wenn wir in einem gemeinsam wirtschaftenden Haushalt („Bedarfsgemeinschaft") leben, jeder und jede sich selbst das Vergnügen erlaubt, solch einen schönen Antrag auszufüllen!

Last not least: lassen wir uns Zeit mit der Abgabe der ausgefüllten Anträge! Nicht nur das korrekte und gewissenhafte Ausfüllen erfordert seine Zeit, auch die Anträge auf Kostenübernahme für die Sachverständigengutachten, die Gutachten selbst, der Antrag auf Auskunft über unsere Daten, dies alles erfordert einen längeren Vorlauf.

Wir haben unseren Anspruch gewahrt, wenn wir den Antrag bis zum 03. 01.2005 stellen. Nur dieser Termin ist rechtlich relevant!
Hinweis: Dann fallen aber der 1. und 2. Januar aus unserem Anspruch heraus, der Anspruch beginnt dann erst am 3.1.2005!

Hinweise zu einzelnen Fragen des Antragsformulars:

Wegen Vorlage von Ausweis und Dokumenten müssen wir den Antrag persönlich abgeben. Die Bundesagentur fordert uns auf, dazu einen Termin zu vereinbaren. Sollte ein Termin Ende Dezember für dieses Jahr nicht mehr möglich sein, so bestehen wir darauf, dass der Antrag zumindest entgegengenommen wird. Ab Mitte Dezember muss nämlich vollständigen Anträgen, die nicht mehr bearbeitet werden können, ein Abschlag gezahlt werden (Handlungsleitfaden für Agenturen). „Wenn die Computer streiken", zahlen Arbeitsagentur bzw. Sozialamt die bisherigen Leistungen weiter (Bundesagentur-Vizechef im BILD-Interview 4.7.2004). Unseren Anspruch haben wir sogar dann gewahrt, wenn wir den Antrag formlos stellen und den Fragebogen später nachreichen. Mit dem Geld könnte es im letzteren Fall allerdings etwas dauern. Bei vielen Fragen gilt: die Daten sind beim Betroffenen selbst zu erheben, nicht bei Arbeitgeber, Banken, Vermieter (Ersterhebungsgrundsatz § 67a Abs. 2 SGB X).



➲ 5⁰⁵

die Formulierung von Anträgen, für freien Austausch von Erfahrungen und zum Vernetzen effektiver Aktionen von Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, die sich dem Neoliberalismus und der Weltherrschaft durch das Kapital oder irgendeine andere Form des Imperialismus widersetzen und sich für den Aufbau einer planetarischen Gesellschaft engagieren, in der der Mensch im Mittelpunkt steht.

Zum 3. Europäischen Sozialforum in London kamen über 20.000 Menschen - Vertreter von NGOs, sozialen Bewegungen, Entwicklungshilfe- und Flüchtlingsgruppen, karitativen, christlichen und muslimischen Vereinen, Soli-Kampagnen für nationale Befreiungsbewegungen, Gewerkschafter, Umweltschützer, Anti-Imps und Marxisten aller Coleur, Antizionisten, Autonome und Libertäre etc.
Kritikwürdig erwies sich bereits die Organisation der Eröffnungsveranstaltung mit (u.a.) Hilda Guevara (Tochter von Che) und Ken Livingstone (Mayor of London) in der Southwark Cathedral. Angekündigt für 19 Uhr, war der Saal bereits 17 Uhr überfüllt – eine Videoübertragung für diejenigen, die vor den geschlossenen Toren standen, gab es nicht. Nun, halb zusammengebrochen vom Tragen des Gepäcks, hatte der Großteil der mit dem Flugzeug angekommenen Leipziger Gruppe es sowieso vorgezogen, die Unterkunft aufzusuchen... ein kurdisches Kulturzentrum im Londoner Nordosten. Dort wurden wir von einem meterlangen und -breiten Photo des politischen Gefangenen und Kurdenführers Abdullah Öcalan begrüßt, das an der Wand und über unseren Schlafplätzen throhnte. Im nahen Pub war's aber auch schön, zumindest bis 23 Uhr: „It's time Gentlemen!" Dafür gab's dann aber auch schon früh um acht frisch gebackene und leckere Fladen mit Käse oder Minze und Spinat gefüllt, nachdem einige Unverbesserliche sieben Uhr das Licht im Saal angemacht hatten...
Ca. 200 inhaltliche und nochmals ähnlich so viele kulturelle Veranstaltungen waren von Donnerstag bis Sonntag Vormittag auf zwei Orte verteilt – den „Alexandra Palace" im Nordosten und die „Bloomsbury Area" in Central London. In der „Middlesex University" und einigen weiteren Orten in Central London fanden die als Alternative zum ESF organisierten Workshops und Seminare der „Autonomous Spaces" bzw. „Beyond ESF" statt. Auf letztere werde ich weiter unten gesondert eingehen.
Nur wenigen der Anwesenden kann man Eurozentrismus vorwerfen – von globaler Verantwortung war nahezu durchgängig die Rede. Eine andere Welt soll möglich sein. Doch wie die aussehen soll, darin spalten sich die Geister - ein Sammelsurium von Utopien und ziemlich realen Umsetzungsvorstellungen.
Im Mittelpunkt standen: der Krieg im Irak, die so genannte Okkupation der palästinensischen Gebiete seitens Israel sowie die als *„Wall of Apartheid"* benannte Mauer zwischen Israel und den Autonomiegebieten, Privatisierung des öffentlichen Dienstes, Gleichberechtigung/Demokratie und Gerechtigkeit sowie Umweltzerstörung und Klimawandel. Bei aller Vielfalt herrschte große Einigkeit in Bezug auf den Irak-Krieg und Palästina. Für die zivilen Opfer der militärischen Invasion und Okkupation seitens der USA und Großbritanniens wurden Kompensierungen eingefordert. *„Stop the Killing in Iraq"* und *„Stop Bush and Blair. Troups out of Iraq"* waren die gängigsten Forderungen. Lässt sich an einer Antikriegshaltung erstmal nichts aussetzen, so sind es doch die stark verkürzten Personalisierungen und Solidaritätserklärungen mit dem Irakischen Wi-

Was tun gegen Arbeit und Ruin? Kleiner ALG-II-Ratgeber

Zu I: Allgemeine Daten...

- Wir sind nicht verpflichtet, unsere Telefonnummer oder e-mail-Adresse anzugeben, wir haben das Recht, nur schriftlich mit einer Behörde verkehren zu wollen.
- „Falls Sie kein Girokonto haben..." Hier sollten wir nachfragen, ob wir wegen einer Bescheinigung alle in Deutschland tätigen Geldinstitute „abklappern" müssen?!

Zu II: Persönliche Verhältnisse:

- Was ist ein „nicht dauernd getrennt lebender Lebenspartner"?
- Bei der entscheidenden Frage „Können Sie - Ihrer Einschätzung nach - mindestens drei Stunden täglich einer Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nachgehen?" bitten wir zunächst um Begriffsklärung: was ist „allgemeiner Arbeitsmarkt", „drei Stunden" - Fahrzeit inclusive?

Wir sollten uns auch überlegen, ob wir hier nicht eintragen müssen: „Kann von mir nicht beurteilt werden!" Vorsicht, hier könnte uns vorgehalten werden, dass wir uns bisher immer erwerbsfähig erklärt haben. Aber: wir schützen keine Krankheit vor! Ein klares „ja" oder „nein" wäre rein spekulativ! Selbst wenn wir zuletzt ABM oder ähnliche Arbeitsverhältnisse hatten, können wir nicht sagen, ob wir auf dem „freien Arbeitsmarkt" bestehen können. Sollen die uns doch erst einmal eine Stelle auf dem „freien Arbeitsmarkt" geben, erst dann werden wir wissen, wie wir die Frage beantworten können!

- Wo kriegen wir unsere Rentenversicherungs-Nr. her? Nachfragen!

Zu III: Haushalt

- Was heißt „gemeinsamer Haushalt"? - Dieselbe Tür? Derselbe Kühlschrank? Die gemeinsame Zahnpastatube? Da es hier um sehr diskrete Fragen geht, auf vertraulicher Einzelberatung bestehen! Evtl. überlegen wir uns, die gemeinsame Haushaltsführung mit einem Lebensgefährten („Bedarfsgemeinschaft") aufzugeben, um zu vermeiden, dass man füreinander aufkommen muss.

Zu VIII: Unterhaltspflichtige Angehörige

- Hier irritiert: „Wurden oder werden die Unterhaltsleistungen geltend gemacht?" Sollen hier alle Angehörigen angegeben werden, auch wenn kein entsprechendes Gerichtsurteil oder Vertrag vorliegt, wo ist hier eine Grenze zu ziehen? Was ist ein „Unterhaltstitel"?

Zu X: „Weitere Angaben"

- Was ist ein „Sozialhilfeträger"? - Wird hier auch nach früherem Bafög-Bezug gefragt?

Zu XI: „Bitte überprüfen Sie..."

Unter „Hinweis" wird deutlich gemacht, dass jedes Mitglied einer „Bedarfsgemeinschaft" einen Antrag stellen kann. Davon sollten alle wegen Datenschutz Gebrauch machen!

derstand, die der Kritik ausgesetzt werden müssen. Wirklich jenseits allem Verständnis lagen die mehrheitlich einseitigen Solibekundungen für die Palästinenser. Das ESF scheint durchaus auch ein Treff der antizionistischen und propalästinensischen Teile der europäischen Linken zu sein – es gab von allem etwas: Partys für Palästina, Veranstaltungen gegen den „Agressor" Israel, das Abfeiern von palästinensischen Selbstmordattentaten und Beifallklatschen zu Boykottaufrufen gegenüber Israel.

Allerdings wäre es auch falsch, das „Europäische Sozialforum" darauf zu reduzieren – wenn auch wohl die wenigsten Teilnehmer (und noch viel weniger die Veranstalter) ein Problem damit zu haben schienen... Dies ist angesichts der Breite von Inhalten sowie teilnehmenden Gruppen und Einzelpersonen nicht fair. Als positiv lassen sich durchaus die strikten Absagen an Sozialkahlschlag in Europa, an der Privatisierung öffentlicher Güter, sowie die Forderungen nach Widerstand gegen die Angriffe des Kapitalismus auf ein menschenwürdiges Leben und die Naturzerstörung im Dienste des Primats der Ökonomie verbuchen.

Aus Kritik am ESF heraus hatte es bereits in Paris alternative Räume und Veranstaltungen gegeben. Dieses Konzept wurde in London weitergeführt. Ihre Kritik speist sich u.a. aus der Verfasstheit des Sozialforums (Zentralismus, mangelnde direkte Demokratie) und reicht von Auffassungen, wie „das ESF werde seinen eigenen Prinzipien nicht gerecht" bis „es ist notwendig, weiterzugehen als es beansprucht). „Beyond the ESF" wurden „Autonomous Spaces" von autonomen und libertären Gruppierungen organisiert. Offene und kostenfreie Räume gab es für Vernetzung, Diskussionen, zum Feiern und zur Vorbereitung von Aktionen. Wenigstens hier wurden auf Veranstaltungen auch Stimmen laut, die vor antiamerikanischen und antijüdischen Ressentiments warnten. Von dem hier anwesenden Spektrum ging dann ebenso die Verhinderung einer Veranstaltung mit Ken Livingstone am Samstag, sowie eine



... wurden wir von einem meterlangen und -breiten Photo des politischen Gefangenen und Kurdenführers Abdullah Öcalan begrüßt...

Was tun gegen Arbeit und Ruin? Kleiner ALG-II-Ratgeber

Bevor wir uns mit der „Erhebung, Speicherung und Verarbeitung" dieser Daten einverstanden erklären, wollen wir erst einmal sehen, welche Daten bereits über uns gespeichert sind. Nach dem Datenschutzgesetz stellen wir einen entsprechenden Antrag! Dieser sollte im Kern folgenden Wortlaut haben: „Zum Aktenzeichen (bzw. Kundennummer) ... beantrage ich, mir Auskunft zu erteilen über die zu meiner Person gespeicherten Daten, die Herkunft und etwaige Empfänger dieser Daten sowie den Zweck der Speicherung. Ich beziehe mich dabei auf § 19 (1) BDSG." (Anmerkung: unsere Kundennr. finden wir u.a. im Briefkopf der Leistungsbescheide)

Zusatzblatt 1: Unterkunft

Wir sollten uns bei den kommunalen Behörden nach den in unserem Wohnort geltenden Kriterien für „angemessenen Wohnraum" für ALG-II-Empfänger erkundigen.

Zusatzblatt 2 : Einkommenserklärung/Verdienstbescheinigung

Wir dürfen uns nicht der Erpressung des Arbeitgebers ausliefern durch Vorlage der Einkommensverhältnisse des Haushalts, ja schon durch das Formular selbst (ausdrücklich gerügt vom Bundesdatenschutzbeauftragten - Pressemitteilung 5.7.2004)! Gehaltsabrechung, Kontoauszüge genügen.

Zusatzblatt 3: Vermögen

- Was ist ein „Freistellungsauftrag", was ein „Beleihungszinssatz"?
- Hier sollen wir den Wert unserer Immobilien, unseres Kfz und des „sonstigen Vermögens (Edelmetalle, Antiquitäten, Gemälde)" in Euro angeben. Hierzu brauchen wir Gutachten, die recht teuer sind. Deshalb stellen wir hier Anträge auf Kostenübernahme.

Übrigens: Wenn uns die Behörde in dieser Angelegenheit statt dessen einen amtlichen Sachbearbeiter („Sozialdetektiv") an die Haustür schickt, dann muss er sich damit zufrieden geben, dass wir mit ihm einen Termin vereinbaren (Unverletzbarkeit der Wohnung, Artikel 13 Grundgesetz)! Unsere Flohmarktschnäppchen können wir auch selbst zum Arbeitsamt mitnehmen und dort um eine Schätzung bitten! Die Behörde könnte uns aber vorhalten, dass wir diese Gegenstände auf dem letzten Arbeitslosenhilfeantrag nicht angegeben haben. Dies ist jedoch kein Problem, wenn wir sie erst kürzlich erworben oder geschenkt erhalten haben. Auch wollen wir ja vor allem sicherstellen, dass wir diesmal auch wirklich alles angeben, was in letzter Zeit eine Wertsteigerung erfahren haben könnte.



kleine aber dafür lange Spontandemo gegen Rederechte für Parteipolitiker, Demoverbot und Repressalien aus.

Ein generelles Problem war die ungewohnte Auffassung, was als Diskussion gilt: Zeitlich begrenzte Statements des Podiums. Klatschen. Zeitlich begrenzte Statements von anwesenden Gruppen und Einzelpersonen. Klatschen. - Von kontroversen oder gar emphatischen Diskussionen (nahezu) keine Spur. Ich selbst hab nur von zwei Veranstaltungen gehört, auf denen es wirklich kontroverse Diskussionen gegeben hat – zum einen die Verhinderung des Mayors of London und im zweiten Fall konnte mir niemand sagen, worum es da eigentlich ging. Beim „Beyond ESF" soll der „Diskussionsstil" mehrheitlich ein ähnlicher gewesen sein.

Nebenbei war man ja auch in einer Weltstadt. Und wer von Inhalten genug hatte, wurde Tourist oder/und Shopper. Leider ließ das Wetter keine ausgedehnten Spaziergänge am Themseufer zu... ;-) Aber wenn man schon mal in London ist, sollte auch das Grab von Karl Marx auf der Tagesordnung stehen. Dankenswerterweise hatte „Transport of London" 20.000 Travelcards für Freitag bis Sonntag zur Verfügung gestellt, mit denen sich ausgiebig Busse, U-Bahnen und Züge nutzen ließen.

Die Abschlussdemo am Sonntag unter dem Motto *„Stop the war, no to racism, end privatisation. For a Europe of peace and social justice"* wurde vom britischen Linksruck-Ableger „Socialist Workers Party" in großen Teilen vereinnahmt. Mit einer immensen Anzahl an Pappschildern mit der Aufschrift *„No Bush"* und *„Troups out of Iraq"* wurden von den Socialist-Workers tausende von Teilnehmenden ausgestattet. Neben einigen wenigen Palästina-Fahnen gab es nicht wenige Pappschilder mit der Aufschrift *„The Wall must Fall!"*, *„Freedom for Palestine!"* und Palästina-Soli-Schilder mit Hakenkreuzfahnen, die den „Aggressor" Israel symbolisieren sollten. Auf den vorbereitenden Plena war vorher noch beschlossen worden, auch eine explizite Kritik an der europäischen Sozial- und Außenpolitik in den Aufruf aufzunehmen – allerdings gingen Transparente und Schilder, die Rassismus, Sozialkahlschlag und Privatisierungen anprangerten, in der Masse der dominierenden unter. Der antikapitalistische Block warb gar mit der Losung, dass man bei ihm nicht am richtigen Platz sei, wenn man nur Bush und nicht auch den Kapitalismus in der EU kritisieren will.

Ca. 50.000 Demo-Teilnehmer zogen so vom „Russel Square" zum „Trafalgar Square" - Gewerkschaften und NGO's, Anti-Imps und Antizionisten, Pink-and-Silver, eine kleine Gruppe Irischer Nationalisten, Soligruppen für Cuba, vereinzelte PDS-Fahnen, ein Block der Europäischen Linken u.a. mit dem Leipziger Transparent „Basic Income for all. NO to compulsary LABOUR. European Left"

Fasse ich meine Eindrücke beim Europäischen Sozialforum zusammen, dann lässt sich folgendes an Kritik konstatieren:

Als Wertkritiker stößt einem zunächst. der positive Bezug auf Arbeit, Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie im bürgerlichen Verständnis (und nur in diesem Kontext sind diese Begriffe zu verstehen) negativ auf. Fatal ist, dass es offensichtlich, bis auf wenige löbliche Ausnahmen, in der europäischen Linken nach wie vor keine Auseinandersetzung mit der Kritik am (traditionellen) Anti-Imperialismus und der Personalisierung des kapitalistischen Herrschaftsverhältnisses gegeben hat. Auf dieser Problematik fußen dann auch nahezu sämtliche weiteren Kritikpunkte: Ein verkürzter und

Was tun gegen Arbeit und Ruin? Kleiner ALG-II-Ratgeber

Nehmen wir uns auch Zeit, unsere Vermögensverhältnisse (soweit möglich) so zu ordnen, dass wir nicht aus der Anspruchsberechtigung herausfallen. So ist es z.B. möglich, mit dem Lebensversicherer eine Nichtverwertung des Kapitals vor dem 65. Lebensjahr in Höhe von 200 Euro/Lebensjahr noch nachträglich fest zu schreiben. Dann kann uns dieser Betrag als Altersrücklage anerkannt werden. (Frankfurter Rundschau, 5.7.04, S.5)

„Vermögen ... übertragen?" ohne Einschränkung nach Zeitraum und Betragshöhe erweckt erheblich Zweifel an Zulässigkeit und Erforderlichkeit nach § 67a SGB X.

Zusammenfassung
Die wichtigsten Prinzipien, die wir beachten sollten, sind folgende:

1. Wir nehmen stets jedes Wort wortwörtlich und antworten peinlich genau.

2. Wir sagen nicht mehr als das, was wir ganz sicher wissen und nach bestem Wissen und Gewissen versichern können.

3. Wir informieren uns ganz sorgfältig und fragen lieber einmal zu viel als zu wenig.

4. Und am allerwichtigsten: wir nehmen uns die nötige Zeit. Wir wissen ja: es reicht, dass wir den Antrag vor dem 3. Januar abgeben!



Kontakt:
Kampagne gegen Hartz IV c/o „initiative anders arbeiten", Tel.: 695.98.306
V.i.S.d.P.: Hellmut Laun, Am Treptower Park 47, 12435 Berlin

weiterführende Informationen:

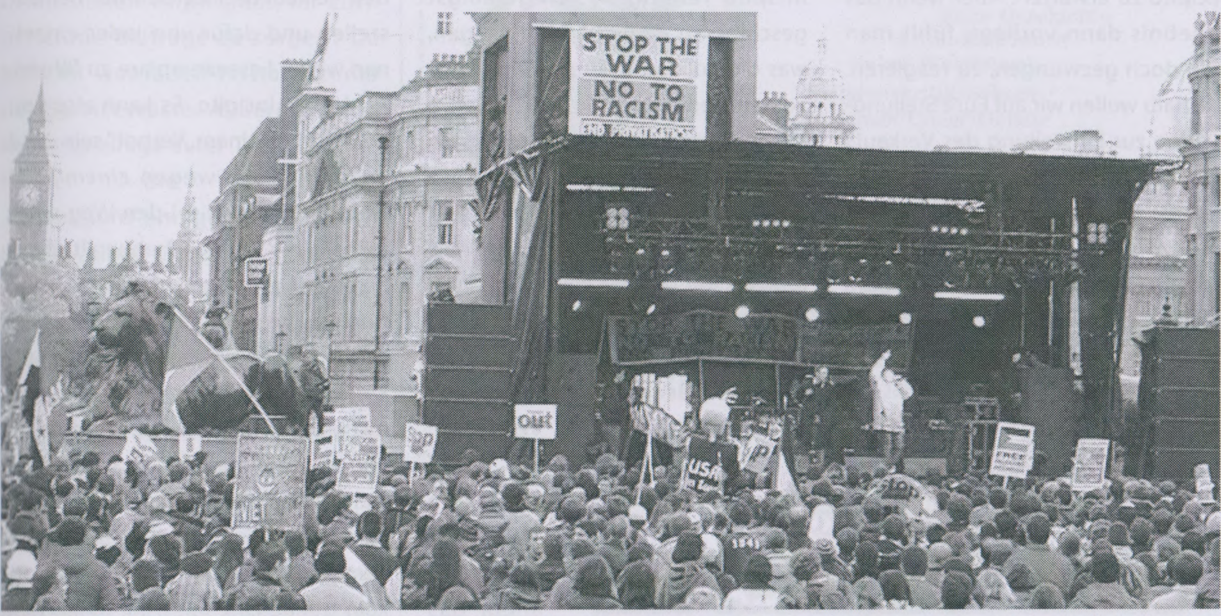
* **Anti-Hartz-Tipps beim Unrast-Verlag**
http://www.unrast-verlag.de/unrast,3,0,161.html

* **Special auf LabourNet.de**
http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/hilfe/index.html

* **Berliner Kampagne gegen Hartz IV**
http://www.hartzkampagne.de/

* **Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V.**
http://www.bag-shi.de/info_mat/

populistischer Antiamerikanismus, der Kapitalismus auf die USA reduziert und nicht umgekehrt die Rolle der USA als letzte Weltmacht aus einer Analyse des Kapitalismus ableitet. Die Reduzierung der Gesellschaftsordnung von Wert und Abspaltung auf personalisierte Herrschaftsverhältnisse in persona von Politkern wie Bush und Blair und auf kapitalistische Monopol-Firmen wie McDonalds und Coca Cola und deren Bosse verkennt, dass diese Personen austauschbar sind, und ihre durchaus bestehende Verantwortlichkeit sich daraus speist, dass sie Träger von Ideologien und Funktionen innerhalb der politischen bzw. ökonomischen Sphäre sind. Diese Funktionen und Ideologien entspringen jedoch dem Prinzip von Wert und Abspaltung und nicht etwa dem Gehirn von Bush, Blair oder Ronald McDonald. Der traditionellen Anti-Imperialistischen Ideologie entspringt ebenso der einseitige positive Bezug auf Palästina sowie die ebenso einseitige Verurteilung von Israel und der Mauer. Palästinensische Selbstmordattentate und weitere Terrorakte der Hamas werden in diesem Sinne einfach verschwiegen oder als heroischer Widerstand der Unterdrückten dargestellt. Von Antisemitismus ist (mit wenigen Ausnahmen) keine Rede. Und warum muss man, wenn man den Irak-Krieg kritisiert, denn unbedingt Solidarität mit islamistischen Fundamentalisten im Irak üben??? Das geht doch bitteschön auch ohne! Sind Plünderungen von Krankenhäusern und die Einführung des Islamismus emanzipativ??? Ich denke, doch genauso wenig wie die „Einführung" von westlicher Demokratie mit Bomben!



Auf der Abschlussdemo: „...Neben einigen wenigen Palästina-Fahnen gab es nicht wenige Pappschilder mit der Aufschrift „The Wall must Fall!", „Freedom for Palestine!" *und Palästina-Soli-Schilder mit Hakenkreuzfahnen..."*

Organisatorisch lässt sich die nahezu unüberschaubare Anzahl an Seminaren, Workshops und Plena ohne einen wirklichen roten Faden kritisieren. Ein sinnvolles Zusammentragen von Diskussionen und Erarbeiten von Strategien wird dadurch verunmöglicht. In manchen Fällen ist man allerdings geneigt, auch dankbar dafür zu sein... Und last but not least: So führt man keine Diskussionen! Wenn fast alles abgeklatscht wird, wünscht man sich insgeheim doch ab und an, den Alleszertrümmerer herauszuholen und Tabula rasa zu machen...

Was bleibt aber an positiven Eindrücken:

Es ist wichtig, sich innerhalb eines weltweiten kapitalistischen Systems global/europaweit zu vernetzen und den Widerstand gegen immer schärfere Zumutungen jenseits nationaler Grenzen zu organisieren. Die weltweiten und europaweiten Sozialforen können ein Ort dafür sein, zumal es derzeit keine anderen Alternativen gibt. Trotz der Vielschichtigkeit und Unüberschaubarkeit besteht durchaus die Möglichkeit, sich mit anderen (v.a. abseits der offiziellen Veranstaltungen) auszutauschen, zu diskutieren und Kontakte zu knüpfen. Insgesamt betrachtet waren mir die Gewerkschaften, Bürgerrechtler, Umweltschutz- und Entwicklungshilfe-Gruppen am sympathischsten, da sie für sich und/oder andere Menschen in diesen Verhältnissen Menschen einfach ein angenehmeres Leben verschaffen wollen – woran es erstmal nichts zu kritisieren gibt. Anders ist es allerdings mit dem krassen Wahrheitsanspruch von Gruppierungen, die eben antizionistische und anti-imperialistische Standpunkte (wenn auch in verschiedenen Schattierungen) vertreten. Derartige Ideologien sind gefährlich und werden nicht ohne Grund von der extremen Rechten antizipiert. Hier müssen unbedingt Diskussionen und inhaltliche Schärfungen erfolgen, überholte Analysen und Argumentationen über Bord geworfen werden.

Die Wiederkehr des Immergleichen

Liwi-Crew

„Beleidigungen sind die Argumente derer, die Unrecht haben." (Jean-Jaques Rousseau, zitiert nach: incipito, 13 ½/2004, S.31)

Klar war ein Text wie der im letzen incipito zu erwarten. Aber wenn das Ergebnis dann vorliegt, fühlt man sich doch gezwungen, zu reagieren. Deshalb wollen wir auf Eure Stellungnahme zur Einstellung des Verkaufs von Zeitschriften in der Liwi antworten.

Eins vorweg: In einem Kritikpunkt habt Ihr Recht: Wir haben es versäumt, Euch die Einstellung des Verkaufs nochmal offiziell zu erklären. Das war ein Fehler. Alle anderen Vorwürfe können wir so nicht stehen lassen.



Zunächst mal ist die Liwicrew nicht identisch mit den Leuten, die die „H-Dealer verpißt Euch"-Kampagne gestartet haben. Wenn es da zwei Leute gibt, die an beiden Projekten beteiligt sind oder waren, braucht man schon sehr viel bösen Willen oder Schaum vorm Mund, um daraufhin beides gleichzusetzen. Ihr konstruiert in Eurem Text eine eherne Einheit von Anti-Dealer-PlakatiererInnen und LiwibetreiberInnen, die keinerlei realistischen Hintergrund hat. Wieso sollen VertreterInnen der Liwi offiziell auf einer Diskussionsveranstaltung „Rechenschaft für Handeln ablegen", das gar nicht ihr Handeln ist? Wenn diese Forderung irgendeinen Sinn machen würde, dann könnte man ebensogut vom incipito verlangen, sich gefälligst geschlossen dafür zu rechtfertigen, was die politische Gruppe eines einzelnen Redaktionsmitglieds mal in einem Demoaufruf geäußert hat. Sie macht aber keinen Sinn.

Aber eine andere Rechtfertigung sind wir, wie gesagt, noch schuldig. Warum verkauft die Liwi keine Zeitschriften mehr, also auch das incipito? Schon seit einiger Zeit haben einige einzelne in der Crew den Standpunkt vertreten, die Liwi wäre kein Zeitungsladen. Vor allem das incipito stieß ihnen immer wieder auf. Leider eskalierte die Stimmung im Laufe der Zeit und von Artikel zu Artikel immer mehr, bis schließlich die Forderung aufkam, das incipito aus dem Programm zu nehmen. Trotz ausführlicher und nervenaufreibender Diskussionen war es nicht möglich, zu einem Konsens zu kommen. Auf der einen Seite standen die Leute, die nicht mehr damit leben konnten, als Verkaufsstelle hinten auf dem Heft genannt zu werden, auf der anderen diejenigen, die das incipito als Diskussionsmedium und -anstachler auf jeden Fall weiter verkaufen wollten. Und da weder vom incipito (im Schnitt wurden zwei, drei Hefte pro Monat verkauft) noch von den anderen Zeitschriften, die wir im Angebot haben, nennenswerte Stückzahlen über den Tisch gingen, wurde als „Kompromiß" vereinbart, den Verkauf *aller* Zeitschriften einzustellen und dafür von jeder einzelnen weiter Leseexemplare zu führen. Auch vom Incipito. Es kann also keine Rede von einem „Verbot" sein. Und wenn Ihr Euch wegen *einem* Heft (verständlicherweise) den Weg nicht mehr in die Liwi machen wollt, dann holen wir es uns auch selbst.

Noch ein wiederholtes Wort zum Verbot: Im Gegensatz zu einem Leipziger Zeitschriftenprojekt leidet die Liwi nicht unter Größenwahn und maßt sich deshalb auch nicht an, irgendwelche Zeitschriften zu „verbieten". Man sollte beim Schreiben den social beat sprachlich von politischen Artikeln trennen.

Aber weil Ihr offensichtlich Probleme mit Differenzen jenseit von gut (ihr) und böse (alle anderen) habt, unterschlagt Ihr auch, dass Euch dieser ganze Hintergrund der Verkaufseinstellung in „inoffiziellen" Statements durchaus erzählt wurde, neben anderen, in denen angeblich die Rede von „Scheissinhalten" und der H-Dealer-Kampagne die Rede war. Aber das hätte ja nicht mehr in die Argumentations- resp. Denunziationskette H-Dealer-Kamapgne-ganze-LiWi-incipito-scheisse-finden-und-verbieten gepasst. Ein rhetorisches Kleinod ist auch die kleine, gemeine Stelle in Eurem Text, in der Ihr eine Aussage aus einem Liwi-Text mit dem Spruch eines Teilnehmers auf einer Diskussionsveranstaltung zusammenhaut, um am Ende festzustellen: „statt über diese „Sachen" zu diskutieren, wurde über ein Verbot diskutiert". Und da war es wieder, das magische V-Wort.

Ihr unterstellt der Liwi, sie wäre nicht zu Diskussionen bereit und verweist

auf Eure Diskussionsbereitschaft, u.a. auf diversen Veranstaltungen. Aber auch hier schnappt die Falle des Wahns wieder zu und aus Pöbeleien gegen Euch von Gästen einer Veranstaltung in der Liwi wird hastdunichtgesehen die generelle Verweigerung der Liwi, mit dem incipito zu diskutieren. Also ist die Liwi als Veranstaltungsort solcher Diskussionen verpflichtet, für Euch genehme Beiträge zu sorgen? Da habt Ihr was falsch verstanden mit der Servicewüste. Außerdem sind leider so einige Eurer Texte und Referate, die Ihr als „Diskussions"anregung verstanden sehen wolltet, nichts anderes als die immergleichen Zeigefingerübungen der vermeintlich Alles Wissenden gegenüber dem dummen Pöbel. Nun gibt es zweifelsohne viele Leute, die mit Fug und Recht von der Höhe eines gewissen Wissens- und Reflexionsstandes aus argumentieren können. Peinlich wird es in solchen Situationen aber immer dann, wenn man selber auch nur auf der Wassersuppe dahergeschwommen kommt. Was für ein mieses Bild habt Ihr eigentlich von Euren LeserInnen?

Also nochmal: Ein paar von uns kotzen über das Heft ab, ein paar finden es immer noch cool und wichtig, dem Rest ist es egal. Deshalb haben wir nun nicht die Vernichtung des incipito im Visier, um unliebsame Stimmen mundtot zu machen, wie Ihr in Eurem Text versucht, zu suggerieren. Wir haben in der Konsequenz vielmehr alle Zeitschriften aus dem Verkauf genommen, behalten aber alle als Leseexemplare im Programm. Die Lösung gefällt den meisten hier auch nicht, aber es gibt keine bessere. Ansonsten warten wir ab, welchen „Kredit" wir jetzt bei wem „verspielt" haben.

„Wer lernen möchte, den Menschen die Wahrheit zu sagen, muss lernen, sie sich selber zu sagen" (Lew Nikolajewitsch Tolstoi, zitiert nach: incipito, 13 ½/2004, S. 39)

In diesem Sinne,

Beste Grüße.

gieszer und drogen!

giesza 16, sommer 2004

im süden le's wurde in den letzten monaten nicht nur in den meisten „linken" läden eingebrochen/ versucht einzubrechen, sondern auch in wohnungen und autos. ein teil der „szene" verrät den auslöser [beschaffungskriminalität] und zugleich die lösung des problems [„h-dealer verpisst euch"]. in folge dessen fanden 2 öffentliche veranstaltungen [liwi. conne island] statt, deren anliegen es war sich näher mit der groben thematik drogen [und deren anhängsel drogenuser und -dealer, und umgang mit diesen] auseinanderzusetzen. aus interesse und notwendigkeit sich mit diesem thema zu beschäftigen - auch, um zu einem bewußten und von allen tragbaren umgang damit innerhalb des projekts gieszerstr.16 zu gelangen - kamen betreiber und nutzer der gieszer, sowie weitere interessenten miteinander ins gespräch. folgender text soll die auseinandersetzung und die daraus resultierenden konsequenzen verdeutlichen, als auch zu weiteren diskussionen anregen.

der umgang mit vermeintlichen drogen in einigen clubs und deren näheren umfeld ist offensichtlich. der rahmen der konsumierten & angebotenen drogen umfasst freigegebene, sowie illegalisierte [darunter auch synthetische drogen], welche allesamt auf veranstaltungen scheinbar in besonders hohen maßen umgesetzt werden.[1] da die ausrichtung der unterschiedlichen lokalitäten und deren ansprüche maßgeblichen einfluss auf die nutzer [& veranstaltungskonsumenten] ausübt, ist es für einige entscheidend, sich der rolle als anbieter einer solchen plattform und der damit verbundenen verantwortung als auch eventueller probleme bewusst zu werden. oftmals führt der übermäßige drogenkonsum zu einem scheinbaren realitätsverlust, wobei die konsumenten jegliches verantwortungsgefühl für sich und ihre umwelt, vor allem aber auch hemmungen verlieren, was wiederum zum leid anderer beiträgt. die werden nämlich provoziert, schikaniert, attackiert oder müssen sich im notfall um die medizinische versorgung kümmern. direkte oder indirekte personenschäden, schäden in den projekten und im nahen umfeld und der umsatz illegalisierter drogen, all das kann auch die illegalisierung, sprich die existenzielle bedrohung, durch repressive maßnahmen seitens der judikative exekutive, bedeuten. probleme der praxis. das wirklich entscheidende problem sind die konsequenzen und eine positionierung zu dem, was man als ursache für diese symptomatischen probleme erkennt und erkennen will.

die praktische konsequenz.

wir befinden uns in einem kapitalistischen system, welches mehr oder mal weniger auf profit durch ausbeutung beruht. geld muss erwirtschaftet werden, um die eigene existenz zu sichern. beim handel mit [hauptsächlich illegalisierten] drogen wird eine profitmaximierung mittels der anreicherung des kostenintensiveren und begehrten stoffes mit billigeren materialien erzielt, was für die konsumenten enorm schädigend sein kann. die richtige dosierung [bes. für unerfahrene konsumenten] wird erheblich erschwert. da wir die praxis der dealenden nicht im einzelfall einschätzen können[2], also ob diese verantwortungsbewusstsein für ihre, vielleicht zeitweise durchaus nicht zurechnungsfähigen, kunden entwickeln oder tatsächlich skrupellose kapitalisten sind, die um jeden preis ihren absatz sichern, und wir uns zudem der staatlichen repression entziehen wollen, ist das anbieten illegalisierter drogen auf allen veranstaltungen in der g16 ausdrücklich untersagt. [nochmal im klartext: handel und konsum illegalisierter drogen wird in unseren räumen nicht akzeptiert. aufgrund des kriminalisierten charakters bestimmter stoffe, gefährden user/ dealer damit nicht nur ihre eigene sicherheit, sondern auch die existenz des ladens.] einzelne würden auch schon mal jemanden, bei bekanntwerden seines/ihres dealerstatus', ordentlich eins in die fresse hauen [„haschischdealern natürlich nicht", im gegensatz zu den h-dealern sind das ja nicht die bösen]. dieser gewünschte umgang einzelner ist

[1] die menge der drogenkonsumenten [somit auch leuten, die ein drogenproblem haben] und der leute die kein using von drogen betreiben, bzw. kein drogenproblem haben [nach wessen einschätzung auch immer] in partygänger und betreiber einteilen zu wollen, ist jedoch quatsch [zumal auch betreiber partygänger sein können]. unter einem teil derer, die sich am lautesten über die illegalisierten, vorwiegend synthetischen drogen echauffieren gibt es eben einen erheblichen konsum an akzeptierten drogen [bsp. alkohol] und ein nicht unerheblicher teil hat somit ein drogenproblem, auch wenn es staatlich akzeptiert und vielerseits unbewusst ist.

glücklicherweise nicht konsens und sollte bei stattfindender umsetzung zum kritisieren und praktischen einschreiten führen. [dies meint ebenso nicht, das „wir" absolut pazifistisch handeln sollten/ wollen. es gibt selbstverständlich situationen, in denen es mehr als angebracht ist, personen - aufgrund ihres verhaltens - ordentlich eins in die fresse zu hauen. nur ist das bei schlichten bekanntwerden, bspw. durch beobachten des dealens auf keinsten zu rechtfertigen.] es ist eine informationsveranstaltung in zusammenarbeit mit drugscouts geplant, infomaterial über [möglichst risikogeringen] drogenkonsum und dessen aus- und nebenwirkungen, wird ausgelegt und veranstalter, ebenso wie barkräfte müssen aufgeklärt werden, wie notfälle zu erkennen und erste hilfe möglich sind. die idee initiativen, wie die etablierung von fixräumen und drugcheckings zu unterstützen, fand bereitschaft.

das theoretische problem.

wie kann man sich nun bezüglich der aktuellen staatlichen drogenpolitik positionieren und in welchem kontext betrachtet man die mit dem drogenumsatz einhergehenden probleme? vielen ist gemeinsam, dass sie die illegalisierung von drogen als mittel staatlicher repression verstehen. die eigene verantwortungsfähigkeit und das wissen um die konsequenzen des jeweiligen drogenkonsums stellen die grundlage für einen liberalisierten drogengebrauch dar, was für manche auch das grundlegendste problem ist. während die einen allen menschen die absolute bewusstheit und verantwortlichkeit all ihrer entscheidungen bescheinigen, meinen andere, dass entscheidungen durchaus von äußeren umständen abhängig sein können und sehr wohl relativ unbedacht getroffen werden. menschen vor unbedachten entscheidungen zu schützen soll nicht aufgabe des projektes sein, wohl aber die einflussnahme auf die kulturellen zustände, die menschen mit diesem projekt befördern wollen. und ob diese in den möglichkeiten des dauerrausches, desinteresse oder dauernder handlungsunfähigkeit liegen, bleibt fraglich. relevant für die zukunft ist vor allem die unterscheidung der drogen. die unterscheidung in harte und weiche drogen ist nach bisher bekannten medizinischen aspekten nicht unbedingt verfehlt, meinen einige, da das suchtpotenzial einiger drogen a.g. bestimmter biochemischer gegebenheiten wohl größer ist als das anderer. andere beschreiben diese unterscheidung als willkürlich, wobei die momentane einteilung der il-/ legalen drogen von allen als eine historisch und gesellschaftlich etablierte verstanden wird und eher auf kriterien wie der vertrautheit mit der droge anstatt der gefährlichkeit beruht.

LINKS

_incipito 12/ 2004: hände weg von meinem dealer!: martin[incipito]
_incipito 13/ 2004: fragmente zum thema drogen: hannes
http://left-action.de/incipito/
_cee ieh #12: techno - drogen - conne island: tobi
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/ci/nf/12/8.html
_cee ieh #62: vom haschrebellen zum kiffenden staatsbürger: junge linke niedersachsen
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/ci/nf/62/23.html
_bahamas #21: opium fürs volk: lars quadfasel
http://www.redaktion-bahamas.org/

[2] da alkohol nicht minder eine, nicht ungefährliche droge ist [deren nebenwirkungen und konsequenzen durch den gebrauch, nicht unterschätzt, bzw. verharmlost werden sollten], nehmen auch „wir" als betreiber, max. als barkräfte die rolle von dealern ein. dieser rolle sollten „wir" uns bewußt sein. es wäre wünschenswert, angemessen [means verantwortungsbewußt] auf die konsumwünsche bestimmter kundschaft [bspw. stark betrunken] einzuwirken. das heißt im konkreten fall: statt das nächste bier zu verkaufen, davon ab-, bzw. zum konsum von h2o zu raten.

zur schilderung und kritik des zustands der gieszerstr. 16, teil 1

rhone:thesa 29.09./06.10.

die wohngruppe ist ein projekt neben vielen anderen im gesamtprojekt gieszerstr.16. deren mitglieder, die bewohnerinnen schreiben einen text (zumindest wird dieser von diesen unterzeichnet), in dem sie sich unter dem selben titel zum „umgang mit nazis und drogendealer[n]" äußern. anlaß diesen zu schreiben bot eine für sonntag, den 26.09. angekündigte diskussion zum selbigen thema. anlaß für die diskussion bot die eine woche davor zurückliegende „es/160" technoveranstaltung, bei der besucher auftauchten, die besser hätten nicht auftauchen sollen (sprich u.a. leute mit tätowierten reichskriegsflaggen, die sie jedoch erst im laufe des abends präsentierten). und bei der besucher dinge taten, die sie besser hätten nicht tun sollen (das schlimme wort das mit d anfängt).

eine kritische auseinandersetzung mit dem text der bewohnerinnen soll folgender sein. diesen zu analysieren fiel nicht ganz leicht, da bewußt oder nicht verschiedenste regeln der rechtschreibung und grammatik außer kraft gesetzt wurden. let's go.

„in unserem verständnis ist auch die toleranz gegenüber ex-nazis geschwinden gering, aus respekt und mitgefühl den opfern faschistischer übergriffe gegenüber und weitere gründe welche unformuliert sind. nazis oder ex-nazis wenn diese erkannt werden oder sich zu erkennen geben haben nix in diesem projekt verloren und sind mit allen vertretbaren mitteln (auch körperliche gewalt auf eigne verantwortung) des projektes zu verweisen."

das sich offen bekundende nazis in der gieszerstr.16 nichts zu suchen haben, und diese des projektes verwiesen werden sollten, wenn nötig auch mit hilfe körperlicher gewalt dagegen ist nichts einzuwenden[1], wenn wir mit der gieszerstr.16 einen freiraum schaffen wollen in dem platz für emanzipatorisches denken und handeln sein soll. denn intoleranz zu tolerieren ist doof.

da von den bewohnerinnen in ihrem text angeführt wird, daß diese unliebsamen personen *„mit allen vertretbaren mitteln [...] des projektes"* verwiesen werden sollten, wäre dennoch eine kurze begriffserklärung nicht ganz unfehl. denn welche mittel vertretbar sind und welche nicht, wird aus dem text nicht klar.

warum aber menschen, die sich womöglich von ihrer früheren bspw. faschistischen/ rassistischen/ antisemitischen meinung und diesbezüglichem handeln heute distanzieren und deutliche veränderungen aufzeigen, der eintritt bzw. das verweilen auf „unserem" grundstück verwehrt werden sollte, ist mir unklar. zumal ein zur rechenschaft ziehen der jeweiligen person für früheres denken und diesbezüglichen aktionen von uns ja jederzeit eingefordert werden kann.[2] eine solche absage (nach dem motto „einmal nazi immer nazi") ist zugleich eine an die möglichkeit, daß sich menschen entwickeln, sprich verändern können, sprich zur (selbst)reflektion, auch des eigenen denkens und handelns, fähig sind.

bisher bestand auch für die menschen, die hausverbot aufgrund diverser vorkommnisse in der gieszerstr.16 erhalten hatten, die möglichkeit zum nutzungstreffen zu kommen, sich für die von ihnen verschuldeten vorkommnisse zu entschuldigen und sich zu rechtfertigen, um dann von uns die entschuldigung angenommen und die entscheidung bestätigt zu bekommen, ob eine nutzung des geländes gieszerstr.16 für besagte personen wieder möglich ist, oder eben nicht.

achso, und unformulierte weitere gründe sind für mich nichtssagend und damit keine.

„drogendealer, welcher die sucht anderer sich nutzbar machen, (i.d.r. verkäuferinnen s.g. harter drogen) haben nix in diesem projekt verloren - diese aussage wurde bereits im frühjahr diesen jahres zum wiederholten male formuliert. sobald diese erkannt werden oder sich zu erkennen geben sollen diese mit allen vertretbaren mitteln (auch körperlicher gewalt auf eigne verantwortung) des projektes verwiesen werden."

1.zum ersten teil des ersten satzes. drogendealer machen sich als erstes die nachfrage von drogenkonsumenten nach der von ihnen angebotenen drogen zu nutze. nicht alle konsumten von drogen (welcher auch immer) sind per se drogensüchtig. das auch drogensüchtige konsumenten nach stoff beim dealer fragen, ist nicht zu ver-

[1] laut meinen informationen sollte dieser umgang auf der diskussion auch nicht in frage gestellt werden.

[2] angemessen wäre womöglich ein differenzieren von fall zu fall, eine konkrete auseinandersetzung mit (je)dem vermutlichen ex-nazi, mit dessen meinungsbild (früher - heute), etwaigen im kontext zum meinungsbild stehenden (, zurückliegenden) handlungen, und deren zeitliche einordnung (wie lange liegen das frühere meinungsbild und daraufgerichtete handlungen zurück?). gemessen an dieser auseinandersetzung sollte sich dann für uns eine konsequenz

neinen. die entscheidung diese nachfrage zu befriedigen oder nicht liegt natürlich beim dealer. so wie ausgedrückt, wird jedoch ein bild gezeichnet, welches auf der einen seite, den sich über sein handeln absolut bewußten (und somit verurteilenswerten, weil sich die sucht der anderen bewußt zu nutze machenden, bzw. zum eigenen vorteil die sucht anderer sogar fördernden) dealer, und auf der anderen seite den seiner sucht vollkommen ausgelieferten, und somit sich seines handelns nicht mehr bewußten konsument darstellt. das a) dealer und user selten klar voneinander trennbar, sondern oft eins sind und b) nicht pauschal gesagt werden kann, daß menschen nicht unbedingt im 100%igen bewußtsein handeln, wird hier nicht beachtet. die aussage der bewohner für voll zu nehmen würde bedeuten, zu wissen welche drogendealer sich die sucht anderer zu nutze machen und welche nicht. weiterhin würde es bedeuten, zu wissen welche der drogenuser süchtig nach dem von ihnen konsumierten stoff sind und welche nicht. and so on...

i.d.r. sind es nicht nur verkäuferinnen s.g. harter drogen (wenn man diese unterscheidung zwischen harten und weichen drogen vornehmen will) die sich die sucht anderer nutzbar machen. auch verkäufer von cannabis, kaffee, zucker und zigaretten nutzen diese möglichkeit um an geld zu kommen. und auch wir (barkräfte der gieszerstr.16) dealen nach wie vor an den von uns besetzten bars mit nicht nur weichen drogen und machen uns (sprich das gesamte projekt gieszerstr.16) das drogenkonsumbedürfnis anderer zu nutze. und das auch ohne absolutes wissen darüber zu haben, welche der konsumenten süchtig nach bspw. alkohol sind oder nicht.

2.zum zweiten teil.

an eine im frühjahr diesen jahres, zum wiederholten male formulierte aussage kann ich mich leider nicht erinnern. wenn dies auf der diskussion zum thema drogen, drogendealer und umgang damit, geäußert wurde, möchte ich auf die dort gemeinsam getroffenen entscheidungen hinweisen, die im aktuellen text „gieszer und drogen!“ nachzulesen sind.

3.zum zweiten satz.

nach wie vor bin ich für folgende vorgehensweise im umgang mit dealern illegalisierter stoffe auf unserem gelände:

sollte bekannt werden, daß leute in der area der gieszerstr.16 illegaliserte drogen verticken, sollte diesen im gespräch vermittelt werden das sie dies hier zu unterlassen haben, einfach aus dem grund, weil wir keinen bock haben auf staatliche repression, sprich razzia, und laden weg und so; zusätzlich sollten die sie treffenden konsequenzen bei wiederaufnahme des geschäfts erwähnt werden. diese sind rausschmiß und hausverbot. sollten sie dies begreifen und somit jeglichen handel illegalisierter produkte in unseren räumen einstellen, können diese gerne bleiben und wiederkommen. für den fall das nicht, treten die konsequenzen in kraft. dies allerdings in angemessener form. nachwievor ist zu kritisieren, menschen alleine aufgrund ihres bekanntgewordenen dealerstatus, die schnauze lädieren zu wollen. punkt.

„wir sind es zu wiederholten male leid, das themen zur disskussion stehen welche eigendlich „ungeschriebene gesetze“ und selbstverständlichkeiten in dem projekt gieszer16 (und in den meisten anderen projekten dieser art auch) sind und vorallem mit jeder wieder neu aufkeimenden disskussion diese verwaschen/verweichlicht der bürgerlichen gesellschaft gleichgeschaltet werden.“

1.ungeschriebene gesetze und selbstverständlichkeiten bleiben standfest und unhinterfragt noch für die nächsten 100!?

was anderen schon garnicht zugestanden wird, nämlich daß sie sich verändern und sich selbst reflektieren können, will man scheinbar auch bei sich selber nicht akzeptieren. meines erachtens ist es wichtig, um nicht zu stagnieren, auch sich selbst und somit auch die ansprüche des projektes immer wieder zu hinterfragen und diese gegebenfalls den ansichten der das projekt aktuell nutzenden entsprechend, umzuwerfen und zu erneuern. das projekt und dessen ansprüche sind die leute, die es derzeit nutzen, und nicht die ideen von leuten, die seit jahren raus sind. wenn scheinbar die falschen leute mit im boot sitzen, ist das das problem der vermittlung an neueinsteiger, dessen was die gieszerstr.16 sein sollte, und was nicht.

2.was sind denn die meisten anderen projekte dieser art? welcher art?

„wir sagen [...] nein zu drogendealern (harter drogen) [...]“

mit dem nochmaligen hinweis „nein zu drogendealern (harter drogen)“, wird das bild vom bösen drogendealer, der mit harten drogen dealt, und dem guten drogendealer, der uns mit dem weichen stoff versorgt, vollends gefestigt. darüber kann auch nicht das in klammern gesetzte und im gegensatz zum restlichen satz nicht fett markierte „harter drogen“ hinwegtäuschen. vielmehr klingt es danach als würden die schreiber des textes sich selbst nicht ernst nehmen. der größer geschriebene und fett markierte abschlusssatz soll eine konsequente ansage sein, wird aber durch die nichtfettgesetzten klammern plus inhalt inkonsquent. was denn nun? raus mit drogendealern. oder nur diejenigen raus, die harte drogen verticken.???

let's push things forward.

[achtung: meinung einer einzelnen person. auf das einhalten von groß- und kleinschreibung wurde von mir bewußt verzichtet. fehler in den kursivgeschriebenen zitaten im original.]

im umgang mit dem jeweiligem besagtem exnazi ergeben. dies könnte dann je nach fall bedeuten: „willkommen im club!“, „verpiß dich, du hast hier nichts verloren!“, „wenn du darüber nachgedacht hast kannst du wiederkommen!“, „wir wollen sehen wie du in einem jahr über all das denkst, komm dann wieder!“, ...bla bla.

!NOISY BY NATURE!

Verhaltenstipps bei Polizeieinsätzen wegen Ruhestörung

EA Leipzig

— WARUM DIESER TEXT? —

In letzter Zeit ist es immer wieder zu Polizeieinsätzen wegen Ruhestörung gekommen. Ob größere Parties oder einfach nur Geburtstagsfeiern oder Treffen in Vereinsräumen, im Hof oder im Garten von linken bzw. alternativen Hausprojekten, die unliebsamen BesucherInnen in grün beschränken sich oft nicht mehr darauf, auf die Ruhestörung bzw. Anzeigen von Nachbarn hinzuweisen. Ihr erklärtes Ziel ist die Auflösung der Veranstaltung, die Aufnahme möglichst vieler Personalien und die Kriminalisierung alternativer Kultur in Leipzig .

Ob im Vereinsraum B12, wo immer noch eine Berufungsverhandlung wegen angeblichem Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte anhängig ist, bei diversen Hof- und Strassen - Festen in der der Stöckartstrasse oder wie zuletzt im GIRO, als eine Geburtstagsfeier mittels unverhältnismäßigem Polizeiaufgebot beendet wurde -die Polizei nimmt sich immer mehr raus, droht mit völlig überzogenen Maßnahmen oder vollzieht diese sogar.

Deshalb ist es um so wichtiger, den überdrehten Ordnungshütern gegenüber geschlossen und konsequent aufzutreten. Das setzt natürlich die Kenntnis der eigenen Rechte und das Wissen um die Grenzen polizeilicher Befugnisse voraus.

— DIE RECHTSLAGE —

—Strafprozessordnung oder Sächsisches Polizeigesetz?

Die einschlägige Rechtshilfeliteratur[1] behandelt zum Einen polizeiliche Maßnahmen im Zusammenhang mit politischen Aktivitäten und dabei der Verfolgung von Straftaten oder TäterInnen. Anwendung findet bei solchen Vorgängen die Strafprozessordnung (StPO), die den Beamten weite Befugnisse und Eingriffsermächtigungen verleiht (zur Verdeutlichung sei an das beliebte Argument, es herrsche „Gefahr im Verzug" und bedürfe daher keiner richterlichen Anordnung erinnert). Bei der Hausdurchsuchung zur Festnahme von Personen, die einer Straftat verdächtig sind oder der Beschlagnahme von Gegenständen, die als Beweisstücke für eine Straftat sichergestellt werden sollen: es gilt die StPO.

Zum Anderen finden Polizeieinsätze im Zusammenhang mit der Abwendung von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung statt, sie dienen dann der Prävention. Diese Befugnisse der Polizei sind im Polizeigesetz (PolG) geregelt.

— Grundsätzliches

Da Lärmbelästigung eine Gefährdung der sogenannten öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt, findet meist – aber nicht ausschließlich – das sächsische Polizeigesetz Anwendung. Deshalb: fragt bei jeder Maßnahme der Polizei, aufgrund welcher Rechtsgrundlage und wegen welcher Vorwürfe sie handeln. Und, egal, ob StPO oder PolG: verlangt den Namen des/r EinsatzleiterIn, des Dezernates, des/r Vorgesetzen bzw. der irgendwie für die Maßnahme Verantwortlichen. Fragt bei der Erteilung von Platzverweisen und Personalienfeststellung nach Namen und Dienstnummer der Beamten. Das zu erfahren ist Euer Recht, auf dem Ihr beharren solltet. Ihr habt außerdem das Recht, Widerspruch gegen die Maßnahme einzulegen. Das kann auch mündlich unter Beisein von Zeugen geschehen, der/die Beamte muss das protokollieren. Lasst Euch nicht so schnell abwimmeln.

Beruft Euch auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Zwar hat die Polizei ein Ermessen bei der Einschätzung der Störung und der besten Mittel diese zu beseitigen. Sie muss jedoch unter allen zur Verfügung stehenden Mitteln immer das mildeste anwenden, das am wenigsten in Eure Rechte (z. B. das Grundrecht auf Unversehrtheit der Wohnung oder auf Eigentum) eingreift.

Nun ist es leider inzwischen eine Binsenweisheit: mensch kann seine Rechte noch so gut kennen, die Bullen interessiert das im Zweifelsfall wenig und gegen eine völlig unverhältnismäßige Maßnahme, von der Erteilung von Platzverweisen bis zur Hausdurchsuchung ist mensch in der konkreten Situation oft einfach machtlos. Nichtsdestotrotz gilt: selbstbewusstes und bestimmtes Auftreten, die Kenntnis Eurer Rechte hat schon so mache Situation gewendet. Also ruhig ein paar Paragraphen zuviel als zuwenig zitiert. Drohungen wie, „wir sind schneller im Haus als ihr, denkt" oder „wir hauen euch die Anlage kaputt" erfüllen im Übrigen den Tatbestand der Nötigung und Bedrohung und dieses Wissen solltet ihr nicht für Euch behalten.

Überlegt Euch bei größeren Veranstaltungen vorher, wie Ihr reagieren wollt. Überlegt Euch eine Verhandlungsstrategie und legt Verantwortliche fest. Je nach Umfang Eurer Veranstaltung kann es Sinn machen, ein Verhandlungsteam zu bilden, aus dessen Kreis sich jemand als VeranstalterIn zu erkennen gibt. Ruhestörung ist eine Ordnungswidrigkeit. Das bedeutet einen Bußgeldbescheid in Höhe von regelmäßig ca. 100,00 € (laut Ordnungswidrigkeitengesetz ist ein Bußgeld bis 1000,00 € möglich!), heißt aber auch, dass die Bullen erst mal zu-

[1] Empfehlenswert z.B. Rolf Gössner: Erste Rechtshilfe, Verlag Die Werkstatt 1999; AutorInnenkollektiv: Durch die Wüste, Unrastverlag 2000; sowie www.rote-hilfe.de

frieden sind und weniger Stress machen. Also möglicherweise eine bessere Ausgangsbasis für ein Weiterführen der Veranstaltung. Möglich ist es auch, einfach die Musik auszumachen und die Bullen mit dem Hinweis es gäbe jetzt keine Ruhestörung mehr und auch gar keine VeranstalterIn, wegzuschicken. Diese Entscheidung obliegt letztlich Euch. Sie kann sich aber an folgenden Punkten orientieren: Wie viele Leute sind da? Um was für Publikum - erfahren im Umgang mit Polizei, betrunken, gefährdet (z.B. Leute mit Bewährung oder ohne Papiere) etc. – handelt es sich? Wie viele Beamte kommen vorbei? Habt Ihr Rechtsanwälte, Abgeordnete unter Euren Gästen?

— Einzelne Maßnahmen —

— Personalienfeststellung (Ausweiskontrolle)- § 19 Nr.1 PolG

In jedem Fall solltet ihr den Grund der Feststellung verlangen. Es ist nämlich so, dass nur bei sogenannten Kontrollstellen, auf Bahnhöfen, im Grenzgebiet und an Orten an denen „üblicherweise" Straftaten geplant, begangen etc. werden verdachtsunabhängige Kontrollen durchgeführt werden dürfen. Außerhalb dieser Orte muss die Personalienaufnahme geeignet sein, die konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung (die sie ja abwenden wollen) auch zu beseitigen. Da stellt sich uns natürlich die Frage, was das Aufschreiben von Personalien mit dem Beseitigen von Lärm zu tun hat ... gar nichts. Zumal, wenn die Musik bereits leiser gestellt wurde.

Anders bei der Person, die sich als VeranstalterIn zur Verfügung stellt - dann kann die Polizei nach StPO die Personalien des /der „Ordnungspflichtigen" (verantwortlich nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz) feststellen. Wenn deren Personalien jedoch feststehen, reicht das völlig aus, dann ist nämlich geklärt, wer den Bußgeldbescheid bekommt und die anderen Anwesenden müssen nicht mehr belangt werden.

— Platzverweis - § 21 Abs. 1 PolG

Platzverweise dürfen ausgesprochen werden, wenn die Ruhestörung von einer Menschenmenge ausgeht. Denkt an den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz! Zuerst muss die Aufforderung zum „Leisesein" ergehen, dann die zum ins Haus gehen oder „Zerstreuen" .

— Betreten/Durchsuchen - § 25 PolG

Ob Haus oder Hof, die Polizei sollte auf Eurem privaten Eigentum nichts verloren haben. Dem solltet Ihr immer ausdrücklich widersprechen! Zugang zu öffentlich zugänglichen Betriebs- und Geschäftsräumen (dazu gehören auch öffentliche Vereinsräume, wobei unerheblich ist ob diese nun eine Bibliothek beherbergen, oder dem Aufenthalt inkl. Getränkeausschank an dienen.) ist nur während der Geschäftszeiten erlaubt. Anders bei Vereinsräumen, die nur von Vereinsmitgliedern genutzt werden dürfen (auch hier ist wieder egal, was diese darin so veranstalten) und bei Vermietung bzw. zur Verfügungstellung für eine private Veranstaltung, dann gilt das private Hausrecht des Veranstalters.

Nach dem PolG kann die Polizei eine Wohnung tagsüber betreten, wenn eine dringende Gefahr für ein wichtiges Rechtsgut, z.B. die Gesundheit besteht. Nachts (1.4. - 30.9. = 21Uhr – 04Uhr; 1.10. – 31.3. = 21Uhr – 06Uhr) darf sie das nur bei einer sogenannten gemeinen Gefahr, die potentiell auf eine große Anzahl von Menschen zutrifft (normalerweise fällt darunter

Betreff: gescheiterter Naziaufmarsch am 3.10.04 in Leipzig

Der EA bittet um Eure Mithilfe:

Du wurdest am 3.10. in Gewahrsam genommen?
Du hast eine Vorladung oder einen Strafbefehl bekommen?
Schreib ein Gedächtnisprotokoll und melde Dich beim EA.
Wir unterstützen Dich und vermitteln wenn nötig Rechtsanwälte.
Keine Aussagen bei Polizei und Justiz!

EA (Ermittlungsausschuss) - Bornaische Str.3d 04277 Leipzig
Telefon: 0341-2119313
Fax: 0341-3013269
EA-Leipzig@gmx.net
Öffnungszeiten: Do. 17:30 - 18:30 Uhr

Feuer, Wasser etc.). oder einer schweren Gesundheitsgefahr für einzelne Personen. Für eine Lärmbelästigung trifft das aus zwei Gründen eigentlich nicht zu: Zum einen ist eine Lärmbelästigung nur ab einer bestimmten Intensität eine schwere! Gesundheitsgefährdung. Da reicht nicht schon eine schlaflose Nacht. Lautstärke bzw. Frequenz müssen so unerträglich sein, dass es z.B. zu lebensgefährlichen Migräneanfällen oder Hörsturz bei der Nachbarschaft kommt. Zum Zweiten steht im sächsischen Polizeigesetz nichts von „Belästigung" - im Gegenteil zu Polizeigesetzen anderer Länder, wo die Belästigung neben der schweren Gesundheitsgefahr ausdrücklich Erwähnung findet.

Durchsucht werden kann die Wohnung, wenn sich a) eine Person in der Wohnung befindet, die in Gewahrsam genommen werden darf, oder sich b) Sachen in der Wohnung befinden, die beschlagnahmt werden dürfen.[2] Dafür bedarf es zwar eigentlich einer richterlichen Anordnung, aber „Gefahr im Verzug"....ihr wisst Bescheid...

Eine Hausdurchsuchung mit „Gefahr im Verzug „- Begründung geht also zum Einen dann, wenn jemand festgenommen werden soll. Wie schon erklärt: wegen der Ordnungswidrigkeit Ruhestörung kann niemand festgenommen werden (Bußgeldbescheid flattert ins Haus, Musik wurde leiser gedreht). Dass aber schnell mal ein Straftatbestand zusammengezimmert wird, wo keiner ist, hat der Fall in Braustrasse im letzten Jahr gezeigt. Da wurde aus dem Antippen eines Beamten, plötzlich ein Umstoßen und damit ein Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Also bei Diskussionen immer schön cool bleiben und genug Zeugen am Start haben. Am besten macht sich natürlich immer ein/e anwesende/r oder herbeigerufene/r Rechtsanwalt/in oder Abgeordnete/r.

Eine Hausdurchsuchung zum Zweck der Beschlagnahme der Anlage, setzt voraus, dass die Beschlagnahme an sich überhaupt rechtmäßig wäre. Deshalb ein kleiner Exkurs:

— Beschlagnahme § 27 PolG

Die Beschlagnahme muss zum Schutz des Einzelnen oder der Allgemeinheit vor einer bereits eingetretenen oder unmittelbar bevorstehenden Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (und dabei handelt es sich bei Lärmbelästigung) erforderlich sein. Hier spielt wiederum die Verhältnismäßigkeit eine große Rolle, denn schließlich handelt es sich bei der Beschlagnahme meiner Anlage unter Eindringen in meine Wohnung um nicht ganz unwesentliche Grundrechtseingriffe. Wenn die Musik nach der ersten Aufforderung ausgemacht wurde, kann die Anlage daher nicht beschlagnahmt werden! Auch bei mehrmaligen Aufforderungen lohnt es sich zu diskutieren. Denn : Bei einer Lärmbelästigung wird in der Regel je nach Größe, Ort und Zeitpunkt der Veranstaltung ein Bußgeld in Höhe von 100,00 – 500,00 € fällig (wobei laut Gesetz je bis zu 1000,00 € möglich sind, s.o.). Ungefähr soviel kostet es die BesitzerIn auch, wenn Hund nicht angeleint ist und auf die Strasse kackt. Dafür in privaten Wohnraum einzudringen (Privatsphäre Art. 13 GG) und privates Eigentum (Art. 14 GG) zu beschlagnahmen (das möglicherweise auch noch Schaden nimmt), steht in keinem Verhältnis zum Ziel der Maßnahme.

Ausserdem: wenn schon das Recht zum Betreten des Hauses zur Nachtzeit bei Lärmbelästigung äußerst fraglich ist (siehe oben), sind ungleich schwerere Eingriffe, wie Durchsuchung und Beschlagnahme erst recht unverhältnismäßig.

Diskutieren lohnt sich also auf jeden Fall, zumal ihr so Zeit schindet, um eventuell im Haus befindliche Sachen, die Ihr ungern der Schnüffelei der BeamtInnen anheim fallen lassen wollt, zu beseitigen. Denn im Falle einer Durchsuchung dürfen auch sogenannte Zufallsfunde verwertet werden, die Person der der Gegenstand zugeordnet wurde, muss also unabhängig davon, ob die Durchsuchung ihr/ihm galt, mit einem Ermittlungsverfahren rechnen. Was sich in Gemeinschaftsräumen oder auf Dachböden findet, ist im Zweifelsfall aber niemandem zuzuordnen.

— Wer trägt die Kosten? —

Bei einem größeren oder mehrmaligen Einsatz wird häufig gedroht, die Veranstalter müssten die Kosten des Polizeieinsatzes bezahlen. Bis dato sind uns diesbezüglich keine Fälle nach sächsischem Polizeigesetz bekannt, über kurz oder lang wird Sachsen jedoch versuchen ein Exempel zu statuieren. Auf die juristische Begründung darf mensch gespannt sein, denn das PolG enthält keine ausdrückliche Kostentragungspflicht in diesen Fällen. Eins steht jedoch fest: bei einem unverhältnismäßigen Polizeieinsatz besteht keinerlei Kostentragungspflicht, denn rechtswidrige Polizeimaßnahmen muss der Freistaat selber zahlen !

— Rechtsweg ja oder nein? —

Sollten derartige Bescheide zur Kostenübernahme des Polizeieinsatzes ins Haus flattern, empfiehlt es sich, ohne zu zögern zum EA bzw. zum Anwalt gehen. Ob Ihr den Rechtsweg beschreitet, könnt Ihr Euch nach eingehender anwaltlicher Beratung überlegen.

In jedem Fall solltet Ihr derartige Vorfälle öffentlich machen, mit Projekten reden, denen ähnliches passiert ist, Erfahrungen austauschen, Euch solidarisch aufeinander beziehen. Eine Kampagne gegen Polizeirepression kann ebenso überlegt werden, wie zukünftiges koordiniertes Vorgehen auf dem Rechtsweg.

Lasst Euch nichts gefallen!

[2] Was im Falle einer Hausdurchsuchung alles zu beachten ist, z.B. Anwesenheit von ZeugInnen, kein Öffnen privater Papiere etc. , könnt ihr in der Vielzahl schon veröffentlichter Rechtshilfebücher und- flyer nachlesen

...und Barbara Salesch gibt es doch

oder eine kleine Geschichte über einen unglaublichen Prozess

Siggi

Kurz zum Hintergrund der Ereignisse: Es war auf einer Geburtstagsfeier in der Braustraße 20 (B12) am 15.08.03. Auf der Suche nach einem Verantwortlichen der Feier, brachten zwei völlig überforderte Staatsdiener in Grün diese Feier zum Eskalieren. Beim Versuch in das Wohnprojekt einzudringen, gab es eine verbale Auseinandersetzung. Doch ist es nicht beim Verbalem geblieben. Ein in der Nähe sitzender Besucher wollte die Situation entspannen und mit einem neben ihm stehenden Polizisten reden und tippte diesen, um Aufmerksamkeit zu erhalten, am Arm an. Dabei wurde der Gast von dem Beamten vor den Brustkorb geschlagen, worauf dieser mit seinem Stuhl umfiel. Nach einen völlig überzogenen - aber für Leipzig scheinbar typischen - Polizeieinsatz mit ca. 50 Robocops, Hunden und einer Durchsuchung des Kultur- und Wohnprojektes B12 sind nun zwei Personen nachhaltig betroffen. Einer bekam eine Ordnungsstrafe an den Hals. Der vom Stuhl Gestoßene wurde mit einem Strafbefehl behelligt. Ihm wird „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" vorgeworfen. Ein Paragraf der besonders locker bei Polizeiübergriffen als Selbstschutz vor Anzeigen angewandt wird. Bei dem Geschlagenen wurde zusätzlich am gleichen Abend von 5 grünen Gladiatoren versucht, unerlaubt in die Wohnung einzudringen. Gegen diese Repressionen wurde nun gerichtlich vorgegangen. Am 13. April 2004 war dann im Amtsgericht Leipzig der Prozess gegen ihn. Das Polizeiopfer wurde nach §113 „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" zu einer Geldstrafe verurteilt. Eine Geschichte, wie sie oft passiert. Doch diese geht weiter.

Die 1. Verhandlung

Auf Grund des schroffen Tones der Richterin gegenüber dem Angeklagten und dessen Zeugen stand die Verhandlung von Anfang an unter einem eisigen Klima. Der Staatsanwalt, welcher sich lieber mit seinem Mobiltelefon beschäftigte, schenkte dem Prozessverlauf kaum Beachtung. Vermutlich war ihm diese Abwicklung schon aus vergangenen Verhandlungen bekannt. Das Desinteresse des Staatsvertreters und das Vibrieren des Telefons störte die Richterin ebenso wenig, wie die identischen Aussagen der beiden Polizisten. Dagegen hatte diese Frau grundlegende Zweifel an den „nicht identischen" Aussagen der Zeugen des Angeklagten. So waren nicht etwa genaue Details zur Tat an sich für die Richterin interessant, sondern nur unrelevante Fakten, wie diese: Wer kennt den/die Verantwortlichen der Party? - Oder - Können die Zeugen namentlich die ganzen Partygäste benennen? Trotz berechtigter Einwände der Verteidigerin des Angeklagten und offener Fragen – wie z.B. die Nennung einer genauen Körperregion, wo denn der Angeklagte den Polizisten angefasst haben soll und, wie es denn dem 2. Beamten möglich war, obwohl er mit einer in der Tür stehenden Person schwer beschäftigt war, die vorgeworfene Handlung zu sehen – verlief die Verhandlung ganz im Sinne der Richterin.

So vorurteilsbeladen der Prozess seitens der Anklage verlief, so endete er auch. Das Plädoyer der Richterin glich einer Moralpredigt statt einer Urteilsbegründung. Dem Angeklagten und dessen Zeugen warf die Juristin indirekt Lüge vor. Der Verurteilte war letztendlich für alles selbst verantwortlich gewesen. Für die Ruhestörung, für den nichtauffindbaren Verantwortlichen, für die armen „unterbezahlten Menschen" (O-Ton: Richterin), die mitten in der Nacht zu einem gefährlichen Einsatz fahren müssen. Und selbstverständlich auch für die Reaktion des Beamten. Schließlich stehe es niemanden außer der Polizei zu, einen Konflikt zu schlichten. Geschweige denn das Verhalten eines Polizisten in Frage zu stellen, so die Richterin.

Neue Energie wird gesammelt

Nachdem der juristische Schlag ins Gesicht der Gerechtigkeit verarbeitet war, entschlossen sich der Angeklagte und die Anwältin für eine Revision dieser Verhandlung. Gründe für eine Revision gibt es mehrere. Einerseits natürlich der haarsträubende Prozessverlauf an sich, mit seinen Unklarheiten und Widersprüchen, anderseits aber auch die Bedeutung, welche ein Polizeiübergriff für linke und subkulturelle Projekte hat. Die Meinungen über den Polizeieinsatz gehen auseinander. Die Beurteilungen schwanken von der Einschätzung, dass der Polizeieinsatz (k)einen politischen Hintergrund hatte, oder dass es ein zufälliges Ereignis war. Nur Eines ist klar: Vorfälle wie diese, sind Angriffe gegen eine linke Subkultur. Bewusst wurde gestürmt, um einen angeblichen kriminellen Charakter dieses Projektes zu fundamentieren. Unvorstellbar wäre diese Situation bei einer Grillparty von Oma & Opa. Ein fehlendes juristisches Gegensteuern würde, so die Meinung des Angeklagten, diese willkürlichen Auswüchse nur legitimieren. Es gilt auf allen Ebenen diese Zustände besonnen anzugreifen. Auch wenn nicht immer ein direkter Erfolg zu erzielen ist, so ist dennoch Widerstand ebenso auf dieser Ebene nötig. Es besteht nicht nur die Notwendigkeit, eine linksradikale Präsenz auf der Straße zu zeigen und eine gesellschaftskritische Auseinandersetzung in Theoriekreisen auszurichten. Die Linke muss auch die Möglichkeiten nutzen, welche diese Gesellschaftsordnung bietet.

Die Ruhe vor dem Sturm

Nun findet am 11.11.2004 um 09:00 Uhr die Revisionsverhandlung im Landgericht Leipzig (gegenüber Bundesverwaltungsgericht) statt. In Anbetracht der Tatsache, dass Repressionen Jede/n treffen kann und dieser Widerstand stellvertretend für alle linken Kultur- und Wohnprojekte geführt wird, sind dazu alle herzlich eingeladen, um dem Opfer moralisch beizustehen.

Infos zum Verhandlungstermin gibt es über Flyer in eurer Umgebung!

Radio Corax – Quo Vadis?

„No tears for Krauts" Halle

Am 22. September sollte in den Räumen des Freien Radiosenders „Radio Corax" in Halle eine Veranstaltung mit dem Titel „Widerstand im Irak" stattfinden. Als Referent war Klaus von Raussendorff geladen, als Veranstalter trat die DKP Halle/Merseburg auf. Der Vorstand von Radio Corax war von den Veranstaltern nicht über den Inhalt des Vortrags informiert worden. Nachdem er darauf aufmerksam gemacht wurde, distanzierte er sich von der Veranstaltung, wollte jedoch nicht als „Zensor" auftreten und die Veranstaltung absagen. Die AG „No tears for Krauts" und der AfA Halle riefen daraufhin zu einer „kritischen Begleitung" der Veranstaltung auf. Aufgrund der zahlreich erschienenen Antifaschisten konnte der Vortrag Raussendorffs nicht beginnen; Vertreter von „Radio Corax" entschieden sich, die Veranstaltung abzubrechen. Das unten dokumentierte Flugblatt der AG „No tears for Krauts" Halle wurde im Verlauf der Veranstaltung verteilt.

Am 22.September soll in den Räumen des Freien Radios „Radio Corax" in Halle die Veranstaltung „Widerstand im Irak" stattfinden. Organisiert wird diese von der DKP Halle/Merseburg. Die Veranstaltung findet im Rahmen eines „Aktionstages zum vierten Jahrestag der Intifada" statt. Dabei haben sich die Organisatoren etwas ganz besonderes ausgedacht. Nicht nur – wie in jedem Jahr – soll die Intifada in Israel glorifiziert werden, sondern auch dem „Widerstand" gegen die Besatzung im Irak soll hinreichend Raum gegeben werden.

Ein Blick auf die Organisatoren und den Referenten Klaus von Raussendorff verrät, was nach Betrachtung des Plakats zur Veranstaltung in Halle ohnehin klar sein müsste. Es geht um die Glorifizierung so genannter Widerstandsaktionen im Irak, besser bekannt als tägliche Terroranschläge vor allem auf amerikanische, britische, polnische usw. Truppen, irakische Polizeikräfte und diesen loyal gegenüberstehende Zivilisten oder Organisationen. Diese „Widerstandskämpfer", die sich vor allen aus Baathisten, Islamisten und Panarabisten rekrutieren, wollen eine Entwicklung jenseits von Diktatur und Gottesstaat mit aller Macht verhindern und vor allem eins: den USA und Israel als Repräsentanten westlicher Moderne empfindlichen Schaden zuzufügen.

Raussendorff, DKP und Co.

Raussendorff arbeitete über 30 Jahre lang verdeckt für die Staatsicherheit, brachte es bis zum Botschaftsrat im Auswärtigen Dienst und wurde erst mit dem Ende der DDR im Frühjahr 1990 als Doppelagent enttarnt. [1] Raussendorff ist einer der Erstunterzeichner einer Initiativgruppe „für die Freilassung aller palästinensischen politischen Gefangenen". [2] Dass es dabei kaum um Fahrraddiebe und Falschparker geht, sondern explizit auch um Terroristen von Hamas, Islamischem Jihad und Al-Aksa-Brigaden, versteht sich von selbst. Freiheit für all jene zu fordern, deren Anliegen die Vernichtung Israels und die Ermordung aller Juden ist, meint mit der antiimperialistischen Chiffrenforderung nach einem „gerechten Frieden" nichts anderes, als das Absprechen der Existenzberechtigung des jüdischen Staates. Doch Raussendorff hat noch mehr zu bieten, als die Unterstützung palästinensischer Antisemiten und Attentäter. So ist der Herausgeber der „Antiimperialistischen Korrespondenz" (AIK) [3] und Kämpfer für die Freiheit Slobodan Milosevics [4] einer der maßgeblichen Initiatoren bzw. Unterstützer der Kampagne „10 Euro für den irakischen Widerstand". Deutsche, italienische und österreichische Antiimperialisten sammeln dabei Geld zur Unterstützung der „Irakischen Patriotischen Allianz" (IPA). Diese führt seit dem formalen Sieg der US-Army über die irakische Diktatur Saddam Husseins Terrorakte gegen US-Soldaten und deren Unterstützer durch. Jabbar al-Kubaysi, Präsident der IPA, antwortete auf die Frage nach Zivilisten, die solchen Terrorakten zum Opfer fallen: „Alle Formen des Widerstandes sind legitim. Es kann nur vermutet werden, dass dahinter der amerikanische oder israelische Geheimdienst steht." [5] Al-Kubaysi war bereits seit 1963 Mitglied der Baath-Partei und am ersten Putsch Saddam Husseins beteiligt. Dabei war er Mitglied einer Miliz, die innerhalb einer Woche 17.000 Menschen abschlachtete, darunter 5.000 Kommunisten. [6]. Ein hoher Funktionär der IPA, Awni al Kalemj, früher enger Vertrauter Saddam Husseins meint, dass, „wenn man die Besatzer schlagen will, [es] nur einen Weg [gebe], einen Guerillakrieg, den bewaffneten Kampf". [7] Die IPA bekennt sich offen dazu, dass ihre Ziele nicht nur Soldaten und Repräsentanten der Besatzungsmächte seien, sondern alle, die mit ihnen kollaborieren.

Raussendorffs AIK ist ein Querfrontprojekt, das rechten wie linken Antisemiten Tür und Tor öffnet. Zum Thema

[1] Klaus Eichner, Gotthold Schramm (Hg.): Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich, Berlin 2003.

[2] Vgl. www.freepalestine.de.

[3] Vgl. www.aikor.de.

[4] Vgl., in: Jungle World Nr. 40 (2004).

[5] Vgl. www.8ung.at/dfg-vk-duisburg/kubafl.html.

[6] Ivo Bozic: „Mindestens eine viertel Kalaschnikow", in: Jungle World Nr. 52 (2003).

[7] Ders.: „Jihad als Bewegung", in: Jungle World Nr. 17 (2004).

[8] Vgl. www.aikor.de/info/03040901.pdf.

[9] Vgl. www.aikor.de/info/03040907.pdf.

[10] Ebd.

[11] Vgl. Ivo Bozic: „Die deutsche Baath-Partei".

Israel – und nichts anderes ist hier zu erwarten – reproduziert das Blatt die üblichen antizionistischen Klischees: Raussendorff spricht in einem Artikel vom „Besatzungsterror Israels in Palästina", behauptet, die israelische Armee werde für die „Massenvertreibung [der Palästinenser] gedrillt" und erklärt, Israel plane die „Vernichtung der Palästinenser als Nation". [8] Darüber hinaus werden in der AIK auch Texte anderer Israelfeinde dokumentiert. So darf sich eine Autorin auf der Homepage der AIK z.B. darüber beschweren, dass Deutschland mit der „Auschwitz-Keule" erpressbar bleibt [9] und Verschwörungstheorien wiedergeben: Die Kooperation zwischen Israel und den USA, so wird erklärt, „wurde erheblich dadurch begünstigt, dass immer mehr jüdische Hardliner in den USA wichtige Positionen inne haben. Obwohl häufig gegenüber jüdischen Beamten und Politikern der Vorwurf der Doppelloyalität erhoben wird, sehen vor allem die Scharfmacher unter ihnen keinen echten Widerspruch zwischen den israelischen und US-Interessen." [10]

Das alles wissen die brennenden Antizionisten der DKP Halle/Merseburg und deren krudes Umfeld aus ATTAC, FAU und wie sie alle heißen ganz genau. Dicht geschlossen sind die Reihen jeden Montag, wenn es heißt, dem Volkszorn gegen „die da oben" Ausdruck zu verleihen und sich für und mit dem Volk revolutionär zu fühlen. Extra nach Berlin fährt man, um zusammen mit Nazis und Islamisten einer israelsolidarischen Demonstration Angst einjagen zu wollen. Da stört weder Intifada-Gebrüll noch der erhobene rechte Arm einiger Wahnsinniger. Das Volk muss eben zusammenhalten, der Hass auf die „westliche Dekadenz", auf Luxus und individuelle Freiheit eint DKP, AIK, IPA, Raussendorff und Co. Damit stehen diese im Übrigen nicht allein. Nach einer Umfrage des NDR Magazins „Panorama" finden 26 Prozent der Deutschen, dass es sich bei Terroranschlägen um „legitimen Widerstand" handelt. [11] Radio CORAX scheint dabei nicht abseits stehen zu wollen.

Nation Europa

Mark Schneider (BgR)

Das BGR Leipzig und der Antifaschistische Frauenblock Leipzig (AFBL) tourten mit einer Infoveranstaltung über die europäische Identitätsbildung und den linken Anteil daran durch über 15 Städte – dabei kamen mehr Personen zusammen als bei der Demonstration am 24. Juli 2004 in Leipzig, die Teil der Kampagne „Die neue Heimat Europa verraten"[1] war. Im folgenden dokumentieren wir eine leicht überarbeitete Fassung eines Referats von der Infotour, welches sich mit der Frage auseinandersetzt, ob man im Zusammenhang von Europa von einer Nationsbildung sprechen kann und wenn ja, wie weit diese schon vorangeschritten ist.

In der Unterzeile zur Kampagne heißt es „Gegen die Kollaboration mit der europäischen Nation". Wir wurden schon darauf hin angesprochen, dass es albern sei, Inhalte einem Reim zu opfern. Dass sich dieser Spruch reimt, war uns allerdings bis dahin gar nicht aufgefallen, vielmehr ist es uns durchaus ernst, wenn wir von „europäischer Nation" sprechen. Nun wollen wir allerdings weder behaupten, dass die Nationswerdung Europas schon abgeschlossen sei, vielmehr befindet sie sich gerade an ihrem Anfangspunkt. Noch sind wir der Meinung, dieser Prozess laufe genauso ab, wie die Nationswerdung der europäischen Staaten in den letzten Jahrhunderten. Nun mögen einige einwenden, von einer „europäischen Nation" könne schon deswegen keine Rede sein, weil ja erstens in Europa die einzelnen Nationen fortbestehen sollen und zweites allerorten betont wird, dass gerade die europäische Einigung kulturelle Unterschiede auf nationaler und regionaler Ebene erst erfahrbar mache und damit sogar noch vertiefe. Beide Feststellungen sind an sich richtig, taugen jedoch nicht wirklich als Einwand, was deutlich wird, wenn man sich vor Augen hält, dass die Existenz von Bundesländern innerhalb der BRD, aber auch von regionaler Heimatliebe und Ossi-Patriotismus der deutschen Nation keineswegs im Wege stehen.

Es macht also Sinn, die Elemente, die – historisch betrachtet – bei der Nationalstaatsbildung eine wichtige Rolle gespielt haben und auch heute noch konstitutiv für jede Nation sind, unter die Lupe zu nehmen und zu prüfen, welche Analogien bezüglich der Europäischen Union bestehen.

Grundvoraussetzung einer Nation ist ein festgelegter **geographischer Raum**, der nicht nur auf Landkarten verzeichnet ist, sondern dem die Menschen auch gewisse Gefühle entgegenbringen (Vaterland, Mutterboden, Landschaften etc.). Die Länder der europäischen Union – auch wenn in bestimmten Abständen neue hinzukommen – bilden diesen Raum. Und ca. 50% der deutschen Jugendlichen gaben in einer Umfrage an, dass sie mit Europa vor allem die geographische Lage verbinden (diese war damit genauso wichtig für ihr Europagefühl wie der Euro und die „kulturellen Werte" Europas).[2]

Die **Außengrenzen** um diesen Raum sind wiederum nicht nur beliebige Linien auf einer Karte, sondern konstituieren ein homogenes Innen und ein als fremd und bedrohlich wahrgenommenes Äußeres. Damit werden die Grenzen nicht nur zu Institutionen, an denen bestimmte Politiken vollstreckt werden (Grenzkontrollen gegen Ein- und/oder Ausreise, Kriminalitätsbekämpfung, Zollerhebung), sondern sie verankern sich gleichsam in den Köpfen der Menschen. Für Europa lässt sich konstatieren, dass gerade in diesem Bereich die Entwicklung weit vorangeschritten ist: Eines der wichtigsten Projekte der EU ist die Grenzabschottung (Schengener Abkommen) und die Kriminalitätsbekämpfung (Europol). Verbunden ist dies mit gesamteuropäischen und ständig präsenten Diskursen über die Bedrohung durch Schleuserkriminalität, Drogenhandel und Terrorismus, die nur mittels der Festung Europa in Schach gehalten werden könnte.

Eine Nation verfügt über **zentrale Institutionen**, die das politische und gesellschaftliche Leben regeln. Die EU hat eine eigene Regierung, ein Parlament, eine Justiz, eine Zentralbank, eine Polizei und eine Armee, verfügt über einen eigenen Haushalt und kann Gesetze erlassen.[3]

Desweiteren zeichnet sich eine Nation durch einen **homogenen Wirtschaftsraum**, innerhalb dessen z.B. keine Zölle erhoben werden und ein einheitliches Zahlungsmittel existiert, und eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, die für einen gewissen Ausgleich innerhalb der Nation sorgt, aus. Dieser Prozess ist innerhalb der EU, da einer der wichtigsten Triebkräfte der ersten Jahrzehnte, sehr weit vorangeschritten und fand seinen vorläufigen Höhepunkt mit der Einführung des Euro.

Das **Militär** wurde früher als Schule der Nation bezeichnet – dies zu Zeiten, als die allgemeine Wehrpflicht dafür sorgte, dass alle Männer der Nation zu dienen haben. Dies ist inzwischen aufgrund der militärtechnischen Entwicklung obsolet geworden – sowohl innerhalb der europäischen Nationen[4] als auch für Europa selbst. Nichtsdestotrotz spielt das Militär weiterhin eine wichtige Rolle für jede Nation – und auch die EU versteht sich von Beginn an auch als militärisches Bündnis, welches sich jetzt daran macht, eigene und unabhängige Streitkräfte aufzustellen.

[1] Aufruf und weitere Texte zur Kampagne: www.nadir.org/bgr

[2] Daniel Fuß: Jugend und europäische Identität, Resultate aus einem internationalen Forschungsprojekt, S. 11, www.fes-online-akademie.de

[3] Die genauen Aufgaben dieser und weiterer Institutionen wurden inzwischen in der europäischen Verfassung fixiert.

[4] Die BRD ist eines der letzten Länder innerhalb der EU, welches bislang noch an der Wehrpflicht festhält.

In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass Nationen sich eben nicht nur durch eine Innenpolitik über den eigenen Raum definieren, sondern die **Außenpolitik** ebenfalls von großer Bedeutung ist. Mit dem Ende des Kalten Krieges kann die EU die schon lange gehegten außenpolitischen Ambitionen umsetzen. Gerade der nun fertig gestellte Verfassungsentwurf räumt der Union weitreichende außenpolitische Kompetenzen ein, die de facto einen umfassenden Souveränitätsverlust der einzelnen europäischen Staaten nach sich ziehen. Dies weckt allerdings keine Ängste bei den europäischen BürgerInnen, ganz im Gegenteil: Die geplante gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erzielt mit 75% höchste Zustimmungswerte verglichen mit den anderen europäischen Projekten.[5]

Diese sechs Punkte wurden seit den 50er Jahren schrittweise durch EU-Bürokratie durchgesetzt. Sie sind zwar notwendige Bedingung für jede Nationalstaatsbildung, jedoch alleine nicht hinreichend. Die staatliche Regulation über den gesamten Raum muss gepaart werden mit einer „Nationalisierung der Massen", damit diese sich selbst als BürgerInnen der Nation ansehen und entsprechend verhalten.[6] Es kommen also noch weitere Elemente hinzu, auf deren Umsetzung innerhalb Europas ich erst nach der Aufzählung zu sprechen komme:

Als erstes sei die Konstruktion einer stringenten **Nationalgeschichte** genannt. Die Nation verfügt nicht nur über Ursprungsmythen, die möglichst Jahrtausende zurückliegen, sondern hat sich seitdem in einer wechselvollen Geschichte schicksalhaft zu genau dem entwickelt, was sie heute darstellt. Historische Ereignisse werden dabei erfunden, umgedeutet oder vergessen – und der eigenen Nationalgeschichte zugeordnet oder eben einer anderen.
Je nach Ausrichtung versteht sich eine Nation eher als völkische **Blutsgemeinschaft**, definiert sich also über vermeintlich biologisch-"rassische" Kriterien, oder mehr als **Wertegemeinschaft**, die sich auf eine gemeinsame Verfassung, politische Vorstellungen und Kulturleistungen beruft. Beide Konzepte, so sehr sie sich auch unterscheiden, sind mit einem Überlegenheitsgefühl gegenüber anderen Nationen verbunden, die entweder qua ihrer Gene oder aufgrund mangelnder Zivilisation minderwertig sind.
Die Nationalgeschichte und die Gemeinschaft wird mittels **öffentlicher Kulte**, Nationalfeiertage und anderer Feste zelebriert. Aber auch Denkmäler oder öffentliche und familiäre Geschichtserzählungen spielen eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von gemeinsamer Tradition und Identität. Diese werden oft aber auch durch abstrakte **Symbole** repräsentiert, genannt seien Fahnen und Hymnen, Trachten und Uniformen, Zahlungsmittel und Briefmarken etc.
Eine Nation, die Staatsform erlangt hat, verleiht ihren BürgerInnen die **Staatsbürgerschaft**, die sich nicht nur im Ausstellen eines Passes ausdrückt, sondern mit weitreichenden Rechten und Pflichten verbunden ist.
Neben den ganz oben genannten staatlichen Institutionen verfügt jede Nation über eine öffentliche Sphäre, eine **Zivilgesellschaft**, die sich in Kegelvereinen oder Skatrunden, Stadtteilinitiativen oder der Umweltbewegung, in der Zeitungsredaktion oder am Stammtisch organisiert. Gemeinsam ist dieser lockeren Form der Vergesellschaftung, die staatliche und quasi-staatliche (Bildungseinrichtungen wie Schulen) Formen ergänzt, nicht nur das Agieren innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens, sondern die Affirmation und Reproduktion der Nation. Nicht zu vergessen sei in diesem Zusammenhang auch die Familie als die „Keimzelle der Nation."
Unabhängig davon, ob es ein völkisches oder kulturelles Verständnis von Nation gibt, verfügt jede Nation über eine eigene **Kultur** und eine **Sprache**.[7] Andere Sprachen werden als Dialekte eingegliedert und der Hochsprache angeglichen, oder aber als Minderheitensprache marginalisiert. Die Nationalkultur (Literatur, Musik) ist oft eng mit der Sprache verknüpft.
Keine Nation kommt letztendlich ohne **Feindbilder** aus. Die mutmaßlichen Feinde werden sowohl im Inneren als auch außerhalb des eigenen Raumes verortet. Die Feindbilder haben nicht nur die Funktion der Abgrenzung gegenüber anderen Nationen, sondern auch der eigenen Unterwerfung unter die nationalen Interessen – dabei zu unterdrückende Wünsche werden gleichsam auf die „Anderen" projiziert und damit abgespalten.

Auch die Durchsetzung dieser neun Punkte lässt sich teilweise seit Beginn der 50er Jahre beobachten. Allerdings, dies dürfte deutlich geworden sein, handelt es sich um Entwicklungen, die sich im Gegensatz zu den oben genannten sechs Punkten nur schlecht oder nicht ausschließlich per Dekret verordnen lassen. Der erste offizielle Versuch, eine europäische Identität zu begründet, stammt aus dem Jahr 1973. Damals verabschiedeten die damaligen neun EG-Staaten ein entsprechendes Papier, in dem in 21 Thesen die kulturelle Überlegenheit Europas gegenüber der restlichen Welt begründet sowie weltpolitische und gegen die USA gerichtete Ansprüche daraus abgeleitet werden.[8]
Allerdings blieb dieses Dokument sowie weitere Bestrebungen bis in die 90er Jahre ohne große Erfolge. Eine europäische Identität – dies beweisen alle Meinungsumfragen – bildete sich zwar langsam heraus; dieser Prozess hielt aber nicht Schritt mit der rasanten Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Einigung. Nach 1989 wurde das Problem akut. Die EU wollte und konnte ab diesem Zeitpunkt mehr sein, als ein loser Staatenbund, der über eine gemeinsame Freihandelszone verfügt. Die Union wurde zu einer Supermacht auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet, zu einem weltpolitischen Akteur, der der USA Paroli zu bieten gedenkt. Und die Union konnte gen Osten – der „Eiserne Vorhang" war gefallen – expandieren. Das beständige Fortschreiten des europäischen Einigungsprozesses führte aber auch unabhängig davon zu einer Nivellierung nationalstaatlicher Besonderheiten innerhalb der EU und zu einem Souveränitätsverlust der Staaten gegenüber der EU. Diese Entwicklung wird besonders jetzt sichtbar bei der Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips und der Etablierung einer ge-

[5] Eurobarometer 61, Frühjahr 2004. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, S. 10 f., http://europa.eu.int/comm/public_opinion

[6] Vgl. George L. Mosse: Die Nationalisierung der Massen. Von den Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich, Campus: 1993

[7] Wenige Ausnahmen – Länder mit mehreren Amtssprachen – bestätigen die Regel...

[8] „Die Europäische Identität". EG-Dokument der Konferenz von Kopenhagen. In: Heiko Walkenhorst: Europäischer Integrationsprozeß und europäische Identität. Die politische Bedeutung eines sozialpsychologischen Konzepts, Nomos: 1999, S. 291-295

meinsamen Außenpolitik. Die europäischen Staaten können ihre eigenen Interessen innerhalb der EU nicht mehr per Veto durchsetzen – und das zu einem Zeitpunkt, wo die EU ihnen außen- und innenpolitisch in vielen Bereichen die Zügel aus der Hand nimmt.

Dieser Prozess erlangt nur durch die Herausbildung einer europäischen Identität die notwendige Stabilität. Bislang waren es die BürgerInnen gewohnt, sich ihren nationalen Gesetzen zu unterwerfen, für das Volk auf eigene Interessen zu verzichten und auch mal den Gürtel enger zu schnallen, Steuern an den Staat abzuführen und als Soldaten notfalls auch für ihn zu sterben. All dies fordert nun im zunehmenden Maße die EU von den EuropäerInnen ein.

So verwundert es nicht, dass in den letzten Jahren eine massive identitätspolitische Offensive bezüglich Europa im Gang ist. Diese wird allerdings nicht nur von oben verordnet (so wie es z.B. zur Absicherung der Osterweiterung durch die deutsche Bundesregierung geschah, die damit auf die rassistischen Bedenken innerhalb der deutschen Bevölkerung reagierte), sondern wird von verschiedensten AkteurInnen getragen, zu denen auch die Linke gehört.[9] Es kann also konstatiert werden, dass die Herausbildung einer europäischen Identität inzwischen zu einem Selbstläufer geworden ist.

Wie weit dies inzwischen vorangeschritten ist, lässt sich u.a. daran erkennen, dass selbst gesellschaftliche Gruppen, die den nationalen Rahmen eigentlich ablehnen, ihre Forderungen nur noch innerhalb dieses Rahmens vorzutragen wissen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Kampagne „Europa in schlechter Verfassung" der linken, europakritischen und antimilitaristischen Organisationen Informationsstelle Militarisierung e.V.[10] und DFG-VK[11]. Im Rahmen dieser Kampagne verteilten die Organisationen eine Postkarte, die an das Bundeskanzleramt zu schicken sei. Mit dieser Karte wird der Bundeskanzler Schröder aufgefordert, „sich mit uns für einen neuen EU-Verfassungsentwurf einzusetzen ... der die Vision einer demokratischen, sozialen und zivilen Europäischen Union erfüllt". Dies sei allerdings nur unter „Einschluss sozialer, emanzipatorischer Bewegungen" möglich. Wie absurd dies ist, wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass eine antinationale Linke auch nie für das „bessere Deutschland" eingetreten ist und alle soziale Bewegungen, die nicht gegen Deutschland agierten, sondern nur ihre eigene Kreativität für Deutschland einbringen wollten, beinahe binnen Jahresfrist mit Beamtenstellen, Parlamentssitzen oder im schlimmsten Fall Sozialarbeiterjobs auf ABM-Basis belohnt wurden.

Ich möchte nun im folgenden kurz anreißen, wie der Stand der europäischen Entwicklung bei den oben aufgezählten neun Elementen, die für eine „Nationalisierung der Massen" sorgen, ist.

Am deutlichsten ist wohl die Forcierung **geschichtspolitischer Diskurse** in den letzten Jahren. Es vergeht kein Tag, an dem nicht ein Zeitungsartikel zu dem Thema erscheint oder eine Veranstaltung dazu durchgeführt wird. Jeder, von den diversen MinisterInnen über den Staatsphilosophen Habermas und der Volontärin in der Regionalzeitung bis hin zum Stammtisch oder der lokalen amnesty international-Gruppe hat sich schon dazu geäußert. Alle Äußerungen hier aufzuzählen, würde mehr Raum einnehmen als die mehr als 300-seitige europäische Verfassung, die reichlich Geschichtsmystik zu bieten hat. Deswegen sei nur ein prägnantes Beispiel erwähnt. In der Zeitschrift der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) „Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte"[12] schafft es ein Autor unter dem Titel „Friedensmacht in einer multipolaren Weltordnung" auf nur fünf Seiten die europäische Geschichte in diversen historischen Ereignissen zu verankern. Er nennt den 30jährigen Krieg, die Geschichte der Aufklärung, die Demokratie, „Kriegsgewalt und Werte des friedlichen Zusammenlebens", das kulturelle Erbe, den demokratischer Wandel im Osten, aber auch den Jugoslawienkrieg, sowie „Erinnerung, die uns trennte bevor sie uns verband: Menschheitskatastrophe des Völkermords", daneben noch den Kolonialismus und die Diktaturerfahrung im Dritten Reich sowie in der Stalinzeit. Andere Quellen erwähnen außerdem noch die Antike und das Christentum. Europa hat auf diesem Gebiet sogar einen entscheidenden Standortvorteil gegenüber den einzelnen Nationalstaaten, blicken diese eigentlich nur auf eine kurze Geschichte zurück, so kann Europa Jahrtausende für sich reklamieren, in dem es einfach alles, was in Europa passierte, unter den Begriff der europäischen Geschichte subsumiert.

Die europäische **Wertegemeinschaft** entsteht in diesem Selbstbild zwangsläufig aus der Geschichte. Europa, so die Argumentation, habe nämlich aus seiner Geschichte gelernt. Dieser Lernprozess sei anderen Supermächten verwehrt geblieben, weil sie entweder geschichtslos seien wie die USA oder aber über keine glorreiche und vielfältige Geschichte verfügten, wie es z.B. in China der Fall wäre. Europa hingegen sei wegen seiner Geschichte zivil und sozial. Ausdruck davon ist die Friedensmacht Europa und die europäische Friedensbewegung, der europäische Sozialstaat und der Anspruch, der ganzen Welt, Wohlstand und Glück zu bringen. Letzterem Ziel habe sich zwar auch die USA verschrieben, jedoch scheitern sie zwangsläufig an dessen Verwirklichung, weil sie zu brutal und arrogant agierten. Europa hingegen wisse aufgrund der vielen Kriege, die aus nationaler Borniertheit entstanden seien, dass die Vielfalt der Völker und Kulturen zu respektieren sei. Dialog statt Krieg, Toleranz statt Globalisierung – das sind die europäischen Werte. Wer mehr dazu wissen will, abonniere sich eine Tageszeitung. Billiger und zeitsparender ist allerdings die Lektüre der Präambel der europäischen Verfassung,[13] die diese Werte mustergültig definiert. Dort ist dann u.a. die Rede davon, dass Europa für die „Ärmsten und Schwächsten" da sei. Die Frage, ob sich in Europa eine Volksgemeinschaft oder Wertegemeinschaft herausbilden wird, lässt sich dahingehend beantworten, dass es sich bei Europa selbst um eine Wertegemeinschaft handelt. Mal abgesehen davon, dass biologistische Argumentationen un-

[9] Zum Anteil der Linken an der europäischen Identitätsbildung gab es ein weiteres Referat, was eventuell an anderer Stelle veröffentlicht wird. Siehe dazu auch: www.phase-zwei.org, www.nadir.org/bgr.

[10] www.imi-online.de

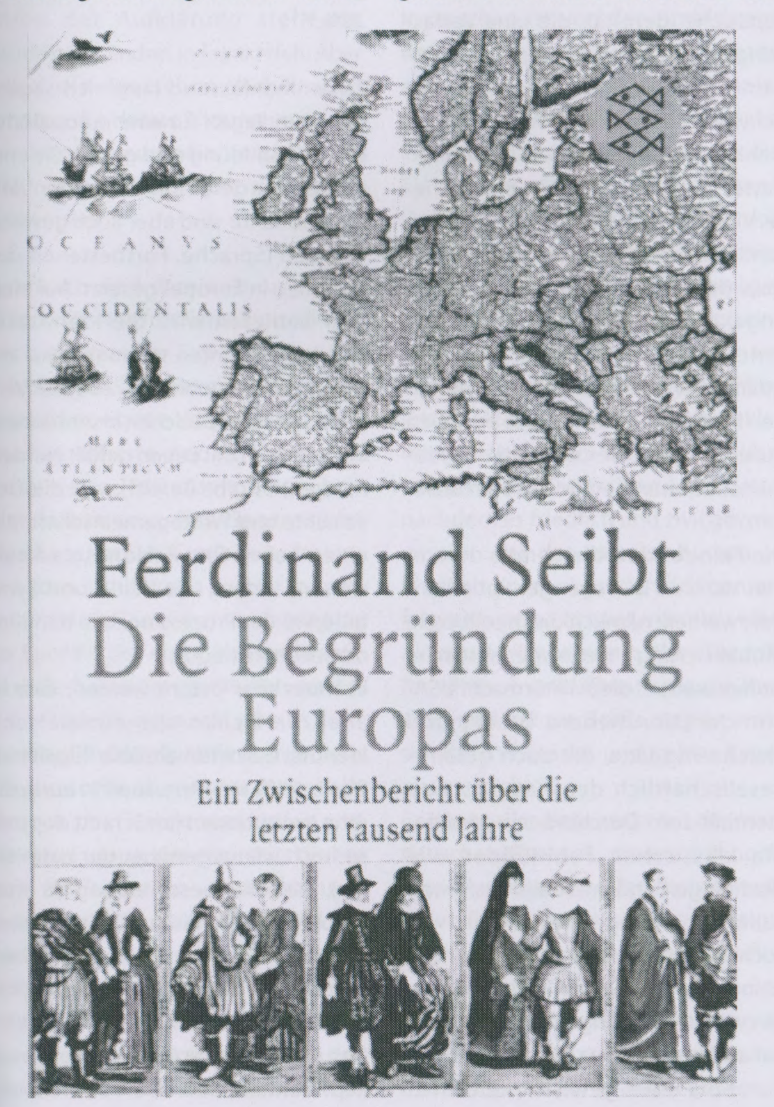
[11] www.dfg-vk.de

[12] Ausgabe 1+2/2004, Schwerpunkt: EU 2004 – Erweiterung ohne Verfassung, S. 34-39, www.frankfurter-hefte.de

[13] http://ue.eu.int/igcpdf/de/04/cg00/cg00086.de04.pdf, Siehe auch Mark Schneider: Wir Europäer. Der identitätsstiftenden Bedeutung der Europäischen Verfassung hat die Linke bislang keine Aufmerksamkeit geschenkt, Jungle World 31/2004, S. 13, www.jungle-world.com

modern geworden sind und aufgrund der NS-Rassenpolitik nach 1945 nachhaltig diskreditiert wurden, wäre es auch schwierig, an solche Konzepte im europäischen Rahmen anzuknüpfen. Die rassistisch begründete Überlegenheit bezog sich immer auf die eigene Nation (Aussehen, Sprache) oder die weiße (arische, nordische) Rasse in ihrer Gesamtheit. Beides ist für Europa nicht praktikabel. Innerhalb von Europa und durch Europa jedoch erlangen völkische Diskurse eine gewisse Konjunktur. Diese dienen jedoch nur über einen Umweg der europäischen Identitätsbildung. Indem nämlich Europa völkische Unterschiede respektiert und fördert, beweist es sich als Wertegemeinschaft, die einen vermeintlich fortschrittlichen Umgang mit Völkern und Kulturen pflegt.

Obwohl der geschichtspolitische und Werte-Diskurs im Moment gerade recht ausgeprägt ist, blickt er nur auf eine kurze Geschichte zurück und wurde deswegen bislang kaum in **Kulten** und **Feiern** institutionalisiert. Zelebriert wird Europa in den Medien und bei Feiertagen, wie dem D-Day, die eigentlich eine andere Geschichte haben, jedoch für Europa instrumentalisiert werden. Eine Ausnahme stellen die Feiern zur Osterweiterung dar, die in den meisten Ländern sehr intensiv und unter großer Beteiligung begangen wurden. Bedeutende europäische Denkmäler gibt es nicht. In der europäischen Verfassung wurde ein europäischer Feiertag, der 9. Mai, festgeschrieben – ob er eine gewisse Bedeutung erlangt, wird die Zukunft zeigen. Wer jedoch die europaweiten Friedensdemonstrationen und Sozialforen als Manifestation europäischer Identität begreift, kann – im Wissen über historische Vorläufer, z.B. die Burschenschaftsbewegung in Deutschland – erkennen, dass es diese Feiern von unten jetzt schon gibt, und deswegen auch darüber spekulieren, dass der 15. Februar, der Tag der großen Friedensdemos, dem 9. Mai den Rang als europäischen Feiertag streitig machen wird.



Ähnlich verhält es sich mit den europäischen **Symbolen**. Die offiziellen Symbole, die jetzt auch in der Verfassung verankert wurden (Fahne, Motto: „In Vielfalt geeint", Hymne, Währung etc.), haben bislang ihr identitätsstiftendes Potential noch nicht entfalten können. Zwar hängt die Europafahne schon in manchem Schrebergarten und nicht nur vor öffentlichen Gebäuden, zwar genießt der Euro inzwischen breite Akzeptanz – an die Deutschlandfahne und die D-Mark langt es allerdings noch lange nicht heran. Auch in diesem Fall kann konstatiert werden, dass die vermeintlich dissidenten europäischen Symbole (Friedenstaube etc.) bislang eine größere Integrationskraft bieten.

Die europäische **Staatsbürgerschaft** ist Praxis – da sie jedoch die nationale nicht ersetzt, sondern ergänzt, ist auch sie bislang kein wichtiges Element einer europäischen Identitätsbildung. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt allerdings die damit verbundene Reise- und Niederlassungsfreiheit. Vor allem junge Menschen orientieren sich nicht nur touristisch, sondern auch arbeitsmäßig auf Europa.

Über eine europäische **Sprache** verfügt Europa nicht. Gegen die vermeintliche Dominanz des Englischen wehren sich die anderen Länder vehement – dabei wird weniger der britische Einfluss befürchtet, sondern der „amerikanischen Kulturindustrie" der Kampf angesagt. Frankreich ist der Vorreiter im Kampf gegen die Amerikanisierung der Sprache, der mittels Gesetzen und Quoten für englischsprachige Musik im Radio ausgetragen wird. Die Versuche Deutschlands, der eigenen Sprache in Europa mehr Gewicht zu verleihen bzw. gar zur europäischen Sprache zu machen, bleiben wohl – so ist zu hoffen – ebenfalls erfolglos. Obwohl es also besonders auf diesem Gebiet aussichtslos aussieht, gibt es auch bezüglich einer europäischen Sprache Bemühungen. In der schon oben erwähnten Zeitschrift der Friedrich-Ebert-Stiftung ist davon die Rede, dass Europa über drei Sprachfamilien (romanisch, germanisch, slawisch) verfüge, die gleichberechtigt nebeneinan-

der stehen müssen, damit darauf ein „eurogemeinsamer kulturwissenschaftlicher Bildungskanon"[14] aufbauen könne. An anderer Stelle ist davon die Rede, dass die „Sprache Europas die Übersetzung"[15] sei.
Damit verbunden ist das Problem einer europäischen **Kultur**. Im Rahmen der Wertegemeinschaft ist zwar viel von dieser die Rede, dies geschieht aber rein appellativ. Von einer Nationalkultur in Europa kann keine Rede sein. Im Gegensatz zum Sprachproblem dürfte aber eine europäische Kultur beträchtliche Entwicklungschancen besitzen. Es wird zwar noch Jahre dauern, bis sich über einen Literaturnobelpreis für eine italienische Schriftstellerin auch die Deutschen mehrheitlich freuen, in Abgrenzung zu anderen Kulturen werden die Werke aus europäischen Ländern jedoch zunehmend einen besseren Stand haben. Interessant dürfte in diesem Zusammenhang vor allem die Entwicklung auf dem Filmmarkt sein. Dort geht es am deutlichsten gegen die amerikanischen Einflüsse aus Hollywood; da sind auch die meisten Bestrebungen zu erkennen, einen europäischen Filmmarkt zu schaffen. Symptomatisch dafür steht der Erfolg von „Good bye, Lenin" in Europa und der Misserfolg des Films in den USA – in der FES-Zeitschrift heisst es dann diesbezüglich: „Man sollte beginnen, über die Europäisierung Deutschlands nicht mehr als Projekt, sondern als Tatsache zu sprechen", da der Film ein „kulturelles europäisches Wir-Gefühl"[16] biete.
Die Verankerung einer europäischen Identität durch die **Familie** oder in der **Schule** mag auf den ersten Blick wenig plausibel erscheinen. Es gibt bislang wenig binationale Familien und die Bildungspolitik liegt weiterhin in der Hoheit der einzelnen Länder. Allerdings steht dies einer Vermittlung einer europäischen Identität nicht im Wege, sobald die jeweiligen Individuen (Eltern, LehrerInnen etc.) diese teilen. Da schon jetzt der Mehrzahl die europäische Identität wichtiger als die jeweilige nationalstaatliche ist[17], ist davon auszugehen, dass Familie und Schule automatisch zu wichtigen Vermittlungsstellen einer solchen Identität werden. Dies wird durch flankierende bildungs- und jugendpolitische Maßnahmen verstärkt. Seit Jahren floriert der europäische Jugendaustausch, die EU finanziert eine Unmenge von Jugendprojekten, europapolitische Themen halten Einzug in den Lehrplan. Erst kürzlich trafen sich die Kultusminister Frankreichs und Deutschlands, um die Erstellung eines gemeinsamen europäischen Geschichtslehrbuches zu verabreden.[18] Es ist kein Zufall, dass sie bei der Vereinheitlichung nicht mit dem Physikbuch anfangen – geht es doch gerade im Geschichtsunterricht darum, nicht nur gemeinsames Wissen zu vermitteln, sondern – auf der inhaltlichen Ebene – eine gemeinsame Geschichte festzuschreiben.
Andere Bereiche der **Zivilgesellschaft** spiegeln allerdings nicht nur den Stand der Identitätsbildung wieder, sondern treiben diese aktiv voran. Da diskutiert die Kirchengemeinde Neuruppin in einer Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Gibt es eine europäische Identität, die eine Verfassung für 25 Nationen trägt?" gemeinsam mit dem Bundesgrenzschutz Schwedt.[19] Dass diese Veranstaltung sicherlich nur wenig BesucherInnen hatte, spricht nicht gegen meine These. Vielmehr ist diese kleine unbedeutende Kirchengemeinde Beweis dafür, dass das Thema Europa ganz unten angekommen ist – bzw. sogar von unten ausgeht. Wer sich eher von quantitativen Argumenten überzeugen lassen will, mag sich die positiven Europabezüge bei den Friedensdemonstrationen und Sozialforen ansehen.
Die **Feindbilder**, die gerade dort, in den sozialen Bewegungen, popularisiert werden, nämlich die „neoliberale Globalisierung", die „imperialistische Einheitskultur", die „Militärmacht USA" und der „Unruheherd Israel", sind gleichzeitig jene, die auch gesamtgesellschaftlich der europäischen Identität zum Durchbruch verhelfen. Die klassischen Feindbilder, wie Flüchtlinge, Fundamentalismus, Kriminalität und Drogen, erlangen zwar auch im europäischen Rahmen – wie schon oben erwähnt – in den Diskursen von der Festung Europa und den europäischen Institutionen (SIS, Europol) eine gewisse Relevanz. Allerdings sind sie in den einzelnen Staaten ebenfalls gut aufgehoben und begründen keinen Unterschied gegenüber anderen Staaten – sind diese doch auch nur rassistisch. Im Antisemitismus und Antiamerikanismus kommt aber Europa zu sich. Denn einerseits kann nur ein geeintes Europa der USA Paroli bieten, andererseits kommt ja gerade auf europäischer Ebene der Unterschied zu den USA und Israel bzw. zu den Wertvorstellungen, für die diese Länder angeblich stehen, zum tragen. Es überrascht also nicht, dass der Rassismus im Zuge der europäischen Einigung nicht an Bedeutung zugenommen hat (sondern lediglich auf eine europäische Ebene transformiert wurde), Antiamerikanismus und Antisemitismus in den letzten Jahren hingegen massiv an Bedeutung gewonnen haben. Nur eine Zahl sei als Beleg dafür genannt: 1996 betrachteten noch 64% der Deutschen die USA als zuverlässigen Partner, 2003 waren es nur noch 28%.[20]

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Grundlagen für eine europäische Identitätsbildung sind gelegt. Sie entwickelt sich gerade in den letzten Jahren rasant. Ihr sind aber auch gewisse Grenzen (Sprache, Fortbestehen der Nationen in Europa) gesetzt. Auf einigen Gebieten wird die Identitätsbildung von unten vollzogen, auf anderen existieren bislang lediglich Vorgaben der Europäischen Institutionen, die erst noch mit Leben gefüllt werden müssen. Es gibt Bereich, wie die Geschichte und Wertegemeinschaft, die einen hohen Entwicklungsgrad aufweisen, andere, wie Kultur und Symbole, wo der Prozess noch in den Kinderschuhen steckt.
Es muss aber betont werden, dass in allen Bereichen die europäische Identität die nationale überflügelt hat. Das betrifft das Vertrauen in europäische Institutionen (im Schnitt doppelt so hoch wie gegenüber der nationalen), die Selbstbeschreibung als eher europäisch als national, die Zustimmung zu einzelnen Politikbereichen der EU (vor allem bezüglich der Außenpolitik) und Vorhaben (wie die Verfassung) sowie das Gefühl der eigenen Repräsentation durch die EU-Instituti-

[14] Ausgabe 1+2/2004, S. 37

[15] ebd., S. 43

[16] Ausgabe 3/2004, S. 8

[17] Vgl. dazu: Eurobarometer 61; Jugend und europäische Identität; Joachim Schild: Europäisierung nationaler politischer Identitäten in Deutschland und Frankreich, www.fes-online-akademie.de

[18] F.A.Z. 01.03.2004

[19] www.eu-infozentrum-berlin.de/verfassungsgespraeche.htm

[20] Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte, 1+2/2004, S. 33

[21] Vgl. dazu: Eurobarometer 61

[22] „Wer sich stark mit Europa identifiziert, der fühlt sich auch mit seinem Land verbunden und vice versa. Nation und Europa fungieren damit als einander ergänzende Quellen persönlicher Identifikation. Von einem Konkurrenzverhältnis oder einer Verdrängung der nationalen Identität durch Europa kann deshalb nicht die Rede sein." (Jugend und europäische Identität, S. 5); Vgl. dazu: Eurobarometer 61: Geringe Zustimmung zu europäischen und nationalen Institutionen in Großbritannien, hohe Zustimmung zu beidem in Deutschland.

[23] Vgl.: Europäisierung nationaler politischer Identitäten in Deutschland und Frankreich

onen. Aufgrund der Ferne der europäischen Institutionen wird zwar deren Einfluss auf das eigene Leben als höher als der Einfluss der nationalen Institutionen eingeschätzt, die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten hingegen auf die europäische Politik als gering – das spiegelt sich in der geringen Beteiligung bei EU-Wahlen wieder.[21] In diesem Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass das ständige Gerede davon, dass die europäische Identität nicht die nationale ersetzt, kein billiger Propagandatrick ist, sondern der Realität entspricht. Menschen, die sich stark mit der eigenen Nation identifizieren, ist auch eine europäische Identität wichtig. Diejenigen, die auf Identitäten scheißen, finden weder die nationale noch die europäische attraktiv.[22] Einschränkend ist anzumerken, dass eine völkische Verfasstheit der Nation, wie sie in Deutschland existiert, der Herausbildung einer europäischen Identität stärker im Weg steht, als das in der Tradition der Aufklärung stehende Nationsverständnis in Frankreich. Aber selbst die deutschen Verhältnisse konnten die Herausbildung einer dominierenden europäischen Identität nicht verhindern sondern, lediglich abbremsen.[23]

Eigentlich sind damit schon genug Gründe für eine fundierte Europakritik aus antinationaler Sicht geliefert. Da sich eine solche immer in erster Linie gegen das „eigene Vaterland" zu richten hat, müsste der Kampf gegen Europa eine Herzensangelegenheit aller Linken sein. Das Gegenteil ist allerdings der Fall. Große Teile der Linke haben sich Europa auf die Fahnen geschrieben. Dies ist um so fataler, da die Spezifik der europäischen Identität diese besonders gefährlich macht. Meiner Meinung nach gibt es fünf Punkte, die diese Spezifik ausmachen: Die deutsche Dominanz innerhalb Europas, das Gerede vom zivilen und sozialen Europa, der einerseits die realen Verhältnisse verdeckt und andererseits sie auch tendenziell widerspiegelt – was nichts Gutes verheißt. Viertens die angestrebte weltpolitische Multipolarität und last but not least die erfolgreiche Form des Geschichtsrevisionismus, bei dem deutsche Verbrechen im europäischen Kontext aufgelöst werden. Auf diese fünf Punkte möchte ich im folgenden eingehen.

Ein Ziel der europäische Union war es von Beginn an, die **deutsche Dominanz** über Europa einzudämmen und die BRD in die westliche Zivilisation einzubinden. Die europäische Einigung war gleichzeitig für Deutschland die einzige Möglichkeit, wieder anerkannt zu werden und außenpolitisch agieren zu können. Dies erklärt die proeuropäische Haltung der deutschen Eliten nach 1945. Zumal sie schon in den 50er Jahren erkannten, dass die Drohung, aus Europa auszusteigen, wie eine Wunderwaffe auf die Alliierten wirkte.[24] Selbst die revanchistischen Vertriebenenverbände richteten sich in den 60er Jahren auf Europa aus, da sie nicht in der Grenzrevision, sondern in der europäischen Grenzauflösung die vielversprechendere Perspektive sahen.[25] Inzwischen ist von den Ambitionen der anderen europäischen Staaten nichts mehr übrig geblieben. Ganz im Gegenteil: Europa ist das deutsche Projekt der Stunde. Die BRD treibt die EU mit der offen ausgesprochenen Drohung vor sich her, dass, wenn sich die EU nicht den deutschen Interessen unterwirft, Deutschland sich dazu gezwungen (!) sieht, den Sonderweg einzuschlagen – verwiesen wird dann auf den Erste und Zweiten Weltkrieg.[26] Der jetzige Außenminister Fischer reklamierte schon 1995 die deutsche Vorrangstellung: Deutschland soll „jetzt, nachdem es friedlich und zivil geworden ist, ... all das, was ihm Europa, ja die Welt, in zwei großen Kriegen erfolgreich verwehrt hat, nämlich eine Art sanfte 'Hegemonie über Europa' [erhalten...], eine Übermacht, die ihm aufgrund 'seiner Größe, seiner wirtschaftliche Stärke und seiner Lage' auch zusteht"[27].
Es bleibt allerdings nicht bei der martialischen Rhetorik, die an sich noch keine Aussage über den realen deutschen Einfluss trifft, sondern anzeigt, mit welchen Mittel versucht wird, diesen zu vergrößern. Doch in allen Bereichen der europäischen Einigung ist die BRD, zum Teil mit Frankreich oder mit Unterstützung anderer „kerneuropäischer" Staaten, zur dominanten Macht und treibenden Kraft avanciert.[28]

Die Rede vom **sozialen Europa** verbietet sich schon vor dem Hintergrund, dass die sozialen Standards innerhalb von Europa sehr unterschiedlich sind. Allerdings findet – wie auch in anderen Politikbereichen – eine EU-Harmonisierung auf unterstem Niveau statt. Gerade die deutsche Regierung wehrte sich vehement gegen die Einführung von Sozialklauseln innerhalb der europäischen Verträge.[29] Die Union ist somit in erster Linie ein neoliberales Projekt, welches den Abbau des Sozialstaates forciert.
In den Diskursen vom „soziales Europa" – egal ob als Forderung linker Gruppen oder Zustandsbeschreibung der Sozialdemokratie – schwingt einerseits die Abgrenzung von den USA mit, die mit ihrer Globalisierung oder dem „Raubtierkapitalismus" das Elend über die gesamte Welt bringen würden.[30] Andererseits transportieren diese Diskurse die Aufforderung, soziale Konflikte in der „Schicksalsgemeinschaft Europa" – ein Begriff, den Kinkel 1995 prägte[31] und der jetzt auch Eingang in die Verfassung fand – zu begraben. Darin drückt sich ein Etatismus aus, der individuelle Freiheitsrechte nicht kennt. Die beinahe Bundespräsidentin Gesine Schwan brachte diese Staatshörigkeit auf den Punkt, als sie als die drei Freiheiten, die Europa auszeichnen würden, nannte: die Freiheit vor diktatorischer Willkür, vor sozialer Not und vor „kultureller Fremdheit".[32]

Die ideologische Figur vom **zivilen und friedlichen Europa** steht auf ähnlich schwachen Füßen. Die EU, besser gesagt: ihre drei ersten Vorläuferorganisationen aus den 50er Jahren, nämlich die Montanunion, die Euratom und die EVG, hatte von Beginn an militärische Implikationen. Bei der Montanunion ging es um die militärstrategisch wichtigen Rohstoffe Kohle und Stahl, bei Euratom um Atomwaffen und EVG heisst ausbuchstabiert schlicht Europäische Verteidigungsgemeinschaft und war als Verteidigungsbündnis konzipiert, das unabhängig von der Nato und aggres-

[24] Vgl.: Ulrich Brochhagen: Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Ullstein: 1999

[25] Vgl.: Samuel Salzborn: Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Elefanten-Press: 2000

[26] Dies hat der damalige Außenminister Kinkel so formuliert, die Drohung wurde 2000 von amtierenden Außenminister Fischer erneuert. (konkret, 7/2000, S. 21-22)

[27] zit. nach: Gerald Oberansmayr: Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union, Promedia: 2004, S. 30

[28] Vgl. z.B. den Phase 2-Schwerpunkt: „Wer macht Europa?", 11/2004

[29] Holger Kuhr: Deutsche Europapolitik seit 1989/90, S. 282, in: Buntenbach, Kellershohn, Kretschmer (Hrsg.): Ruck-wärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus, DISS: 1998

[30] Vor dem explizit antiamerikanischen Gehalt der entsprechenden Passagen in der europäischen Verfassung wurde inzwischen sogar in der F.A.Z. gewarnt. (Armin von Bogdandy: Wir Europäer, 27.04.2004)

[31] Deutsche Europapolitik seit 1989/90, S. 285

[32] Gesine Schwan: Freude über den Nachbarn. Die Chancen der EU-Osterweiterung, in: Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte, 5/2004, S. 9

siver und offensiver als diese agieren sollte.[33] Heute verfügt die EU über mehr Soldaten als der „Kriegstreiber USA" und hat auch beim Rüstungsexport die „Militärmacht USA" längst hinter sich gelassen. In allen anderen Bereich, in denen die EU hinter den USA liegt, werden massive Anstrengungen unternommen, die USA ein- und überzuholen. Mit Verweis auf die doppelte Bevölkerungszahl und das größere Territorium wird eine bedeutendere weltpolitische Rolle als die der USA eingefordert. Der Abstand zwischen den USA und der EU ist auf militärischem Gebiet allerdings gar nicht mehr so groß, wie oft vermutet wird. So geben die EU-Länder schon heute für ihren Militäretat nur 20% weniger aus als die USA.[34]

Nun zur Rhetorik: Selbst die SPD meinte mit „Friedensmacht Europa" nicht das, was sie mit ihren Wahlplakaten suggerieren will. Im Wahlprogramm heisst es offen: „Auf dem Balkan, im Nahen Osten und in Afghanistan ist Europa aktiv an der Schaffung von Frieden beteiligt". Die Betonung liegt also auf Macht, denn Frieden wird in dem Papier definiert als präventive Konfliktverhinderung, Osterweiterung der EU, ebenbürtige Partnerschaft mit der USA, Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO, Kriegseinsätze nur im Rahmen der UNO.[35] Das klingt nach dem üblichen nationalistischen Geschwätz, welches sich wohl jede Großmacht auf die Fahnen schreibt. Es ist aber mehr. In dem gleichen Papier ist im Zusammenhang mit der Friedenspolitik von Menschenrechten, Abrüstung, Entwicklungspolitik als Ursachenbekämpfung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen die Rede. Auch das klingt nicht unbedingt schlecht. Doch was ist damit gemeint? Menschenrechte sind nach EU-Verständnis in erster Linie Volksgruppenrechte, Entwicklungspolitik ist Dialog der Kulturen und die Förderung der nationalen Besonderheiten, hinter der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen verbirgt sich die Kampfansage an die USA.

Um das anschaulich zu machen, komme ich zu dem nächsten Punkt, der angestrebten **Multipolarität**. Gemeint ist damit, dass die vermeintliche Vorherrschaft der USA über die gesamte Welt gebrochen werden muss und angestrebt wird, mehrere Großräume zu schaffen, in denen jeweils eine Macht das Sagen hat. Bei den alternativen europäischen Weltordnungskonzepten, die schon heute ihr gefährliches Potential entfalten, ist das genaue Verhältnis von Wahn und Kalkül schwer zu bestimmen. Fakt ist allerdings, dass es sich genau in diesem Spannungsverhältnis bewegt: Kalkül, als Noch-Mindermacht gegenüber der USA auf andere Strategien zu setzen, auf andere Partner etc. – und schon allein damit Konflikte zu forcieren.[36] Welche Strategien dabei zum Tragen kommen, auf welche Partner gesetzt wird, ist allerdings nicht zufällig. Europa hat wirklich aus der Geschichte gelernt, und zwar in dem Sinne, dass es sich die positiven Erfahrungen der Ethnisierung während der eigenen Kolonialgeschichte auch heute zunutze macht und dass es – wie auch schon vor hundert und zweihundert Jahren – auf Antiamerikanismus und Antisemitismus setzt.

So heißt es im eben schon zitierten Wahlprogramm der SPD zur Europawahl: „Es gilt, das europäische Gesellschaftsmodell offensiv zu vertreten und die europäischen Kulturleistungen international bekannter zu machen und gegen eine globale Einheitskultur zu verteidigen." Wo die „globale Einheitskultur" her kommt, ist klar: Aus den USA! Der Exportschlager europäische Kultur ist in diesem Verständnis allerdings weder Bestandteil der gleichen noch eine andere Einheitskultur, sondern „Vielfalt (die) gestärkt werden (muss), da sie wesentlicher Bestandteil unserer Identität ist. Wir wollen von anderen Kulturen lernen und unsere Erfahrungen einbringen."

Wie dies in der Praxis aussieht, möchte ich an vier Konfliktfeldern exemplarisch aufzeigen, bei denen die EU außenpolitisch aktiv ist: Israel, Irak, Ruanda und Jugoslawien.

Der **Antizionismus** und **Antisemitismus** ist ein gesamteuropäisches Projekt. Da sind sich die EU-ParlamentarierInnen so einig wie das „europäische Volk", das erst unlängst Israel als größte Gefahr für den Weltfrieden ausgemacht hat. Das deutsche Auswärtige Amt bezeichnet es als stabilisierende Funktion, dass, als Israel Gelder für die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) einfror, weil erwiesen war, dass sie dem Terrorismus dienen, die EU mit finanzieller Unterstützung einsprang. Als Israel daraufhin auch die mit europäischen Geldern finanzierten Terror-Projekte zerstörte, forderte EU Schadensersatz von Israel anstatt die Zahlungen umgehend einzustellen. Die BRD transferiert nach Palästina die höchste Pro-Kopf-Unterstützung, d.h. kein anderes Land erhält per EinwohnerIn so viel Geld wie die PA. Diese großzügige Unterstützung ermunterte die palästinensischen Behörden, bei der EU ganz offiziell um Zahlungen für Angehörige von SelbstmordattentäterInnen nachzufragen – was die EU leider ablehnen musste. Die Friedensmacht Europa will natürlich kein Blut an den Händen kleben haben – im Kampf gegen Israel gibt es zivile Methoden, die Drecksarbeit wird anderen überlassen. So wird in Europa eifrig ein Sport-, Handels- und Wissenschaftsboykott gegenüber Israel diskutiert, der von Spanien, aber auch von einzelnen Organisationen und Institutionen (z.B. britische Universitäten) schon umgesetzt wird. Das europäische Parlament verfasst in feiner Regelmäßigkeit einseitig anti-israelische Resolutionen, parallel dazu werden Planspiele über den Einsatz von Truppen im Nahen Osten angestellt. Niemand will untätig bleiben: So drohte die europäische Sozialdemokratie der israelischen Arbeiterpartei, sie aus der sozialistischen Internationale auszuschließen – während palästinensische Organisationen gern gesehene Gäste sind.[37]

Ähnlich einhellig äußerte sich auch die **antiamerikanisch** begründete Ablehnung des **Irakkrieg** auf europäischer Ebene, allerdings vorerst nur in der Zivilgesellschaft und bei den Kerneuropa-Regierungen. Nun, wo der Krieg vorbei ist, gilt es natürlich, europäische Interessen in der Region zu wahren. Deutsche, mit dem Auswärtigen Amt verbandelte Think Tanks gehen inzwischen so weit, dass sie die Staatsgrenzen im gesamten Nahen Osten für

[33] Vgl.: Auf dem Weg zur Supermacht, S. 10-24

[34] ebd., S. 108

[35] Europamanifest der SPD vom 16.11.2003, www.europakampa.de

[36] Mehrere Großmächte bedeuten eben nicht mehr Frieden, sondern mehr Kampf um Einfluss, mehr Konfliktpotential und häufige Stellvertreterkriege.

[37] Ilka Schröder: Front gegen Israel. Warum die Fraktionsführungen des EU-Parlaments einen Ausschuß zur Untersuchung der EU-Zahlungen an die Palästinensische Autonomiebehörde verhindern wollen, in: konkret 04/2003; Ilka Schröder: Mit Scheck, Charme und Soldaten. Seit dem Ausbruch der neuesten Intifada fließt mehr Geld als je zuvor an die Palästinenser. Mit europäischer Hilfe will Deutschland die letzten Tabus brechen, in: Jungle World 32/2002

revisionsbedürftig halten.[38] Die Ziehung neuer Grenzen gelänge natürlich nur, wenn die EU in einen Dialog mit den arabischen Regimes treten würde – an erster Stelle wird dabei der Iran genannt.

Für den Irak selbst wird an gleicher Stelle vorgeschlagen, die Öleinnahmen nicht etwa zu verstaatlichen oder zu privatisieren – wie es in einem Nationalstaat üblich ist – sondern an die unterschiedlichen religiösen und ethnischen Gruppen prozentual zu verteilen. Außerdem sollte des parlamentarische System auf „Stammes-Scheichs, religiöse sowie andere bedeutende Persönlichkeiten" ausgerichtet werden – d.h. die ethnische Zersplitterung forciert und damit blutige Auseinandersetzungen provoziert werden, zu deren Lösung sich dann die völkerliebende Friedensmacht Europa anbieten würde.

Mit der Begründung, der Rebellenführer „spricht nicht einmal französisch, kein Wort! Er versteht nur Englisch", d.h. mit dem Verweis auf die eigene Kolonialtradition in Afrika und der Angst vor einem Machtverlust gegenüber der USA, unterstützte Frankreich zivil und militärisch das faschistische Regime in **Ruanda**, welches mit knapp einer Millionen Toten in 100 Tagen den größten Genozid seit dem 2. Weltkrieg betrieb. Die anderen europäischen Staaten stärkten Frankreich den Rücken. Die ethnischen Kategorien Hutu und Tutsi, auf denen angeblich der „Bürgerkrieg" von 1994 basierte, wurden von deutschen Rassekundlern während der Kolonialzeit erfunden und installiert. Die von den USA unterstütze Rebellenarmee RPF definierte sich allerdings nicht nach ethnischen Kriterien und war auch in der Praxis „multiethnisch". Die europäischen Staaten leugnen allerdings bis heute ihre Verantwortung für den Genozid, den sie als Stammeskrieg bezeichnen, der jedoch vielmehr mit europäischer Kolonialgeschichte sowie aktueller Machtpolitik um Einflusszonen zu tun hatte.[39]

Der **Jugoslawienkrieg** wurde hingegen als völkisches Projekt von Deutschland vorangetrieben. Inzwischen sind die ehemaligen jugoslawischen Republiken zum Übungsplatz für europäische Truppen und Versuchslabor für europäische Protektoratsverwaltung heruntergekommen. Es galt auch hier nicht nur, eine eigene Einflusssphähre zu verteidigen oder neu zu ordnen, d.h. rational begründete Außenpolitik zu betreiben, die aus wirtschaftlichen Interessen an einer Stabilisierung einer Region interessiert ist, sondern – im Gegensatz dazu – eine Destabilisierung nach ethnischen Kriterien zu betreiben, die sich an den alten Verbündeten aus dem 2. Weltkrieg orientierte und gleichzeitig – mit dem Verweis auf Auschwitz im Kosovo – die eigene Geschichte entsorgte.[40]

Damit komme ich zum letzten Punkt, dem **deutschen Geschichtsrevisionismus** im europäischen Kontext. Deutsche Schuld soll nicht mehr wie früher vergessen gemacht oder verleugnet, sondern in die europäische Geschichte eingebettet und nutzbar gemacht werden für die europäische Identität und eigene Großmachtsambitionen.

Der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau vertrat in seiner Rede beim „Tag der Heimat" 2003 die These, dass den vertriebenen Deutschen „bitteres Unrecht zugefügt worden" sei – und zwar von jenen, „die in Mittel- und Osteuropa erst mit den Deutschen gemeinsam die Juden entrechteten, danach die Deutschen". Rau setzt damit Vertreibung und Holocaust gleich und verteilt die deutsche Schuld an der Vernichtung der Juden gleichmäßig auf alle europäische Nationen. Im gleichen Atemzug jedoch bezichtigt er die anderen Nationen der doppelten Schuld und besonderer Hinterhältigkeit: Erst gemeinsame Sache machen mit den Deutschen gegen die Juden – und dann den Deutschen mit der Vertreibung in den Rücken fallen. So klingt also die moderne staatliche Version der Dolchstoßlegende. Laut Rau seien aber auch die Menschen im antifaschistische Widerstand oder im Exil nicht frei von Schuld, obwohl sie sich nicht am Holocaust beteiligt hatten, womöglich sogar von ihm betroffen waren. Diese planten nämlich schon „jahrelang die Vertreibung ... Hitlers verbrecherische Politik entlastet niemanden, der furchtbares Unrecht mit furchtbarem Unrecht beantwortet hat. Die gesamteuropäische Katastrophe kann aber nur in ihrem Gesamtzusammenhang wirklich verstanden werden. ... Dafür brauchen wir einen europäischen Dialog, und der wird von allen Beteiligten ungeschminkte Selbsterkenntnis verlangen"[41]

Diese „ungeschminkte Selbsterkenntnis" ist in Deutschland mit seiner vorbildlichen Vergangenheitsbewältigung schon weit vorangeschritten – so die Selbstwahrnehmung –, jedoch noch nicht in allen anderen europäischen Ländern. Bemängelt wird der alte und neue italienischen Faschismus oder die Weigerung Polens und Tschechiens, deutsche Besitzansprüche zu befriedigen und sich für die Vertreibung zu entschuldigen. In der FES-Zeitschrift war zu lesen, die Existenz der „Preußischen Treuhand" (dem Kampfinstrument der Vertriebenenverbände zum Einklagen alter deutscher Besitzstände im Zuge der Osterweiterung und mit der Schützenhilfe europäischer Gerichte) sei verständlich, da Polen immer noch kein Restitutionsrecht habe.[42] Das Auswärtige Amt und andere deutsche Organisationen wie das Goethe-Institut intensivieren ihre Arbeit nicht nur im arabischen Raum,[43] sondern auch in den ehemaligen deutschen Gebieten, deren Städte in offiziellen Papieren konsequent mit den alten deutschen Namen bezeichnet werden, als ob sie schon wieder unser wären.

Diese spezifischen deutschen Interessen korrespondieren mit der europäischen Identitätsbildung, die auch in anderen Ländern vorangetrieben und bei der auf die „europäische Katastrophe" des 2. Weltkrieges als ein Gründungsmythos zurückgriffen wird. Es findet dabei eine bewusste Akzentverschiebung statt. Die Rede ist nicht mehr von der deutschen Barbarei, die ganz Europa betraf, auch der Holocaust ist dafür eher hinderlich. Wichtig sind vielmehr das Leiden der Soldaten und der Zivilbevölkerung an allen Fronten und im Bombenterror, das Vergeben der Opfer gegenüber den Tätern bzw. das generelle Verwischen der Täter-Opfer-Dichotomie.[44]

[38] „Die künstliche Teilung der ... Region in verschiedene unabhängige Staaten – größtenteils mit schwacher oder nicht vorhandener historischer Legitimation - ... die ... im Jahre 1920 erfolgte, hat keine stabile regionale Ordnung geschaffen." Strategiepapier des CAP – Centrum für angewandte Politikforschung, zit. nach: www.german-foreign-policy.com

[39] Bernhard Schmid: Komplizen des Völkermordes. Frankreichs Rolle beim Genozid in Ruanda, analyse und kritik 483/2004; Michael Neugebauer: Kalkulierter Massenmord. Gegen den Mythos vom Stammeskrieg, iz3w 200/1994; Schwerpunkt Ruanda, Jungle World 16/2004

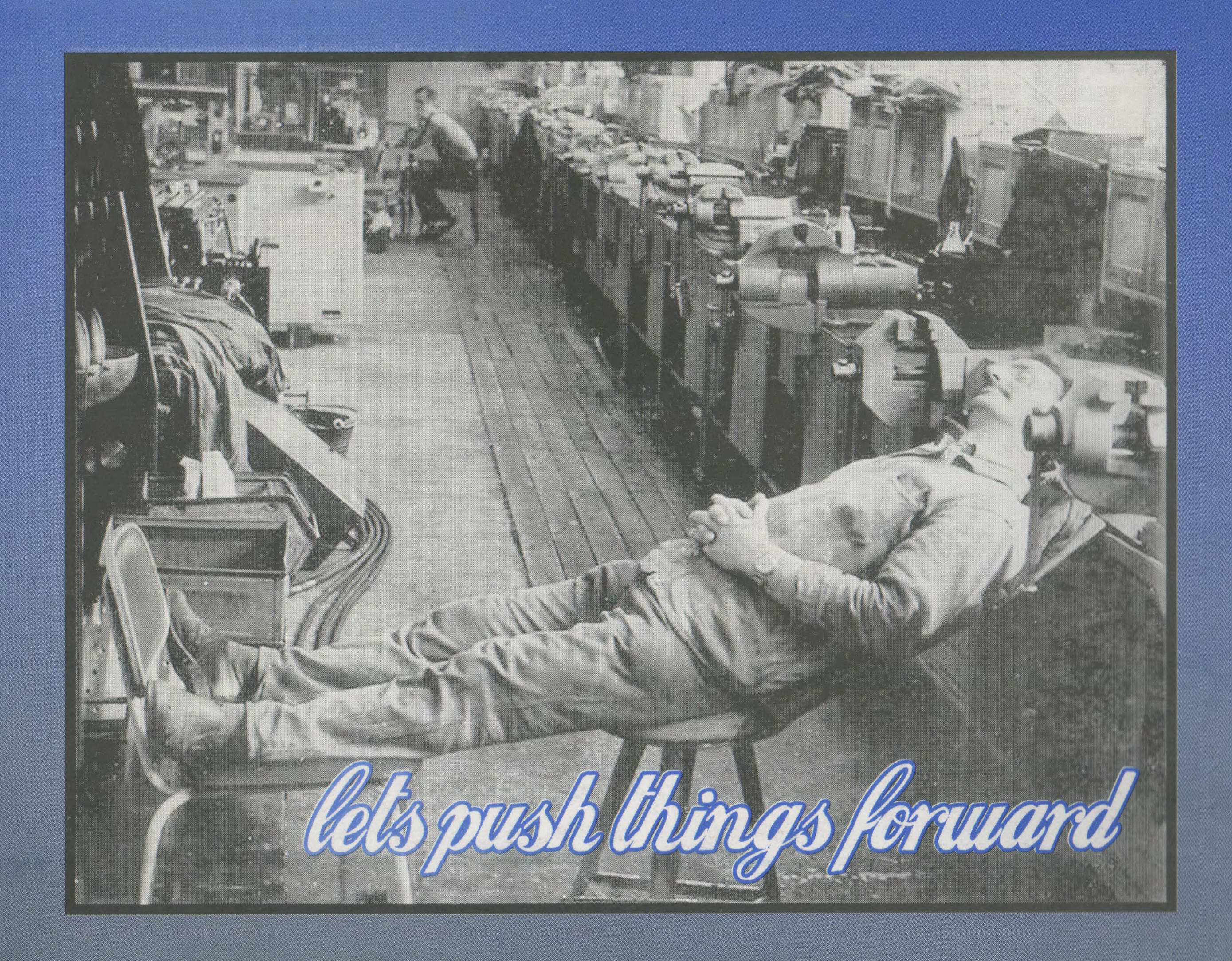
[40] Vgl.: Matthias Küntzel: Der Weg in den Krieg. Deutschland, die NATO und das Kosovo, Elefanten-Press: 2000

[41] Zit. nach: www.german-foreign-policy.com

[42] 3/2004, S. 19

[43] Auffallend ist die deutliche Zunahme von arabischen Übersetzungen bei der Internetpräsenz deutscher Institutionen in den letzten Jahren.

[44] Ausführlich dazu im Phase 2-Schwerpunkt: German Gedächtnis – Die Europäisierung der deutschen Geschichte, 9/2003



Verkaufsstellen

AJZ Döbeln ● B12 ● Buchladen König Kurt (Dresden) ● Conne Island ● Connstanze ● Culton ● el libro ● Giesserstr. 16 ● Infoladen ● Libelle ● LiWi ● Mellory ● Mrs. Hippie ● Plaque ● Reilstr. 77 (Halle) ● Shahia ● Similde ● Uni-Imbiss ● Weltladen Stockartstrasse ● Zeitungsladen am Augustusplatz

Post

incipito
Bornaische Str. 3d
04277 Leipzig

Internet

www.left-action.de/incipito
incipito-kontakt@left-action.de